

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Anton P. Müller

Portugal und Spanien  
in der Europäischen Gemeinschaft

Dietrich Briesemeister

Die Iberische Halbinsel und Europa  
Ein kulturhistorischer Rückblick

Günter Trautmann

Italien in den achtziger Jahren

B 8/86  
22. Februar 1986

Anton P. Müller, Dr. phil., geb. 1948; Akademischer Rat am Institut für Staats- und Versicherungswissenschaft der Universität Erlangen.

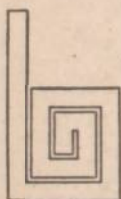
Veröffentlichungen u. a.: Sozialpolitik und Wirtschaftsordnung. Zur Rolle der sozialen Komponente in der öffentlichen Finanzwirtschaft, Frankfurt 1983; Internationale Schuldenkrise. Bedingungen und Risiken ihrer Bewältigung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51—52/84, S. 3—11; Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Das Konzept eines Sozialen Sicherungsfonds, in: Arbeit und Sozialpolitik, (1985) 4, S. 127—130; Finanzierungskennziffern zur Analyse des Länderrisikos im Auslandskreditgeschäft, in: WiSt, (1985) 9, S. 477—480.

Dietrich Briesemeister, Dr. phil., geb. 1934; Professor für Romanische Philologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Studium der Romanischen und Mittellateinischen Philologie sowie der Philosophie an den Universitäten Tübingen, Rennes und München; nach der Promotion Tätigkeit im höheren Bibliotheksdienst (1959 bis 1971); Privatdozent an der Universität München 1968-1971; seit 1971 auf einem Lehrstuhl für Hispanistik und Lusitanistik, Gastprofessuren u. a. in Lima, Rio de Janeiro und Valencia, zur Zeit Fulbright Professor an der University of Illinois at Urbana-Champaign.

Veröffentlichungen: Zahlreiche Veröffentlichungen zur spanischen, portugiesischen, brasilianischen und neulateinischen Literatur sowie zum Spanienbild in Deutschland; Mitherausgeber von Iberoromania, Zeitschrift für die iberoromanischen Sprachen und Literaturen in Europa und Amerika sowie der Portugiesischen Forschungen; Redaktionsmitglied von Hispanorama, Mitteilungen des Deutschen Spanischlehrerverbands.

Günter Trautmann, Dr. phil., geb. 1941; Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg; 1985 Gastprofessor in Rom/Salerno.

Veröffentlichungen u. a.: Industrialisierung ohne politische Innovation. Staat, Parteien und Sozialpolitik in Deutschland 1857 bis 1878, Heidelberg 1972 (Diss.); Zwischen Fortschritt und Restauration. Liberale Doktrin und Parteientwicklung in Deutschland 1861—1933, Hamburg 1975; (zus. mit H. Richter) Eurokommunismus — Ein dritter Weg für Europa?, Hamburg 1979; (hrsg. zus. mit H. Gärtner) Ein dritter Weg zwischen den Blöcken? Die Weltmächte, Europa und der Eurokommunismus, Wien 1985; (zus. mit K. Holl und H. Vorländer) Sozialer Liberalismus, Göttingen/Zürich 1986 (im Druck); Aufsätze u. a. zur sozialistischen Theoriegeschichte, zum Eurokommunismus und zu Italien.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46040, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Portugal und Spanien in der Europäischen Gemeinschaft

Politische Lage, ökonomisches Potential und wirtschaftspolitische  
Problembereiche der neuen Mitgliedsländer

## I. Einleitung

Mit der Unterzeichnung der Beitrittsverträge am 12. Juni 1985 und ihrer Anerkennung durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente sind Spanien und Portugal am 1. Januar 1986 Vollmitglieder der Europäischen Gemeinschaft geworden. Die Süderweiterung der EG, die vor fünf Jahren mit der Aufnahme Griechenlands begann, ist damit zu ihrem vorläufigen Abschluß gekommen.

Mit dem Beitritt der beiden iberischen Länder ändert sich der Charakter der Gemeinschaft. War die ursprüngliche Sechsergemeinschaft noch eine Verbindung von ökonomisch etwa gleich entwickelten Volkswirtschaften und wurde bei der ersten Erweiterung mit Irland lediglich ein strukturschwaches Land mit aufgenommen, so beinhaltet die Süderweiterung den Beitritt von drei Ländern, deren Wirtschaftsstrukturen und Entwicklungsniveaus sich erheblich von denen der industrialisierten EG-Mitglieder unterscheiden. Mit Spanien und Portugal wurden Länder aufge-

nommen, deren Industrialisierungsgrad — trotz der Wachstumsschübe, die beide Länder in den sechziger Jahren erlebten — auch heute noch erheblich unter dem der nördlichen EG-Staaten liegt und deren Erwerbsstruktur durch einen hohen Anteil von Beschäftigten in der Landwirtschaft gekennzeichnet ist.

Die Anpassungsprobleme, die sich schon beim Beitritt Griechenlands gezeigt haben, werden durch die Erweiterung um Spanien und Portugal noch deutlicher in Erscheinung treten. Für die EG erwachsen hieraus neue Anforderungen, die insbesondere der Agrar- und Regionalpolitik neue und umfassendere Aufgaben stellen. Die Volkswirtschaften der neuen Mitglieder werden einem härteren Wettbewerb ausgesetzt, was den seit Mitte der siebziger Jahre eingeleiteten Anpassungsprozeß beschleunigen wird; andererseits wird der Beitritt die heute schon bestehenden Schwierigkeiten im Umstellungsprozeß erhöhen und vor allem in der ersten Phase zu weiteren Belastungen führen.

Tabelle 1: Erwerbstätige nach Produktionsbereichen (in %)

		1960	1970	1983
EG der Zehn	Landwirtschaft	17,6	11,0	7,5
	Industrie	39,8	40,8	34,6
	Dienstleistungen	42,5	48,3	57,9
Bundesrepublik Deutschland	Landwirtschaft	13,7	8,5	5,4
	Industrie	46,1	49,9	41,1
	Dienstleistungen	40,3	44,6	53,5
Spanien	Landwirtschaft	42,3	29,5	18,0
	Industrie	32,0	37,2	33,5
	Dienstleistungen	25,7	33,3	48,5
Portugal	Landwirtschaft	42,8	29,9	26,7
	Industrie	29,5	32,7	36,5
	Dienstleistungen	27,7	37,4	36,8

Quelle: Eurostat.

## II. Motive und Rahmenbedingungen der Erweiterung

### 1. Gründe für Beitritt und Aufnahme

Die Aufnahme Portugals und Spaniens in die Europäische Gemeinschaft ist in erster Linie politisch motiviert. Sie ist Ausdruck eines politischen Bewußtseins, welches Europa als kulturelle und geographische Einheit begreift, das in der Gemeinschaft seine politische Einigung sucht. Die Süderweiterung wurde deshalb trotz der wirtschaftlichen Probleme vollzogen.

Politisch ist die Aufnahme von Spanien und Portugal (wie auch die Griechenlands) durch die Zielsetzung begründet, die sich dort seit Mitte der siebziger Jahre herausbildenden demokratischen Systeme zu stabilisieren<sup>1)</sup>. Die demokratischen Parteien in diesen Ländern erhoffen sich von der EG-Mitgliedschaft eine Absicherung der demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen und erst auf mittlere Sicht die Besserung der wirtschaftlichen Lage<sup>2)</sup>.

Diese Bestrebungen der Beitrittsländer decken sich mit denen der Gemeinschaft. Auch geopolitische Gründe sprechen für die Süderweiterung. Neben den Altmitgliedern der NATO (Griechenland und Portugal) trat 1982 auch Spanien dem Bündnis bei. Dadurch besteht nun die Südflanke der NATO von der Ägäis über die Straße von Gibraltar bis zu den Azoren aus Ländern, die gleichzeitig dem Nordatlantischen Verteidigungspakt und der Europäischen Gemeinschaft angehören<sup>3)</sup>. Nach dem Abschluß der Süderweiterung gehören mit Ausnahme Norwegens alle europäischen Mitglieder der NATO auch der Gemeinschaft an. Das Europäische Parlament sieht hierin eine Chance, das Gewicht Europas in der Allianz zu verstärken<sup>4)</sup>.

Für die iberischen Länder gab es zum Beitritt keine realistische Alternative. Die Hoffnungen auf eine Integration mit den lateinamerikanischen Ländern erwiesen sich als illusorisch<sup>5)</sup>; hi-

<sup>1)</sup> Vgl. Maria do Céu de Althayde de Tavares u. a., *Por que vamos entrar para a CEE?*, in: *Cadernos Europeus*, (1983) 1, bes. S. 25ff.

<sup>2)</sup> Vgl. Lyn Gorman/Marja-Liisa Kiljunen (Eds.), *The Enlargement of the European Community. Case-Studies of Greece, Portugal and Spain*, London-Basingstoke 1983, bes. S. 131 ff. und S. 187ff.

<sup>3)</sup> Siehe Rainer W. Rupp, *Economic Co-operation and assistance within the alliance*, in: *NATO-Review*, (1985) 1, 27—32.

<sup>4)</sup> Europäisches Parlament, *Sitzungsdokumente: Bericht im Namen des Politischen Ausschusses über die Erweiterung der Gemeinschaft um Portugal und Spanien*, Teil 1, Straßburg, 24. April 1985, S. 20.

storisch begründete Animositäten zwischen Spanien und Portugal verhinderten einen bilateralen Zusammenschluß, und für Portugal war mit dem Verlust der Kolonien nach der Revolution 1974 die jahrhundertealte Orientierung nach Übersee endgültig unmöglich geworden. Für Spanien und Portugal bot nur eine Hinwendung zu Europa die Möglichkeit, den „iberischen Isolationismus“ zu überwinden.

### 2. Stand der ökonomischen Integration

Wirtschaftlich ist die Vollmitgliedschaft von Spanien und Portugal die formale Anerkennung einer real schon weitgehend vollzogenen Integration. Der EG-Anteil an den Ausfuhren Spaniens ist prozentual ebenso hoch wie der der EG-Ausfuhren der Bundesrepublik, und Portugal übertrifft mit 59% sogar erheblich das Niveau der Zehnergemeinschaft.

**Tabelle 2: Ausfuhr in Mitgliedstaaten der EG (in % der Gesamtausfuhr)**

	1982	1983
EG der Zehn	51,7	52,4
Bundesrepublik Deutschland	48,1	48,1
Spanien	45,8	48,3
Portugal	57,3	58,9

Quelle: Eurostat.

Diese enge Verflechtung begann Anfang der siebziger Jahre, als die EG mit Spanien und Portugal Präferenzabkommen abschloß. Diese Handelsabkommen sahen für eine Vielzahl von iberischen Produkten drastische Zollabsenkungen bei Lieferungen in die EG vor, während die Gemeinschaft für ihre Ausfuhren auf einen entsprechenden Zollabbau verzichtete<sup>6)</sup>: Hierdurch war es den beiden Ländern bereits während der siebziger Jahre möglich, ihre Exporte in die Gemeinschaft kräftig zu erhöhen, ohne ihre weniger wettbewerbsfähigen Produktionsbereiche einem übermäßigen Konkurrenzdruck auszusetzen.

<sup>5)</sup> Vgl. Ramón Tamames, *El Mercado Común Europeo. Una perspectiva española y latinoamericana*, Madrid 1982.

<sup>6)</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, *Die Europäische Gemeinschaft vor einer erneuten Erweiterung*, S. 3f., in: *Stichwort Europa*, (1983) 17.

**Tabelle 3: Entwicklung der außenwirtschaftlichen Verflechtung von Spanien und Portugal mit der EG 1970 bis 1984 (in Mio. ECU)\***

	Gemeinschaftseinfuhren			Gemeinschaftsausfuhren		
	1970	1984	Wachstumsrate <sup>1)</sup>	1970	1984	Wachstumsrate <sup>1)</sup>
Spanien	1 162	14 648	19,8	1 802	12 850	15,1
Portugal	442	4 023	17,1	813	3 624	11,3

<sup>1)</sup> jährliches Wachstum in %. \* 1 ECU ≈ 2,2 DM.  
Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.

Die Zahlen deuten darauf hin, daß die Volkswirtschaften Spaniens und Portugals ihr Potential an Ausfuhren in die Gemeinschaft heute bereits weitgehend ausgeschöpft haben, so daß nach dem Beitritt kaum noch entscheidende zusätzliche Impulse wirksam werden können. Andererseits wird der mit der Mitgliedschaft einsetzende weitere Zollabbau hauptsächlich den Altmitgliedern der EG zugute kommen. Hinzu kommt, daß neben EG-Importen auch Güter aus Drittländern

auf den iberischen Markt drängen werden, wenn Spanien und Portugal zu dem für zahlreiche Produktionsbereiche niedrigeren EG-Außentarif übergehen. Um den Anpassungsdruck zu mildern, wurde ein langer Zeitraum für den Zollabbau vereinbart, der sich über acht Stufen bis zum Jahr 1993 erstreckt.

Mengenmäßige Handelsbeschränkungen entfallen bis auf wenige Ausnahmen gleich zu Beginn der Mitgliedschaft. Allerdings werden in mehreren Bereichen sogenannte „ergänzende Handelsmechanismen“ praktiziert werden, die eine Kontrolle des Warenaustausches beinhalten. Sonderregelungen werden auch auf die Bereiche Textilien und Stahl angewendet.

Im Agrarbereich wird die Übergangszeit sogar zehn Jahre dauern und während dieser Zeit durch Lieferkontingente bei Obst, Gemüse, Wein und Oliven beschränkt sein. Weiterhin wurden für den Bereich Fischerei Begrenzungen der jeweiligen Flotte, der Fischereizonen und der Fangmengen vereinbart. Trotz der politischen Vollmitgliedschaft bleibt der freie Zugang für eine Tätigkeit als Lohn- und Gehaltsempfänger bis 1992, und im Falle Luxemburgs bis 1995, genehmigungspflichtig<sup>7)</sup>.

**Tabelle 4: Zeitplan für den gegenseitigen Zollabbau**

Zeitpunkt	Rate der Absenkung	
	Spanien	Portugal
1. März 1986	10 %	10 %
1. Januar 1987	12,5 %	10 %
1. Januar 1988	15 %	15 %
1. Januar 1989	15 %	15 %
1. Januar 1990	12,5 %	10 %
1. Januar 1991	12,5 %	10 %
1. Januar 1992	12,5 %	15 %
1. Januar 1993	10 %	15 %

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

### III. Politische Rahmenbedingungen in den Beitrittsländern

Für die beiden neuen EG-Mitglieder bringt der Beitritt eine Entwicklung zum vorläufigen Abschluß, die Mitte der siebziger Jahre einsetzte, als beide Länder ihre autoritären Regime überwandten und sich demokratische Institutionen schufen. Die Umgestaltungen im politischen System

waren begleitet von einer tiefgreifenden Änderung der sozialen Verhältnisse und der Kultur. Spanien und Portugal sind dabei, sich eine neue nationale Identität zu schaffen.

#### 1. Spanien

In Spanien erfolgte der Übergang zur Demokratie schrittweise im Rahmen der von Franco eingerichteten Institutionen<sup>8)</sup>. Heute ist das Land

<sup>7)</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Die Zwölfergemeinschaft nach dem Beitritt Spaniens und Portugals, in: Stichwort Europa, (1985) 17/18, und Anlage zum Exposé des amtierenden Präsidenten des Europäischen Rates vor dem Europäischen Parlament am 17. April 1985 betreffend den Stand der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal, Straßburg, 17. April 1985.

<sup>8)</sup> Beate Kohler, Politischer Umbruch in Südeuropa. Portugal, Griechenland, Spanien auf dem Weg zur Demokratie, Bonn 1981, S. 281.

auf dem Weg zu einem bipolaren Parteiensystem, nachdem zur ersten demokratischen Wahl nach fast 40jähriger Diktatur sich noch gut zweihundert Parteien und Gruppierungen zur Wahl beworben hatten<sup>9)</sup>.

Schon bei der ersten Cortes-Wahl am 15. Juni 1977 konnten zwei Parteien — das Demokratische Zentrum (UCD) und die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) — zusammen fast zwei Drittel der Stimmen auf sich vereinigen. In den folgenden Wahlen konnte die PSOE ihre Position weiter stärken und bei den letzten Parlamentswahlen 1982 zur dominierenden politischen Kraft werden.

**Tabelle 5: Wahlergebnisse in Spanien 1977—1982 (Parlamentswahlen)**

	Sitze		
	1977	1979	1982
UCD (Demokratisches Zentrum)	165	168	12
PSOE (Sozialisten)	118	121	202
PSP (Volkssozialisten)	4	×	×
AP (Volksallianz)	16	9	106
PCE (Kommunisten)	20	23	4
CIU (Katalanische Nationalisten)	11	8	12
PNV (Baskische Nationalisten)	8	7	8
Sonstige	8	14	6

Quelle: Brinsley Best, *Spain to 1990*, London 1984, S. 30.

Maßgeblichen Anteil an der Stabilisierung des demokratischen Systems hatte König Juan Carlos, der immer mehr zur überparteilichen Integrationsfigur wurde. Eine Konsolidierung der demokratischen Verhältnisse ist jedoch noch nicht erreicht. Die Wunden des Bürgerkrieges von 1936 bis 1939 mit seinem brutalen Terror auf beiden Seiten<sup>10)</sup> sind noch nicht verheilt, und auch die spanische Tradition des Staatsumsturzes durch Militärgruppen, die zur Zerrüttung des Staatswesens im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts geführt hatte<sup>11)</sup>, ist noch nicht überwunden. Eine weitere Gefahr stellt der anhaltende Terrorismus durch separatistische Bewegungen dar.

<sup>9)</sup> Ebd., S. 271.

<sup>10)</sup> Gabriel Jackson, *The Spanish Republic and the Civil War 1931—1939*, Princeton (N.J.) 1965, bes. S. 276 ff. und S. 293 ff.

<sup>11)</sup> Siehe Francisco Eguigaray, *Historia contemporánea de España*, München—Madrid 1964.

## 2. Portugal

Im Gegensatz zu Spanien erfolgte in Portugal der Übergang zur Demokratie durch einen vom Militär getragenen Umsturz. Die sogenannte „Nelkenrevolution“ vom 25. April 1974 nahm ihren Ausgang von einer Offiziersrevolte und drohte zeitweise zu einer neuen Diktatur zu führen<sup>12)</sup>. Aber auch in Portugal traten bei den Wahlen die gemäßigten Parteien als dominierende politische Kraft hervor. Die Sozialistische Partei unter Mario Soares, der einen deutlich pro-westlichen und sozialdemokratischen Kurs steuert<sup>13)</sup>, wurde schon bei den ersten Wahlen, die nach 48 Jahren der Diktatur stattfanden, zur stärksten Partei.

Parteienstruktur und Institutionen sind jedoch äußerst labil. Ungeklärte Verfassungsprobleme mit widerstreitenden Kompetenzen von Staats- und Ministerpräsident<sup>14)</sup> sowie die Unfähigkeit der führenden Politiker, die wirtschaftliche Situation zu bessern, haben zu einer anhaltenden Instabilität von Wirtschaft und Politik geführt. Seit 1974 hat das Land 16 verschiedene Regierungen erlebt, wurde von einem Rechts- und einem Linksputsch bedroht und ist nach einer kurzen wirtschaftlichen Expansionsphase in den ersten Jahren nach der Revolution rasch in eine tiefgreifende Stagnation versunken.

Auch die jüngsten Wahlen zur Nationalversammlung im Oktober 1985 haben keine Klärung der politischen Verhältnisse gebracht. Das Auftreten einer neuen Partei, die von Anhängern des Staatspräsidenten Eanes gebildet wurde, hat das politische System noch labiler gemacht. Bei diesen Wahlen hat die Sozialistische Partei eine einschneidende Niederlage erlitten. Bei den Präsidentschaftswahlen am 26. Januar 1986 hat sich der Trend zugunsten der Konservativen fortgesetzt. Die linken Parteien konnten sich auf keinen gemeinsamen Kandidaten einigen, so daß Diego Freitas do Amaral mit der Unterstützung von PSD und CDS 46,5% der Stimmen erreichte, während der Kandidat der Sozialisten, der ehemalige Ministerpräsident Mario Soares, nur 25,5% und der von der Eanes-Partei und den Kommunisten unterstützte Salgado Zenha 20,7% der Stimmen erzielte. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreichen konnte, wird in Kürze ein zweiter Wahlgang stattfinden.

<sup>12)</sup> Michael Harsgor, *Portugal in Revolution*, Washington 1976.

<sup>13)</sup> Vgl. die gesammelten Aufsätze und Reden von Maria Soares, in: ders., *A Árvore e a Floresta*, Lissabon 1985.

<sup>14)</sup> Siehe Isaltino A. Morais u. a., *O sistema de governo semipresidencial*, Lissabon 1984, S. 73 ff.

**Tabelle 6: Wahlergebnisse in Portugal 1975 bis 1985**

	Sitzverteilung <sup>a)</sup>					
	1975	1976 <sup>b)</sup>	1979	1980	1983	1985
Sozialisten	116	107	74	74	101	57
Soziale Demokraten)	81	73	×	×	75	88
Demokratische Allianz <sup>1)</sup>	×	×	128	134	×	×
Zentrumsdemokraten	16	42	×	×	30	22
Kommunisten	35	40	47	41	44	38
Demokratische Erneuerung <sup>2)</sup>	×	×	×	×	×	45
Sonstige	2	1	1	1	×	×

<sup>a)</sup> 1975: Verfassungsgebende Versammlung; ab 1976 Nationalversammlung

<sup>b)</sup> in dieser Legislaturperiode gab es abweichend von der üblichen Zahl von 250 Parlamentssitzen 263 Abgeordnete; später erhielten Madeira/Azoren eigenes Parlament

<sup>1)</sup> Wahlbündnis bestehend aus Soziale Demokraten, Zentrumsdemokraten und Monarchisten

<sup>2)</sup> Partei des Staatspräsidenten Eanes, 1985 erstmals angetreten

Quelle: Tempo (Lissabon) vom 16. Oktober 1985, S. 19 und Mitteilungen der portugiesischen Botschaft in Bonn

## IV. Volkswirtschaftliche Aspekte der Erweiterung

### 1. Struktur der Zwölfergemeinschaft

Mit der Aufnahme Spaniens und Portugals erhöht sich die Gesamtbevölkerung der Gemeinschaft auf 320,4 Millionen Einwohner; das Bruttoinlandsprodukt steigt um 233,1 Milliarden ECU auf über drei Billionen.

Gemessen an der Zahl der Verbraucher wird die EG zum größten Markt der westlichen Welt, der die USA um 86 Millionen Konsumenten übertrifft und mehr als zweieinhalb Mal so groß ist wie Japan. Ein Vergleich mit den Vereinigten Staaten und Japan muß jedoch berücksichtigen, daß die EG kein homogener Markt ist. Neben

erheblichen kulturellen Unterschieden ist die Gemeinschaft dadurch gekennzeichnet, daß neun verschiedene Sprachen gesprochen werden und elf unterschiedliche Währungen gelten.

Darüber hinaus ist die Zwölfergemeinschaft durch ein deutliches Wohlstands- und Leistungsfähigkeitsgefälle gekennzeichnet. Portugal, als schwächstes Glied der Gemeinschaft, erwirtschaftet ein Fünftel des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf der Bundesrepublik. Gemessen an Kaufkraftstandards liegt Portugal 72,7 Punkte unterhalb von Dänemark, und auch Spanien hat zum EG-Durchschnitt einen Abstand von 30,5 Punkten.

**Tabelle 7: Zehner- und Zwölfergemeinschaft. Fläche, Bevölkerung und Bruttoinlandsprodukt**

	Fläche (in 1000 km <sup>2</sup> )	Bevölkerung (in Mio. Einw.)	Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. ECU 1984)
EG der Zehn	1 658	271,9	2 777,1
hiervon:			
Bundesrepublik Deutschland	249	61,4	779,4
EG der Zwölf	2 255	320,4	3 010,2
hiervon:			
Spanien	505	38,4	207,7
Portugal	92	10,1	25,4
Zum Vergleich:			
USA	9 369	234,2	4 639,0
Japan	378	119,2	1 441,7

Quelle: Eurostat.

**Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (1984)**

	in Kaufkraftstandards <sup>1)</sup>	in ECU
Dänemark Bundesrepublik	116,1	13 647
Deutschland	113,8	12 723
Italien	86,7	7 787
Irland	67,3	6 253
Griechenland	53,8	4 178
Spanien	69,5	5 370
Portugal	43,4	2 647
Zum Vergleich:		
USA	144,6	19 475
Japan	111,2	12 088

<sup>1)</sup> EG-Zehnergemeinschaft = 100.  
Quelle: Eurostat, OECD.

Die Berücksichtigung regionaler Unterschiede ergibt eine noch stärkere Differenzierung. Auf der Grundlage des Sammelindex der Europäischen Gemeinschaft zur Messung regionaler Disparitäten gibt es unter Einbeziehung der Länder der Süderweiterung und nach Festlegung des Durchschnitts auf 100 Abweichungen, die von 153,2 (Groningen) bis zu 44,8 Punkten (Andalusien) reichen<sup>15)</sup>.

## 2. Problembereich Landwirtschaft

Die Landwirtschaft zählt zu dem schwierigsten Problembereich der Beitrittsverhandlungen<sup>16)</sup>. Angesichts der heute schon vorhandenen Überschußproduktion in vielen Sparten der Landwirtschaft stellt vor allem die Aufnahme Spaniens, das über ein umfangreiches Agrarpotential verfügt, eine Herausforderung an die europäische Agrarpolitik dar.

Mit dem Beitritt Spaniens erhöht sich die landwirtschaftliche Nutzfläche der Gemeinschaft um

<sup>15)</sup> Pilar González Casimiro/Roberto Velasco Borroetaña, Las intervenciones financieras comunitarias con finalidad regional y su repercusión en las Comunidades Autónomas españolas, S. 16 ff. und S. 32 ff., in: Situación. Revista de economía. Servicio de Estudios del Banco de Bilbao, (1985) 1, S. 5—36.

<sup>16)</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Zwischenbericht der Kommission an den Rat zur Erweiterung. Interne Maßnahmen in den beiden Bewerberländern für besonders empfindliche Wirtschaftszweige, Brüssel, 1. März 1983; siehe auch: Die Landwirtschaft Spaniens und die Erweiterung der EG., Luxemburg 1983 (=Sammlung Wissenschaft und Dokumentation, Reihe Landwirtschaftsfragen, Europäisches Parlament, Generaldirektion Wissenschaft und Dokumentation Nr. 10).

**Tabelle 9: Selbstversorgungsgrade in Portugal, Spanien und Zehnergemeinschaft (in % 1981/82)**

	Portugal	Spanien	EG der Zehn
Reis	43	87	70
Mais	43	32	73
Weizen	26	104	127
Schweinefleisch	95	96	101
Rindfleisch	95	99	103
Butter	29	83	122
Zucker	2	100	144

Quelle: Europäisches Parlament auf der Grundlage von Eurostat und nationalen Statistiken.

30 %; die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen steigt um 25 % und die Zahl der Betriebe um 32 %. Die 38 Millionen zusätzlichen Verbraucher, die durch den Beitritt Spaniens hinzukommen, werden die Gesamtbevölkerung der EG jedoch nur um 14 % erhöhen<sup>17)</sup>.

Die etwa zwei Millionen landwirtschaftlichen Betriebe Spaniens (EG der Zehn insgesamt 5,5 Millionen) zeigen große Unterschiede in der Betriebsgröße und Produktivität. Generell dominieren Kleinbetriebe, denen jedoch vor allem im Süden des Landes latifundienartige Großbetriebe gegenüberstehen<sup>18)</sup>. Nur etwa drei Prozent der Betriebe verfügen über 86 % der gesamten Nutzfläche.

**Tabelle 10: Struktur der spanischen Agrarbetriebe**

	Betriebe	Fläche
< 1 ha	33 %	2,3 %
1—5 ha	57 %	8,0 %
100—1000 ha	3 %	59,0 %
> 1000 ha	0,3 %	27,0 %

Quelle: Censo Agrario 1972.

Spanien weist bei zahlreichen Produkten hohe Selbstversorgungsgrade auf, wobei bei Weizen, Wein, Olivenöl und Kartoffeln sowohl Spanien als auch die frühere Gemeinschaft Selbstversorgungsgrade von über 100 % erzielen<sup>19)</sup>.

<sup>17)</sup> Europäische Gemeinschaften, Europäisches Parlament, Sitzungsdokumente, 31. Juli 1985, Bericht im Namen des Politischen Ausschusses über die Erweiterung der Gemeinschaft von Portugal und Spanien, Teil II: Bericht über die Ratifizierung der Beitrittsverträge mit Portugal und Spanien, S. 6.

<sup>18)</sup> Wigand Ritter u. a., Wirtschaftsgeographische Aspekte des Beitritts Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft, in: Ernst Dürr u. a., Spanien auf dem Weg nach Europa?, Bern 1985, S. 83—182.

<sup>19)</sup> Ebd., S. 105.



**Tabelle 11: Vergleichsziffern zur landwirtschaftlichen Produktivität. EG-Zehnergemeinschaft (= 100) und Länder der Süderweiterung 1979/80**

	Portugal	Spanien	Griechenland	EG der Zehn
Weizen	23,0	41,8	60,5	100
Roggen	17,2	31,9	45,1	100
Mais	21,9	84,9	108,9	100
Kartoffeln	34,5	57,4	55,3	100

Quelle: OECD.

Andererseits ist in vielen Bereichen auch die spanische Agrarwirtschaft nicht wettbewerbsfähig, wie die Vergleichsziffern zur landwirtschaftlichen Produktivität (Tabelle 11) und die Preisverhältnisse (Tabelle 12) zeigen.

**Tabelle 12: Preisverhältnisse von Agrarprodukten (Portugal und Spanien gegenüber EG-Zehnergemeinschaft)**

	Preisverhältnis zur EG der Zehn (EG-Preise = 100)	
	Portugal	Spanien
Mais	113,6	111
Weizen	103	99
Schweinefleisch	116,6	94
Rindfleisch	110	98
Butter	78	121
Magermilchpulver	192	176
Zucker	113,7	105

Quelle: Europäisches Parlament auf der Grundlage von Eurostat und nationalen Statistiken.

Im Gegensatz zu Spanien verfügt Portugal nur über ein geringes Agrarpotential. Die portugiesische Landwirtschaft ist hinsichtlich ihrer Produktivität die leistungsschwächste in ganz Westeuropa. Strukturell ist die portugiesische Landwirtschaft durch das Vorherrschen von Klein- und Kleinstbetrieben gekennzeichnet<sup>20)</sup>. Von insgesamt etwa 800 000 Betrieben verfügen 300 000 über weniger als einen Hektar Nutzfläche<sup>21)</sup>.

Die Leistungsschwäche der portugiesischen Landwirtschaft ist die Folge der jahrhundertelangen Vernachlässigung des Hinterlandes. Erst nach der Revolution 1974 setzten erste Bemühungen, zu einer Strukturreform ein, die jedoch im

<sup>20)</sup> Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderbericht Portugal 1985, Stuttgart-Mainz 1985, S. 34.

<sup>21)</sup> Europäisches Parlament (Anm. 17), S. 8.

bürokratischen Kompetenzwirrwarr und wegen ideologischer Auseinandersetzungen rasch versandeten<sup>22)</sup>.

### 3. Industriepotentiale

Seit Beginn der sechziger Jahre bis zum ersten Ölpreisschock 1973/74 haben die Volkswirtschaften Spaniens und Portugals hohe Wachstumsraten erzielt, die zeitweise das Doppelte des OECD-Durchschnitts betragen. Wie andere halb-industrialisierte Schwellenländer wurden auch Portugal und Spanien von den nach der Ölkrise einsetzenden weltwirtschaftlichen Umstrukturierungen besonders hart getroffen. Es stellte sich heraus, daß diejenigen Sektoren, die von der staatlichen Wirtschaftsplanung in diesen Ländern am stärksten gefördert wurden — Schiffbau, Stahl- und Werftindustrie —, nun zu den Bereichen gehörten, die weltweit unter Überkapazitäten litten.

Der wirtschaftliche Umstrukturierungsprozeß fiel in beiden Ländern mit grundlegenden politischen Veränderungen zusammen, was die Anpassung zusätzlich erschwerte und verzögerte. Seit Ende der siebziger Jahre sind beide Volkswirtschaften durch anhaltende Stagnationstendenzen gekennzeichnet.

**Tabelle 13: Jährliche Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts seit 1960**

	1960 bis 1970	1970 bis 1980	1980 bis 1984
Spanien:	7,57 %	3,73 %	1,52 %
Portugal:	1960 bis 1970 6,56 %	1970 bis 1973 8,58 %	1974 bis 1982 3,73 %

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Basisdaten aus IWF, International Financial Statistics.

#### a) Spanien

Die spanische Industrie entwickelte sich unter dem Schutz hoher Zollmauern. Unter Franco gesellte sich zur traditionellen Schutzpolitik ein ausgeprägtes Autarkiestreben. Bereits gegen Ende der fünfziger Jahre zeichnete sich jedoch ab, daß die Politik der Ersetzung von Importen durch eigenerzeugte Produkte in eine Sackgasse

<sup>22)</sup> Siehe Manuel Carlos Lopes Porto, Os países da Península Ibérica e a problemática regional no seio da CEE, in: *Economia*, 8 (1984) 3, S. 471—507; und Michael Vester u. a., Die vergessene Revolution. Sieben Jahre Agrarkooperativen in Portugal, Frankfurt 1982.

führte. Nach der Sättigung des Inlandsmarktes — was wegen der niedrigen Kaufkraft bald erreicht wurde — gab es keine weiteren Anreize zur Produktentwicklung und Produktivitätssteigerung mehr; andererseits war die heimische Produktion weiterhin auf technologische Importe angewiesen<sup>23</sup>). Protektionismus und Autarkiestreben hatten zwar zum Aufbau eines breitgefächerten Industriepotentials beigetragen, doch wurden wegen der Abschottung nur wenige Unternehmen international voll wettbewerbsfähig.

Mangelnder Wettbewerb auf den Produktmärkten, ein niedriges Lohnniveau und die Unterdrückung von Gewerkschaften haben dazu geführt, daß die spanischen Betriebe sich nicht allzusehr um moderne Betriebsführung und technologische Innovation bemühen mußten. Die spanische Industrie ist so heute durch ungünstige Betriebsgrößen, veraltete Unternehmensführungs-konzepte und durch Produktivitätsnachteile belastet. Nach Untersuchungen des spanischen Industrie- und Energieministeriums sind lediglich etwa 40 % des industriellen Produktionsvolumens gut auf den Beitritt vorbereitet, während für 60 % mit sehr negativen Auswirkungen gerechnet wird. Hiervon wiederum ist bei etwa einem Drittel überhaupt fragwürdig, ob die Betriebe angesichts des Beitritts fortbestehen können<sup>24</sup>).

Mit der Mitgliedschaft in der Gemeinschaft verliert die spanische Industrie ihre Vorteile aus dem ausgefeilten System an Exportvergütungen, Einfuhrausgleichssteuern und anderen Subventionen. Durch den schrittweisen Wegfall der Importzölle wird sich der Anpassungsdruck auch auf dem heimischen Markt verstärken, wobei durch die Übernahme des gemeinsamen Außentarifs der EG auch zusätzliche Konkurrenz von Drittländern auftreten wird.

## V. Wirtschaftspolitische Problembereiche

Die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre verfolgte in beiden iberischen Ländern einen restriktiven Kurs. Spanien und Portugal sahen sich mit wachsenden Leistungsbilanzdefiziten konfrontiert, deren Abbau angesichts des bevorste-

<sup>23</sup>) Ernst Dürr/Petra Lehnert, Wirtschaftspolitische Voraussetzungen des Beitritts Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft, in: Ernst Dürr u. a. (Anm. 18), S. 184—254.

<sup>24</sup>) José María Mas, Wirtschaftliche Aspekte der Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft aus spanischer Sicht, Bonn (Spanische Botschaft, Wirtschaftsabteilung), Dezember 1985, S. 7.

### b) Portugal

In Portugal konzentriert sich die Industrie in den Küstenstreifen um Lissabon/Setúbal und um Porto. Das restliche Land ist — mit Ausnahme der südlichen Atlantikküste, wo der Tourismus eine besondere Situation schafft — arm an Industrie und Infrastruktur. Portugal ist auf den EG-Beitritt nicht vorbereitet. Zwölf Jahre nach dem Sturz der Diktatur ist das politische System noch nicht zur Ruhe gekommen; den rasch wechselnden Regierungen ist es nicht gelungen, eine wirtschaftspolitische Leitlinie zu finden.

Schon vor der Revolution war die portugiesische Industrie durch Rückständigkeit geprägt. Salazar, der seit den zwanziger Jahren das Land diktatorisch beherrschte, verfolgte eine anhaltende Restriktionspolitik und schenkte Fragen der inneren Entwicklung des Landes und der Wachstumspolitik kaum Beachtung<sup>25</sup>). Industrie und Bankwesen waren in der Hand weniger Großunternehmen, die monopolartige Privilegien genossen und von ausländischer Konkurrenz abgeschottet waren. Höhere Gewinnchancen in den überseeischen Territorien führten zur Vernachlässigung des Mutterlandes.

Nach der Revolution wurden Banken und Großindustrie verstaatlicht. Eine großzügige Lohn- und Sozialpolitik in den ersten Jahren nach der Revolution hat zu einer anhaltenden Überlastung des Staatshaushaltes geführt<sup>26</sup>), und die verstaatlichten Unternehmen sind auf weiter steigende Staatszuschüsse angewiesen. Die Verfassung verbietet die Aufhebung der Verstaatlichungen und die Arbeitsschutzgesetzgebung verhindert Entlassungen aus den oftmals überbesetzten Betrieben. Die portugiesische Industrie besitzt kaum nennenswerte Wettbewerbsvorteile. Ihr Spezialisierungsgrad ist äußerst gering; erst im Zuge eines langfristigen Wettbewerbsprozesses könnten sich leistungsfähige Betriebe herausbilden<sup>27</sup>).

henden Beitritts als wirtschaftspolitisches Primärziel immer mehr in den Vordergrund rückte. Durch restriktive Geldpolitik und Abwertungen konnte zwar das Leistungsbilanzdefizit abgebaut und im Falle Spaniens 1984 sogar ein Überschuß

<sup>25</sup>) A. M. de Oliveira Marques, History of Portugal. From Empire to Corporate State, New York 1976, S. 178 ff.

<sup>26</sup>) OECD, Economic Surveys, Portugal, Juni 1984, Paris 1984, S. 22 ff.

<sup>27</sup>) Vgl. hierzu Klaus Esser u. a., Überlegungen zur portugiesischen Industriepolitik angesichts des Beitritts zur EG, Berlin 1980.

erzielt werden, gleichzeitig stieg jedoch die Arbeitslosigkeit stark an und dürfte — neben den immer noch ungebrochenen inflationären Tendenzen — für die kommenden Jahre das schwierigste wirtschaftspolitische Problem darstellen.

**Tabelle 14: Leistungsbilanzsalden Spaniens und Portugals 1980—1984 (in Mrd. US-Dollar)**

	1980	1981	1982	1983	1984
Spanien	-5,2	-5,0	-4,2	-2,5	+2,1
Portugal	-1,1	-2,6	-3,3	-1,0	-0,5

Quelle: IWF, International Financial Statistics.

**Tabelle 15: Arbeitslosenquoten**

	1975	1980	1984
EG-Zehner-gemeinschaft	4,2	5,9	10,9
Bundesrepublik Deutschland	4,1	3,3	8,4
Spanien	4,7	12,3	19,6
Portugal	4,6	7,8	13,0

Quelle: Eurostat.

### 1. Spanien

Die wirtschaftspolitische Strategie der aus den Wahlen vom Oktober 1982 hervorgegangenen so-

**Tabelle 16: Jährliche Inflationsraten**

	1975	1980	1984
EG-Zehner-gemeinschaft	13,8	12,8	6,1
Bundesrepublik Deutschland	6,0	5,5	2,6
Spanien	16,1	16,1	11,3
Portugal	17,3	19,4	30,7

Quelle: Eurostat.

zialistischen Regierung unter Ministerpräsident Felipe González besteht darin, die Inflation zu dämpfen und die Leistungsbilanz zu verbessern, um die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Erholung und den Abbau der Arbeitslosigkeit einzuleiten<sup>28)</sup>. Der restriktive Kurs der spanischen Regierung hat den Anpassungsdruck, der auf der spanischen Wirtschaft lastet, verstärkt, außenwirtschaftlich jedoch bereits erste Erfolge gezeitigt. Bei insgesamt stagnierender Produktion ist die Arbeitslosigkeit allerdings steil angestiegen.

Durch politische Maßnahmen allein kann indes- sen der Umstrukturierungsprozeß bestenfalls beschleunigt werden. Umfassendere Ansätze zur Anpassung der Volkswirtschaft an die veränderten Wettbewerbsbedingungen wurden denn auch,

<sup>28)</sup> OECD, Wirtschaftsberichte, Spanien, Mai 1984, S. 28 ff.

**Tabelle 17: Plan der spanischen Regierung für eine industrielle Umstrukturierung**

	Gesamtbeschäftigung Dezember 1983	Geschätzte Beschäftigungseinbußen 1984—1986	
		Insgesamt	davon:
			Frühpensionierung
1. Eisen und Stahl .....	70 100	12 545	6 669
2. Schiffbau .....	41 400	17 368	6 114
3. Textil und Bekleidung .....	400 000	11 900	4 280
4. Haushaltgeräte .....	19 400	5 314	1 466
5. Elektroindustrie .....	15 000	3 100	1 389
6. Fernmeldewesen .....	17 000	3 200	876
7. Elektroteile (Autos) .....	5 000	460	50
8. Papier .....	20 400	1 500	330
9. Werkzeugmaschinen .....	8 300	2 000	560
10. Düngemittel .....	10 000	1 180	380
11. Schuhfabrikation .....	50 000	3 100	839
12. Übrige Branchen .....	9 688	1 836	404
<b>Insgesamt .....</b>	<b>666 288</b>	<b>63 503</b>	<b>23 357</b>

Quellen: Industrieministerium: Weißbuch über die Re-Industrialisierung; Direktvorlage an die OECD.

allerdings erst 1983, konzipiert<sup>29</sup>). Dieses Programm sieht einen Abbau der Beschäftigung in den überdimensionierten Bereichen Stahl, Schiffbau, Textil, Bekleidung und einigen anderen Branchen vor, die sich auf rund 10 % der Gesamtbeschäftigung in den betreffenden Bereichen belaufen soll und etwa 3 % der Gesamtbeschäftigung in der Industrie entspricht<sup>30</sup>).

Neben den Umstrukturierungsprozessen ist der gesamte Arbeitsmarkt durch eine hohe Jugendarbeitslosigkeit geprägt, da jährlich etwa 150 000 Jugendliche in die Erwerbsbevölkerung eintreten<sup>31</sup>). Der Anteil der Jugendlichen unter 25 Jahren an der Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt inzwischen 50 %.

## 2. Portugal

Seit Mitte der siebziger Jahre ist die portugiesische Volkswirtschaft durch fundamentale makroökonomische Ungleichgewichte gekennzeichnet. Weder bei der Bekämpfung der Inflation noch beim Abbau des Haushaltsdefizits wurden nennenswerte Erfolge erzielt. Durch die gesetzlichen Maßnahmen, die Entlassungen praktisch verbieten, wurde das Beschäftigungsniveau bis vor kurzem zwar noch aufrechterhalten, doch in jüngster Zeit schlagen auch hier die Stagnationstendenzen voll durch. Angesichts einer jährlichen Inflationsrate von 25 bis 30 % während der letzten Jahre und stagnierender Löhne mußten die portugiesischen Arbeiter seit 1980 Reallohnverluste von insgesamt 14,3 % hinnehmen<sup>32</sup>).

Die aus den Salazar-Jahren übernommenen strukturellen Probleme wurden durch Fehlentwicklungen in der Wirtschaftspolitik nach der Revolution noch verstärkt. In den ersten Jahren nach 1974 verfolgten die rasch wechselnden Regierungen eine expansive Geld- und Fiskalpolitik, die den Konsum anheizte, wegen der Leistungsschwäche des Produktionsapparates jedoch zu hohen Importen und einer anhaltenden Inflationierung der Volkswirtschaft führte<sup>33</sup>). Die Auslandsverschuldung stieg steil an und hat 1985 mit 15,7 Mrd. US-Dollar<sup>34</sup>) über 300 % der Exporteinnahmen erreicht. 1983 mußte Portugal zum zweiten Mal nach der Revolution um einen Beistandskredit beim Internationalen Währungs-

fonds (IWF) nachsuchen<sup>35</sup>), was angesichts eines Leistungsbilanzdefizits von 3,3 Mrd. US-Dollar unausweichlich geworden war.

Das IWF-Programm zur Wiederherstellung der internationalen Zahlungsfähigkeit sah eine Rückführung der Inlandsnachfrage und eine Umlenkung der Ressourcen in den Export vor<sup>36</sup>). Durch Abwertungen des Escudo und Importrestriktionen konnte dieses Ziel 1984 erreicht werden. Derartige kurzfristig konzipierte Maßnahmen werden jedoch nicht ausreichen, um die grundlegenden strukturellen Schwächen der portugiesischen Volkswirtschaft zu beheben.

Gegenüber der ersten EG-Erweiterung findet die Süderweiterung unter veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen statt. Während die Norderweiterung noch in einer Phase wirtschaftlicher Expansion vollzogen werden konnte, findet die zweite Erweiterung zu einem Zeitpunkt statt, in dem sich eine Vielzahl von Wirtschaftsbereichen in einem tiefgreifenden Strukturwandel befindet. Die Krisensektoren der EG sind dabei weitgehend deckungsgleich mit denen der Beitrittsländer.

Die Bewährungsprobe für die Süderweiterung stellt deshalb das Problem dar, inwieweit es der Gemeinschaft gelingen wird, angesichts hoher und zunehmender Arbeitslosigkeit den notwendigen Anpassungsprozeß zu fördern und die Volkswirtschaften wieder in eine Wachstumsphase überzuführen.

Mit der Süderweiterung verlagert sich der „politisch-psychologische Dreh- und Angelpunkt der Gemeinschaft“ in den Süden Europas<sup>37</sup>). Diese Verschiebung der Gewichte findet ihren unmittelbaren Ausdruck in der Mehrheitsbildung im Rat der Gemeinschaft, in dem die südlichen EG-Länder — Italien, Griechenland, Portugal und Spanien — nun die Sperrminorität besitzen, auch wenn Portugal oder Griechenland nicht mitstimmen sollten.

Wegen der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung zwischen den industrialisierten Ländern und dem Südbereich der EG wird die Südwende der Gemeinschaft künftig noch stärker zutage treten.

<sup>29</sup>) Ebd., S. 74 ff.

<sup>30</sup>) Ebd., S. 76.

<sup>31</sup>) Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Länderbericht Spanien 1984, Stuttgart-Mainz 1984, S. 31.

<sup>32</sup>) Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Basisdaten aus IMF, International Financial Statistics.

<sup>33</sup>) Vgl. A. Marques/A. Romão, Croissance et crise de l'économie portugaise (1960—1982), in: Économies et Sociétés, Série HS, 25 (1983), S. 1701—1740, und Ma-

nuel P. Barbosa u. a., External disequilibrium in Portugal 1975—78, in: *Economia*, III (1979) 3, S. 487—535.

<sup>34</sup>) Banco de Portugal, boletim trimestral, 7 (1985) 2, S. 19f.

<sup>35</sup>) International Monetary Fund, IMF-Survey, 24. Oktober 1983, S. 325 und S. 334—336.

<sup>36</sup>) Ebd., zum Maßnahmenkatalog siehe OECD (Anm. 26), S. 60.

<sup>37</sup>) Europäisches Parlament (Anm. 4), S. 20.

# Die Iberische Halbinsel und Europa

## Ein kulturhistorischer Rückblick

Allegorische Kartenbilder des 16. Jahrhunderts zeigen die Gestalt der stolzen Europa mit Hispania als gekröntem Haupt. Als kostbares Geschmeide zieren die Pyrenäen ihren Hals. Im Hintergrund liegt „Die Spanische See“ — der Atlantik. Um Portugals Randlege im politischen Körper Europas zu vermessen, bedient sich der Dichter Camões in seinem Nationalepos *Os Lusíadas* (1572) folgerichtig einer poetischen Überbietung dieses Vergleiches: „Und sieh! Am Haupt Europas liegt gebreitet/der Lusitanen Reich als Scheitel fast,/wo sich das Land verengt, das Meer sich weitet ...“.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts vergleicht der Journalist Julio Camba Europas Nationen mit den Wohnparteien in einem wilhelminischen Prachtbau. Das Erdgeschoß haben seit kurzem die Deutschen bezogen, protzig und geschmacklos eingerichtet, nicht gerade beliebt bei ihren Nachbarn. Die Franzosen, als Demokraten bekannt, logieren in der *bel étage*. Über ihnen wohnen die Italiener, mit erlesenem Geschmack

möbliert. Draußen, im Gartenpavillon, führen die Engländer ihr Eigenleben. Die Spanier hausen im Dachboden, umgeben von Gerümpel und Spinnweben. Sie treten als feine Herren auf und arbeiten nicht, beteuern aber täglich, daß sie ihr Stockwerk nun renovieren werden.

Diese Bilder veranschaulichen die Selbstdeutung und Spannungen, aber auch die Wandlungen im Verhältnis vor allem Spaniens zu Europa sowie umgekehrt die europäische Einstellung Spanien gegenüber gleichsam als Erhebung der Glieder wider das Haupt. Im Verlauf erbitterter geführter Auseinandersetzungen um das nationale Selbstverständnis bricht in Spanien, anders als in Portugal, immer wieder ein schweres Europa-Trauma durch, dem umgekehrt das abschätzbare Mißtrauen entspricht, ob denn Spanien überhaupt zu Europa gehöre, fähig und willens sei, darin einen Platz einzunehmen. Denn jenseits der Pyrenäen, so lautete ein geflügeltes Wort, beginne Afrika, und was verdanke man schon Spanien?

## Wie spanisch kommen uns die Spanier vor?

Die Frage nach Spaniens Beziehung zu Europa hat vielerseits tiefe Gräben von Vorurteilen aufgerissen. Einst wegen des Führungsanspruchs der Universalmonarchie, der Weltherrschaft, als Schreckgespenst in Europa gefürchtet und verhaßt, stempelte aufklärerische Kritik „das Volk von Pygmäen“ im 18. Jahrhundert zu einem lächerlichen, rückständigen Außenseiter und exotischen Wilden. Spanien und Portugal erschienen als unzivilisierte Nationen, Schandflecken auf der Landkarte jener erleuchteten Zeiten, ausgeschlossen vom Kommerz der Vernunft und des Fortschritts. Beide Länder mußten daher so lange unter Vormundschaft verbleiben, bis sie der Gemeinschaft würdig werden. Dagegen hatte die spanische Selbstverteidigung schon längst Rechtfertigungsmuster entwickelt. „Wer nennt uns nicht Barbaren? Wer sagt nicht, wir seien verückt, unwissend und hochmütig?“, fragt der

Dichter Francisco de Quevedo (1580—1645) und stellt als Entgegnung das Bild vom eigentlichen, ewigen Spanien vor: Spanien, das auserwählte Volk Gottes, fällt böswilligen, neidischen, gottlosen, häretischen Feinden zum Opfer. Von aller Welt verleumdete und verachtet, steht es allein da als Märtyrer und Zeuge seiner Sendung. Fremde Einflüsse verderben die gute eigene Art. Das Ausland ist nicht nur feindlich, sondern auch moralisch minderwertig.

Bis in die Franco-Zeit hinein wird Spaniens Isolierung trotzig als Sonderstellung gedeutet, die aus dem bewußten Bruch mit Europa folge. Ohne sich selbst zu verleugnen und sein Wesen zu veraten, habe Spanien den revolutionären Säkularisierungsprozeß im modernen Europa nicht mitvollziehen können. Es schützt sich hinter einer „bronzenen Mauer“ gegen die von außen drohende Verderbnis.

## Die Iberische Halbinsel im europäischen Gleichgewicht der Mächte bis zum Wiener Kongreß 1815

Die Einsicht jedoch, daß Spanien krank sei, verbreitete sich schon im Lauf des 18. Jahrhunderts zugleich mit dem Vertrauen, daß Reformpolitik und die Nachahmung fortschrittlicher Vorbilder des Auslands die Heilmittel seien, um den verlorenen Anschluß an europäische Maße auf dem Gebiet der Wirtschaft und Manufaktur, des Landbaus und des Bildungswesens zu erlangen. Nach dem Spanischen Erbfolgekrieg (1701—1714), der sich zu einem gesamteuropäischen Konflikt ausgeweitet hatte, wurde das „Gleichgewicht von Europa“ durch Verträge einigermaßen wiederhergestellt. Wenige Jahrzehnte später spielte Spanien als eine der stärksten Seemächte in diesem europäischen Mächteverhältnis erneut eine Rolle. Die völlige außenpolitische Abhängigkeit von Frankreich verwickelte Spanien während der Koalitionskriege gegen Napoleon in verlustreiche Auseinandersetzungen mit England und Portugal, dessen Eigenexistenz zwischen den von diesen beiden Mächten geführten Blöcken ernstlich gefährdet war, obwohl es gerade englische und französische Militärhilfe war, die Portugal im Kampf um die Unabhängigkeit von Spanien im 17. Jahrhundert stützte. Hätte sich Portugal jetzt Frankreich angeschlossen, so wäre England, der traditionelle Bündnispartner, zum Feind geworden, was mit der Abschnürung von Brasilien auch den wirtschaftlichen Zusammenbruch zur Folge gehabt hätte. Umgekehrt hielt die Anlehnung an England zwar den von diesem kontrollierten atlantischen Seeweg offen, setzte aber Portugal der Gefahr der Invasion seines iberischen Nachbarn aus, der mit Frankreich im Bunde stand.

1801 erklärte Spanien Portugal, das neutral bleiben wollte, den Krieg; von England allein gelassen, kapitulierte Portugal nach wenigen Monaten. Ende 1807 legte ein französisch-spanischer Vertrag nach der Weigerung Portugals, sich der Kontinentalsperre anzuschließen, dessen Teilung fest. Französische Truppen besetzten erstmals das Land. Der portugiesische Hof flüchtete, von der britischen Flotte geschützt, unter Mitnahme von Kunstschätzen, der Bibliothek und anderer Wert-

sachen mit Tausenden von Adeligen, Kaufleuten, Beamten und Offizieren nach Brasilien. Obwohl Portugal 1811 durch die Engländer von der dritten französischen Invasion befreit worden war, kehrte der König erst 1820 nach Lissabon zurück.

Unterdessen war in Brasilien das Königtum ausgerufen worden, und Rio de Janeiro stieg zur Hauptstadt des vereinigten Reiches auf. Zum ersten und einzigen Mal nahm eine europäische Monarchie ihren Sitz in der Neuen Welt. Inzwischen war in Spanien ebenfalls der Aufstand gegen die napoleonische Fremdherrschaft ausgebrochen.

Zur Zeit des Befreiungskrieges spielte die Frage des Verhältnisses zu Europa in der Presse eine große Rolle. Am 1. Januar 1809 veröffentlichte Pedro Cevallos sein Manifest der Spanischen Nation an Europa. Das Echo auf das Fanal des spanischen Aufstands war auch in Deutschland sehr stark. „Die Sache, die die Spanier verteidigen, ist die der ganzen Welt. Wenn Spanien siegt, wird die Tyrannei für immer ein Ende finden und Europa zu seinem alten Zustand des Gleichgewichts der Mächte zurückfinden.“ Die politische Lyrik griff ebenfalls das Europa-Thema auf; doch schon bald verloren sich die Rufe, und es schwand die Hoffnung, von den Staaten des europäischen Kontinents verstanden und unterstützt zu werden. Der verheißungsvolle Ansatz der „liberalen“ Verfassung von Cádiz (1812) erstickte unter der von Konservativen gestützten Herrschaft Ferdinands VII. (1814—1833). Spanische Schriftsteller und Intellektuelle gingen ins europäische Exil. Als Journalist kritisierte Mariano José de Larra mutig die Rückständigkeit der spanischen Gesellschaft und Geistesverfassung im Blick auf die europäischen Verhältnisse. Eine Zeitschrift in Barcelona mit dem programmatischen Titel *El Europeo* unternahm 1823/24 den ersten Versuch, die Isolierung durch kosmopolitischen Gedankenaustausch zu überwinden und Spanien an die moderne Geistesbewegung in Europa heranzuführen.

### „Hier ruht halb Spanien: es starb an seiner anderen Hälfte“ (Larra). Die zwei einander feindlichen Spanien

Der Abstand zu Europa wuchs unaufhaltsam. Während in England, Deutschland und Frankreich die industrielle Revolution fortschritt, lähmten Bürgerkriege und Militärputsche Spaniens Entwicklung. Die Auseinandersetzung

zwischen Traditionalisten und Fortschrittlichen kennzeichnete die innenpolitische und geistige Situation des 19. Jahrhunderts. Zwei Spanien standen sich mit ihren Heilerwartungen für Generationen unversöhnlich gegenüber. Das Ver-

hältnis zu Europa war gespalten. Die Konservativ-Bürgerlichen, für die Demokratie, Sozialismus und Liberalismus Teufelswerk und Glaubensfeinde darstellten, widersetzten sich um der Bewahrung des „echten“ Spanien willen jeder Öffnung und Erneuerung, wie sie, gestützt durch die philosophische Strömung des Krausismus und die bis 1939 einflußreiche pädagogisch-wissenschaftliche Reformeinrichtung der Institución Libre de Enseñanza, von Intellektuellen und Politikern wie Joaquín Costa betrieben wurde.

Der Diplomat Donoso Cortés (1809—1853), dessen Ansehen in Deutschland über Carl Schmitt bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg reichte, bezeichnete in seiner Rede über die allgemeine Lage Europas (1850) Spanien als Bollwerk gegen Säkularisierung und modernistischen Ungeist. Spanien bilde die große Ausnahme, eine „Oase in der Wüstenei Europas“. „Wenn Sie je den Wunsch verspüren sollten“, schrieb er 1849 an Louis Veuillot, „das geistige Europa hinter sich zu lassen, ohne jedoch über die Grenzen des geographischen Europa hinauszugehen, dann kommen Sie nach Spanien!“ Der Philosoph Jaime Balmes griff die verbreitete Meinung auf, daß Spanien ein „Land der Anomalien“ sei und drehte den Spieß um, indem er behauptete, Spanien ist ganz anders, aber nur eben leider zu wenig bekannt.

Auf deutscher Seite stellte Alban Stolz in dem Buch *Spanisches für die gebildete Welt* (1853) den katholisch-christlichen Geist der spanischen Nation als ideales Maß Spaniens und Europas, als Beispiel unerschütterlichen Glaubens für die deutschen Christen hin. Wenig später entdeckte Pius Bonifaz Gams Spanien als Bundesgenossen gegen das „voltairianische, demokratische und imperialistische Frankreich“. Deutsche Protestanten hingegen wie Friedrich von Wolzogen, der sich selbst als einen „in Culturländern großgezogenen Europäer“ bezeichnete, meinten wie Heinrich von Treitschke, daß von Spanien, einer „sterbenden Nation mit verdorrtem Nationalgeist“, einem Land der Toten und der Ruinen, nichts mehr zu erwarten sei.

Die Wiedereinführung der Monarchie (1875) nach einem kurzlebigen Experiment mit der Republik verhiieß den Spaniern unter der Zauberformel der „Regeneration“ die Heilung von den Krankheiten des Vaterlandes. Die entscheidende Schwäche war und blieb das Bürgertum, das nicht wie in anderen westeuropäischen Gesellschaften den modernen Umbruch mitrug, sondern im Gegenteil den Veränderungen mißtrauisch und ablehnend gegenüberstand. Es suchte seine Vergewisserung nicht im Erfolg, sondern im Rückgriff auf nationalistische Ideale und mit

einer verschwommenen Wesensschau, die Minderwertigkeitskomplexe ausgleichen mußten, zugleich aber auch Ressentiments gegenüber Europa bestärkten.

Der Aragonese Joaquín Costa (1846—1911), der als Bauernsohn und überzeugter Republikaner das Problem Spanien vor allem in seiner sozialen Dimension erfaßte, war zugleich der leidenschaftlichste Verfechter eines politischen Reformprogramms zur „Wiederherstellung und Europäisierung Spaniens“. Kann Spanien eine moderne Nation werden?, fragte er nach der 1898 besiegelten vernichtenden Niederlage der Kolonialmacht, die auf den Stand einer jener „asiatischen, dekadenten und versteinerten Nationen“ herabgesunken sei, die niemand mehr beachte. Mit einem heroischen Kraftakt versuchte er in diesem von einer Handvoll Kranker regierten „Land von Eunuchen“ die Tendenz zur „Afrikanisierung“ umzukehren, die Spanien immer wieder aus dem europäischen Verbund hinaustrieb, überzeugt, daß auch Europa nicht länger einen „mittelalterlichen Volksstamm in fossilem Zustand“ als Anhängsel und Hemmschuh für den Fortschritt dulden werde.

Costa verlangte, daß die Staatsausgaben für eine Europäisierung, das heißt für eine Modernisierung des Landes und die Steigerung der Produktivität, erhöht, für die Rüstung jedoch gesenkt werden müßten. Spanien habe sich nicht gegen Frankreich, England oder sonst jemanden in Europa zu verteidigen, sondern es gelte allein, die Armut und den Bildungsnotstand zu beseitigen, die Landbewässerung und das Verkehrswesen zu verbessern. Das nannte er die zweite Reconquista des Landes, und nur so werde jenes neue Spanien entstehen, in dem es genug zu essen gibt, das gebildet ist und denken kann und das sich vor allem „nicht mehr fremd zu fühlen braucht außerhalb der eigenen Grenzen, als wäre es auf einem anderen Planeten oder in einem anderen Zeitalter“. So sehr Costa die Europäisierung mit dem Weckruf „Schulen und Speisekammern“ verkündete, so wenig meinte er damit eine *despañolización*, den Verlust spanischer Eigenart. Costa war ein Europäer, weil er überzeugter Patriot war, und niemand konnte für ihn ein echter Patriot sein, wenn er nicht im europäischen Zusammenhang dachte. „Versperrt das Grab des Cid (maurischer Beiname des spanischen Nationalhelden Rodrigo Díaz, † 1099 bei der Wiederoberung — Reconquista — der christlichen Herrschaftsgebiete von den Mauren im mittelalterlichen Spanien) mit einem dreifachen Schloß“, forderte er gegenüber jenen, die immer wieder nur die vergangene Größe des alten Spaniens beschworen, ohne die Gegenwart zu verstehen.

## Der Streit um die Erneuerung: Europäisierung oder Einkehr in die „Spanische Seele“

Die Niederlage im Krieg mit den USA 1898 und die Aufgabe der letzten bedeutenden Kolonialgebiete (Kuba, Puerto Rico, Philippinen) wurden als Liquidierung der ehemaligen spanischen Großmacht verstanden. „Wir haben den Charakter einer amerikanischen Nation verloren und sehen uns nun zurückverwiesen auf einen europäischen Rang, werden aber von ganz Europa in unserer Schwäche und Niederlage verspottet“, klagte Rafael M. de la Labra. Die nationale Katastrophe nach einigen Jahren relativen Wohlstands führte zu einer Neubesinnung darüber, wie sich das Land von diesem Schlag erholen könnte. Es fehlte nicht an Diagnosen und Empfehlungen von Heilmitteln für das nationale Problem, die sich in Erwartung einer Wiedergeburt zwischen kosmopolitischen Träumereien, Utopien und der Rückbesinnung auf die geheimnisvollen Tiefen ewigen Spaniertums bewegten.

Die Verdrossenheit an Spanien, aber auch die Sorge um Bestand und Bestimmung der Nation bildeten eine wichtige Motivgröße der spanischen Literatur, die bei den Vertretern der sogenannten Schriftstellergeneration von 1898 wieder deutlich hervortrat. Im „Leiden an Spanien“ gab Europa im positiven wie im negativen Sinn ständig den Maßstab der Erfahrung ab. Spanien, ein leidender oder ein schlafender Riese? Manchen erschien die Öffnung der Fenster zu Europa hin, die Zufuhr frischer Luft als einzige Chance für das Überleben.

Spanien hatte den Krieg verloren gegen ein Land der Neuen Welt, fast ohne Geschichte, aber mit einem erdrückenden Potential von Industrie, Wissenschaft, Technik und Geld. Dieser Krieg, unverhüllter Ausdruck der Auseinandersetzung zwischen der angelsächsischen und lateinischen „Rasse“, bestätigte nur die materielle und geistige Überlegenheit des germanischen Zivilisationskreises. Spanien brauchte die Hilfe der entwickelten Länder in Europa. Ramiro de Maeztu, später einer der Wortführer der Rechten und Märtyrer der Falange, predigte in dem Buch *Für ein neues Spanien* (1899) die Industrialisierung als Triebkraft für den Aufschwung, der von den Randgebieten der Iberischen Halbinsel her auf ganz Spanien übergreifen müsse. Wenn die Spanier nicht lernten, mit Maschinen, Geld und Fabriken umzugehen, würden sie immer in kolonialer Abhängigkeit von den fortschrittlicheren Ländern bleiben. „Wir müssen unsere Geschichte vergessen und unser Auge allein auf die Zukunft richten.“ Die Devise lautete nun europäisch, das heißt wissenschaftlich sein. Europäisierung war gleichbe-

deutend mit Fortschritt, Wissenschaft, Technik, Wirtschaft.

Dabei priesen manche Deutschland mit seiner Schwerindustrie und Wissenschaft als Modell für die Erneuerung an — oder auch Japan. Adolfo González Posada (1860—1944) forderte, Spanien müsse Ingenieure, Kaufleute, Lehrer, Offiziere, ja sogar Priester zur Ausbildung nach Frankreich, England, Deutschland und in die USA schicken. Andererseits banden regionalistische und separatistische Strömungen erhebliche politische Kräfte. Wie sollte das Verhältnis zu Europa gestaltet werden, wenn die Beziehung Kataloniens oder des Baskenlandes zum Gesamtstaat ungelöst blieb?

Manche erhoben den Isolationismus zum Programm und Heilmittel. Spanien solle seine eigenen Möglichkeiten ausschöpfen, anstatt seine Abhängigkeit vom Ausland zu vergrößern. „Die besten Sherry-Marken werden von den Engländern kontrolliert; die besten Gruben gehören Deutschen, Engländern, Franzosen, Belgiern. Unser bestes Obst ... wird in anderen Ländern verbraucht ... Die meisten Fabriken gehören nicht uns“, klagte Julio Puyol. Der Wiederaufbau müsse im Einklang mit den bleibenden Wesensbestimmungen, traditionellen Werken und Kräften der spanischen Geschichte erfolgen. Angel Ganivet verzichtete überhaupt auf europäischen Fortschritt, denn materieller Wohlstand erzeuge unweigerlich neue Krisen. Mit spirituellem Optimismus feierte man Armut als „großen Glanz aus innen“.

Spaniens Rückständigkeit wurde zu verschiedenen Zeiten und aus unterschiedlichen Erwägungen heraus immer wieder als geistige Stärke und Reichtum gewertet, umgemünzt zu moralischer Überlegenheit und ungebrochener Widerstandskraft. Rückständigkeit bildete somit ein Gegengewicht zum Materialismus und Fortschrittsfetisch; sie bot außerdem lockende exotische Fluchtzonen (etwa für Tourismus, Zivilisationsmüde, Kulturkritiker): *Der Süden ist dem Paradies näher* oder *Spanien, ein stehengebliebenes Paradies* sind bezeichnende Buchtitel noch aus den fünfziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts für die Suche nach dem Ursprünglichen. Nicht wenige spanische Intellektuelle verzichteten auf Europäisierung, weil sie es vorzogen, sich in mystischer Innenschau zurückzuwenden zur vermeintlich unverfälschten Wesensmitte. Der Mythos des Volksgeistes, die Geheimnisse der „Spanischen Seele“ ersetzen rationales politisches Tun und bestimmten eigengesetzlich die Wiedergeburt aus den Tiefen des Volkes.



„Geh nicht nach draußen, tief im Innern Spaniens wohnt die Wahrheit!“

Mit dem früh verstorbenen Schriftsteller und Diplomaten Angel Ganivet (1865—1898) erreichte die gegen den Europa-Taumel der späten Restaurationsjahre gerichtete mystische Spaniendeutung unmittelbar vor der nationalen Katastrophe 1898 ihren Höhepunkt. Gegen das Schlagwort der Europäisierung setzte er die Rückbesinnung auf die Tradition und ihre unveränderliche Ausprägung im spanischen Nationalcharakter. ‚Noli foras ire, in interiore Hispaniae habitat veritas‘, lautete Ganivets Leitspruch in Abwandlung eines berühmten augustinischen Satzes. Um Spaniens Zukunft zu sichern, müsse man alle Türen mit Riegeln und Schlössern fest versperren, durch die der spanische Geist entweichen und in alle Windrichtungen verströmen könnte. Für Spaniens Erneuerung war nach Ganivet die europäische Ausrichtung unzutraglich, weil immer schon verderblich. Die imperiale und aggressive Expansionspolitik der (unspanischen) Habsburgerkönige seit Karl I. lieferte ihm den Beweis für eine dem „Territorialgeist“ Spaniens zuwiderlaufende Wesensentfremdung und Überforderung der Nation, die zu ihrer Dekadenz führten. Spanien wurde durch eine fremde Dynastie in die Rolle des großen, tragischen Darstellers auf der europäischen Bühne hineingezwungen.

Dieser Wandel im Urteil über die Habsburger ist übrigens ein bemerkenswertes Indiz für konjunkturelle Schwankungen im spanischen Geschichtsbild und in den europäisch-spanischen Verflechtungen. Unter den Bourbonen (ab 1715) wurde nach einer nicht nur von Ganivet geteilten Auffassung das Spanische erneut verfälscht und überlagert; „hispanizare“, ehemals ein politisches Schimpfwort für die Verbündeten und Kollaborateure der Spanier im Dreißigjährigen Krieg, lautete nun bei Ganivet die Losung für die nationale Erhebung und ein neues Selbstverständnis: „españolizar nuestra obra“, aus spanischem Geist heraus wirken! Die Pyrenäen böten den natürlichen Schutzschild für die Unabhängigkeit der Halbinsel, deren geographische Lage und anthropologische Grundgegebenheiten den Lauf ihrer Geschichte prägten. In verwegenen Spekulationen erblickte Ganivet in Afrika das Ziel künftiger spanischer Expansion, ausgerechnet zu einer

Zeit, da der Schwarze Kontinent im Mittelpunkt der Rivalitäten unter den europäischen Kolonialmächten stand und Spanien außenpolitisch völlig geschwächt war. Mit den „arabischen Schildknappen“ würde es Spanien gelingen, Ansehen und Macht in einer ihm gemäßen Hemisphäre zu erweitern.

Die ideologischen Ambivalenzen in der Bewertung der spanisch-arabischen Beziehungen zu verschiedenen Zeiten sind sehr aufschlußreich gerade auch im Hinblick auf das Verhältnis Europa-Spanien. Galt der Spanier dem Mitteleuropäer im 16. und 17. Jahrhundert, „halb Jude, halb Araber“, religiös-rassisch als verdächtig und moralisch minderwertig, so setzte mit Herder eine Verklärung des „edlen Maurentums“ ein: Die Araber sind für ihn „Lichtbringer der europäischen Kultur“, die Spanier demzufolge kulturell „veredelte Araber“.

Das Thema *Spanien zwischen Kreuz und Halbmond, Land zwischen Orient und Okzident, Das Doppelantlitz Spaniens* (so lauten die Titel einiger Spanienbücher) ist unerschöpflich kontrovers, bis hin zur erbitterten Fehde zwischen den exilierten spanischen Fachgelehrten Américo Castro und Claudio Sánchez Albornoz nach dem Zweiten Weltkrieg über den jüdischen und arabischen Einfluß in Mentalität, Kultur und Sozialgeschichte der Spanier. Das Verhältnis zur arabischen Welt wird in der essayistischen Spaniendeutung und universalhistorischen Betrachtung nicht nur in seiner zivilisatorischen Dimension, sondern auch in seiner unmittelbaren Aktualität mit allerdings verschiedentlich wechselnden Akzenten erörtert (Percy Ernst Schramms Aufsatz über *Spanien, Bastion Europas, Brücke nach Afrika und Amerika* von 1953 ist hierfür ein Beispiel aus der früheren Zeit der Bundesrepublik). So sind die Drohungen und Proteste arabischer Länder gegen die von der spanischen Regierung unlängst aufgenommenen diplomatischen Beziehungen zu Israel nicht allein Ausdruck des Nahostkonflikts. Es waren neben den iberoamerikanischen die arabischen Staaten, die Spanien zur Aufnahme in die Vereinten Nationen verhalfen. In seiner Mittelmeerpolitik hat Spanien immer eine proarabische Haltung eingenommen.

## Zwei „feindliche Brüder“ im philosophischen Streit um ein Spanienkonzept

Miguel de Unamuno (1864—1936), ein baskischer Gelehrter, Dichter und Schriftsteller, der zum eifernden Verteidiger kastilischen Wesens

wurde — für Hermann Graf Keyserling der „ewige Spanier“, „Excitator Hispaniae“ nach den Worten von Ernst Robert Curtius —, war mit sei-

nen Widersprüchen und irrationalen Gedanken-sprünge auch ein Spiegel alter Zwiespälte im Verhältnis Spaniens zu Europa. Zunächst zeigte er sich, von sozialistisch-marxistischen Ideen beeindruckt, wie viele fortschrittlich gesinnte junge Leute, Europa gegenüber sehr aufgeschlossen. In seinem Essay *Über das echte spanische Wesen* (1895) wird Spaniens geistige Stagnation auf die Abschirmung zurückgeführt, in der die Inquisition das Land gehalten und seine Reform vereitelt hatte. Die Europaidee war jedoch als Möglichkeit in Spanien durchaus vorhanden; daher wollte Unamuno „die Fenster öffnen für die frischen Winde aus Europa“, „das kontinentale Ambiente in sich aufsaugen“, sich europäisieren, damit neue Lebensformen erstünden in dem moralisch versteppten Spanien. „Spanien bleibt zu entdecken, und nur europäisierte Spanier können es entdecken.“

Dann schlug Unamunos Verhältnis zu Europa plötzlich um in einen antieuropäischen Affekt, der das Spanische schlechthin als Gegensatz zu Europa bestimmte. Im Kontrast zu diesem Widerpart sollte das eigene Wesen um so deutlicher hervortreten. In einem berühmten Aufsatz über die Europäisierung (1906) warnte Unamuno vor der spirituellen Verfremdung Spaniens durch eine Annäherung an das moderne Europa. Dagegen setzte er auf „unsere alte, afrikanische Weisheit“, die letztlich religiös gegründet ist, und sprach von einer „infamen Vermischung“ mit Europa, von dem „abscheulichen, geistigen Meztentum“. Den echten Spaniern stellte er die Entwurzelten gegenüber, die ihre Wesensform verraten haben, also „unspanisch werden“ (*despañolizar*) und aus der Art fallen (*descharacterizar*). Gegen den Weckruf der Europäisierung Spaniens setzte Unamuno auf die umgekehrte, paradox-quioteske Formel, daß Europa gleichsam in einem Prozeß der Verdauung Spanien anzuverwandeln sei: „Die echte und eigentliche Europäisierung Spaniens, das heißt unsere Verdauung jenes Teils des europäischen Geistes, der unserem Geist gemäß aufgenommen werden kann, setzt erst dann ein, wenn wir daran gehen, uns der geistigen Ordnung Europas aufzuprägen, den Europäern unser Wesen, das unvermischt echte Spanische zu schlucken geben im Austausch für das Ihrige, bis wir versuchen, Europa zu hispanisieren.“

Diese mit der Physiologiemetaphorik ausgedrückte geistige Assimilation bedeutete bei Unamuno nicht, daß die Welt am spanischen Wesen genesen müsse, wie es fast gleichzeitig Kaiser Wilhelm II. vom deutschen Wesen behauptete, sondern diese Weise der Einverleibung sollte den dialektischen Vorgang einer Ausfilterung der

(metaphysischen) Essenz des unvergänglich Spanischen (*castizo*) umschreiben. Europa bildete dafür sozusagen nur eine Negativfolie: „Andere Völker haben uns vor allem Institutionen, Bücher hinterlassen, wir haben Seelen hinterlassen.“ Die Heilige Theresia wog jedes Institut, jede „Kritik der reinen Vernunft auf“. Auf die Klage, Spanien habe wenig geleistet für den wissenschaftlichen Fortschritt, entgegnete der Philologe und Philosoph: „Erfinden sollen die anderen!“ Spanien habe seine Seele zu retten als Botschaft für die Welt. Er blieb überzeugt, „daß wir Spanier immer wir sein werden, und wenn die Sintflut von außen über uns kommen sollte“.

Unamuno sah die eigentlichen Brüder nicht in Europa, sondern in (Spanisch-)Amerika: „dort ist unser Blut, unsere Sprache, dort liegt unsere Zukunft. Die iberookamerikanische Rasse ist die große lateinische Rasse“. Um die eigene Geschichte zu verstehen, müßten die Spanier den Blick auf die Neue Welt richten und sich gleichsam hispanoamerikanisieren (*hispanoamericanizar*). Vom Ausblick auf die arabisch-afrikanische Welt hielt er dagegen nichts.

Der Essayist José María Salaverría (1873—1940), der zunächst das *Alte Spanien* (1907) kritisch analysierte, dann aber auf erzkonservative, rechte Positionen umschwenkte, tat die von Costa propagierte Europäisierung als Aberglauben ab. Europäisierer waren für ihn „Agenten der Zersetzung und Auflösung“. „Diese unruhigen Europäisierer wollen Europa mit einem Schlag, mit Taschenspielertricks nach Spanien verpflanzen.“ Aber Europa sei Spanien, so Salaverría, feindlich gesinnt, es brauche ein schwaches Spanien: „Europa schaut uns immer wie ein gefährliches Wesen an, das man bewachen und zügeln muß.“ Protestanten, Freimaurer, Aufklärer, Republikaner, Liberale, Sozialisten und das internationale Judentum hätten sich gegen Spanien verschworen. Wider die Verachtung und Verleumdung Spaniens setzte Salaverría trotz der *Spanische Selbstbehauptung* (1917): „Wir sind anders, wir sind nicht meßbar mit den üblichen und allgemeinen Maßstäben.“ Zugleich beansprucht er aber alles „echt Europäische“ für Spanien, die europäische Nation schlechthin. Spanien befinde sich nicht nur in innerer Übereinstimmung mit Europa (die Abweichler sind die anderen), sondern habe trotz seiner geographischen Randlage auch lange Zeit die Achse Europas gebildet. Spanien sei ohne Problem — wie später nach Francos Sieg —, weil es seiner Bestimmung getreu alle Fremdkörper ausscheide und dort weitermache, wo 1648 die Entwicklung abbrach.

Am entschiedensten hat der Philosoph Ortega y Gasset (1883—1955) fast ein halbes Jahrhun-

dert hindurch über das spanisch-europäische Wechselverhältnis nachgedacht. Sein fundamentaler Ansatz lautete: „Spanien ist nur möglich, wenn man es von Europa her betrachtet.“ Bereits in der programmatischen Besprechung der Zeitschrift *Europa* (1910) verstand er Europa nicht als bloße Antithese und Negation zum Spanien jener Zeit, sondern als Grundlage für ein dialogisches Zusammenleben und als Ausgangsbasis zur Überwindung des nationalen Tiefstandes. Europa sei die Bedingung für Spanien; Spanien stelle eine europäische Möglichkeit dar. Die Europäisierung zeige Wege und Verfahren auf, um ein neues Spanien aufzurichten und das „Problem Spanien“ zu lösen. Der „Tibetanisierung“ Spaniens setzte er die Integration in eine gemeinsame Landschaft Europa entgegen; er glaubte nicht an eine radikale Spaltung zwischen Spanien und Europa. Man könne zwischen ihnen nicht als Alternative wählen, vielmehr sei die Einheit notwendig und zugleich wirklich. In der Schaffung

der Vereinigten Staaten von Europa sah Ortega die einzige Möglichkeit für das Überleben und den Schutz vor dem Totalitarismus. In der Weimarer Zeit, als Oswald Spengler den Untergang des Abendlandes prognostizierte, suchte Ortega in seinen Analysen (*Aufstand der Massen, Spanien ohne Rückgrat*) nach Wegen zur „Bewahrung des Abendlandes“.

Ortega, seinem Bildungsgang nach der deutschen Philosophie verbunden, kam bereits 1949 wieder nach Deutschland. Sein Zuspruch als Europäer und die Absage an jeglichen Nationalismus als Sackgasse sicherten ihm etwa ein Jahrzehnt lang hierzulande ein großes Ansehen. Seine Rede vor Studenten der Freien Universität Berlin (1949) *De Europa meditatio quaedam* und seine Münchener Vorlesung *Gibt es ein europäisches Kulturbewußtsein?* (1953) wirkten als programmatische Erklärungen tief auf die Europabegeisterung in der jungen Bundesrepublik.

## Spanien als Vorbild

Der bereits bei den deutschen Romantikern beliebte Gedanke der Vorbildlichkeit Spaniens für eine europäische Neuordnung und für eine neue, nicht-klassische Dichtung wurde sowohl in der Weimarer Zeit als auch nach dem Zusammenbruch 1945 aufgegriffen, in Zeiten, da die Idee einer europäischen Union aus dem Erlebnis der Niederlage Auftrieb bekam. „Spanien wird Mode“, stellte der berühmte Romanist Ernst Robert Curtius fest, der sich ab 1924 eingehend mit den spanischen Dingen zu beschäftigen begann. Geographisch und geistig gesehen war Spanien für ihn ein „exzentrisches Land“, aber eben deshalb auch ein besonderer „Vorposten“ für einen europäischen Beobachter. „Das junge Spanien“ — so der Titel einer von Werner Krauss besorgten Anthologie — trat in den Kreis der „geistigen Großmächte“ ein. Gagnets *Idearium* war 1921 unter dem Titel *Spaniens Weltanschauung und Weltstellung* in deutscher Übersetzung erschienen. Mit dem Satz „Spanien wird wieder Großmacht“ pries ein anderer bekannter Hispanist 1939 den Sieg der Nationalspanier.

Die deutsche Beschäftigung mit dem Ausland war pädagogisch begründet im Versuch, über bestimmte Lehrprogramme im Fremdsprachenunterricht die Selbsterkenntnis des deutschen Wesens („Deutschtumkunde“) zu fördern und im völkerpsychologischen Kontrast mit fremden Kulturen zu vermitteln. Während England und Frankreich vielfach vorbelastet waren, übte Spanien als Freiraum eine besondere Anziehung aus,

die gefühlsmäßig zwar durch literarische Vorstellungen geprägt war, aber bald auch politische Stoßkraft erhielt.

Karl Vossler stellte 1929 *Die Bedeutung der spanischen Kultur für Europa* heraus. Für den Kulturphilosophen und Reiseschriftsteller Graf Hermann Keyserling, der eine „Spektralanalyse“ Europas vornahm (1929), stand Spanien „ethisch an der Spitze der heutigen europäischen Menschheit“. Zwanzig Jahre später urteilte der Engländer Charles Duff mit fast denselben Worten über das „Ethos Spaniens“: „Spanien ist wahrscheinlich der einzige überlebende Repräsentant der westlichen Zivilisation!“

Keyserling suchte unter dem Eindruck von Unamuno erneut eine Antwort auf die alte Streitfrage der französischen Aufklärung, was man denn Spanien verdanke. Im Gegenzug zu der in Spanien vielfach erhobenen Forderung, das Land müsse sich Europa öffnen („europäisieren“), spekulierte Keyserling wie Unamuno mit den Gedanken einer Hispanisierung Europas. „Nur wenn es ‚Spanien‘ bewußt in sich aufnimmt, wird Europa die Krisen dieser Übergangszeit im Guten überwinden. Muß der Europäer der Zukunft nicht unter allen Umständen, soll er seine Vollendung erreichen, als ethisches Wesen Spanier werden?“ stellte Keyserling fest, obwohl er in seinen Visionen vom idealen Spanien auch die bekannte Behauptung wiederholte: „Für sich gehört Spanien nicht zu Europa, sondern zu Afrika“ (und

daran schließt sich der Preis der „schönen Wüste“ sowie des von Hause (!) aus donquichotten Wüstenbewohners an). Hier war „hispanizare“

wieder das Zauberwort der spirituellen Rettung, wie schon in der Romantik und im deutschen politischen Katholizismus des 19. Jahrhunderts.

## Spanien nach 1945, der Aufbau Europas und die Verteidigung des Westens

Zwanzig Jahre nach Keyserlings spanischem Capriccio rückten Spanien und Europa im Zeichen des Kalten Krieges nach selbstaufgelegter und von außen sanktionierter Isolierung einander wieder näher. Schon 1949 sah der Engländer Charles Duff in seinem Buch *Spanien — Stein des Anstoßes* dieses Land als Eckpfeiler Europas und zusammen mit Hiroshima sogar als „moralischen Fingerzeig“ für die Menschheit. Die großen physischen und moralischen Reserven Spaniens müßten genutzt, nicht geächtet werden. Die spanische Frage könne nicht isoliert behandelt, sondern nur als europäisches Problem gelöst werden. „Antikes Volk im Atomzeitalter“ lautete 1951 eine Schlagzeile in der „Weltwoche“, die zugleich die Ratlosigkeit und Faszination gegenüber einem Land ausdrückte, das in wichtigen geschichtlichen Zwischenphasen aus dem allgemeinen Bewußtsein ausgeblendet war.

Mit seiner strategisch wichtigen Lage und anti-kommunistischen Haltung spielte Spanien im weltpolitischen Kalkül eine völlig anders gewichtete Rolle als für Frankreich oder England, die Franco ächteten. Spanien befand sich auf dem Weg vom Boykottierten zum Alliierten, obwohl es im Gegensatz zum ebenfalls seinerzeit undemokratisch regierten Portugal, mit dem es im Iberischen Pakt verbündet war, nicht in die NATO aufgenommen wurde. Der Caudillo „von Gottes Gnaden“ ließ auf die Ächtung nach Kriegsende selbstbewußt verlauten, daß sein Land weder um irgendeinen Sitz in internationalen Organisationen nachsuchen noch eine Mitgliedschaft antreten werde, die nicht in Übereinstimmung mit Spaniens Vergangenheit, dem Volk und seinem Beitrag zu Frieden und Kultur stünden.

Der Generalissimus wurde bündnisreif. Obwohl Spanien angeblich nur für „geistige Werte“ eintraf, irdische Dinge geringschätzte und der Charakter des Volkes genügsam war, verstand er es im Gegenzug für das Militärabkommen neben der NATO eine beträchtliche Finanzhilfe herauszuschlagen, die in der nach den Kriegen aussichtslosen Wirtschaftslage neuen Auftrieb verschaffte. Die Verbesserung der Straßen und Schienenwege schuf eine wichtige Voraussetzung für den bald einsetzenden Massentourismus. Die offizielle Werbung im Ausland bediente sich da-

bei übrigens zur Überwindung der Isolierung geschickt des Slogans „Spanien ist anders“.

„Spanien tritt ins Glied“, so lautete 1952 eine bezeichnende Zeitungüberschrift, die dem frankquistischen politischen Selbstverständnis entsprach, wie es in Deutschland der Marqués de Valdeiglesias verbreitete: „Spanien hat sich durch den Bürgerkrieg wieder in die internationale Politik eingeschaltet. Es knüpft wieder bei den Soldaten von Lepanto und den Theologen von Trient an. Sein Abkommen mit den Vereinigten Staaten stellt es wieder in die erste Reihe der Verteidiger des Westens.“

Als „Verbündeter Europas“ nahm Spanien zwölf Jahre nach Beendigung des Bürgerkrieges eine Schlüsselstellung ein. Dieselbe militärische Bedeutung hatte der Historiker Hermann J. Hüffer 1942 hervorgehoben. Es werde „künftig die gesamte kulturelle Arbeit beider Länder (Spaniens und Deutschlands) getragen sein von der stolzen Erinnerung an die enge Waffenbrüderschaft unserer Völker gegen den bolschewistischen Weltfeind Europas“. In der Blauen Division komme alter spanischer Geist „als Vormauer und Hort unserer verjüngten Kulturgemeinschaft“ wieder zum Vorschein. Joseph Gregors Buch *Das spanische Welttheater* (1943) deutete ebenfalls anstelle des früher verpönten spanischen Fanatismus Widerstand („Bollwerk gegen den Bolschewismus“) und Kampfgeist positiv. Auch hier wurde die geistige Brüderschaft von ehemals in Waffenbrüderschaft umgepolt: „Was damals (im spanischen Weltreich) die Welt bewegte — Idee Gottes, Idee des Adels und des reinen Blutes —, nimmt sich wie ein Vorspiel der Ekstasen des Schicksals aus, die wir selbst erleben!“

Wenige Jahre später konnte Hüffer dann Spanien bruchlos sub specie aeternitatis in die christliche, tausendjährige Einheit Europas einordnen. Die Wallfahrt nach Santiago de Compostela zu Jakobus, dem Maurentöter, wurde als starkes Bindeglied abendländischer Gemeinschaftsidee verherrlicht. Die Spanienpolitik der USA erweckte indes Unbehagen bei ideologisch völlig entgegengesetzten Lagern auf der Linken ebenso wie bei den katholischen Konservativen. Die einen befürchteten Spaniens Ausverkauf an die Macht des Geldes, des Materialismus, der Frei-

maurer, die anderen mißbilligten die wirtschaftliche Unterstützung, die der Aufwertung des autoritären Regimes diene.

Spanien war Europas Außenseiter (Reinhold Schneider prägte das mißverständliche Wort von den Fremdlingen in Europa), ähnlich wie Deutschland nach dem Ende der Naziherrschaft. Die Frage „Wo ist das wahre Spanien?“ berührte sich wieder mit jener nach dem wahren Deutschland. Die oft beschworene Schicksalsverbindung beider Länder erhielt eine neue Aktualität. In den ersten Jahren der Bundesrepublik waren der Gedanke der europäischen Einheit, der traditionellen deutsch-spanischen Freundschaft und die Idee des christlichen Abendlandes die Themen der Beschäftigung mit Spanien. „Ohne Spanien geht es nicht“, war ein Zeitungskommentar 1951 überschrieben. Ein anderes Blatt begrüßte „Spaniens Rückkehr nach Europa“; Reinhold Schneider bestätigte 1953 mit beschwörender Geste: „Spanien gehört zu Europa.“

Das Ende der Isolierung wurde im Vergleich zur westdeutschen Situation aufmerksam verfolgt. Adenauers politisches Ziel war die Einbindung der Bundesrepublik in ein vereintes Europa. Als 1954 die diplomatischen Beziehungen zu Franco-Spanien wieder aufgenommen wurden, kam das Wort von der „Achse Madrid-Bonn“ allerdings nicht von ungefähr. Zehn Jahre später stellte Botschafter Allardt Spanien in einem Artikel immer noch „an der Schwelle Europas“ vor. Schon 1957 aber hatte sich Bonn zum Fürsprecher der Aufnahme Spaniens in die NATO gemacht. In die Europabegeisterung, mit der Spanien seinerzeit entdeckt wurde und die tiefe Schatten über dem

autoritären Regime geflissentlich zudeckte, mischten sich auf deutscher wie auf spanischer Seite unterschiedliche Motive. Begriffe wie Europa und Reich wurden in Deutschland als Antwort auf die Verirrungen der Hitlerzeit aus geschichtsphilosophischer und -theologischer Schau christlich überhöht, während sich das franquistische Spanienverständnis zur historischen Rechtfertigung auf das unter Isabella der Katholischen und Ferdinand begründete hispanische Imperio berief und sogar eine neue Zeitrechnung vom „Jahr des Sieges“ (1939) an einführte. Die Sieger im Bürgerkrieg, die das wahre und ewige Spanien gerettet haben wollten und in einer Art Verfassung Spanien zum „Träger ewiger Werte“ erklärten, versuchten die internationale Ächtung zu überspielen durch die Berufung auf eine mittelalterliche, religiöse Reichsidee und Sendung. *Spanische Verteidigung der europäischen Kultur*, hieß der Titel einer der zahlreichen falangistischen Geschichtsapologien, die in einzelnen Abschnitten hymnische Europabezüge herstellten: Europa und die Kirche, Europa und Spanien (im 16. Jahrhundert), Philipp II. und sein Kampf für die Seele Europas, Spaniens Kultur, Lehrmeisterin und Vorbild Europas ...

Ernesto Giménez Caballero, einflußreicher faschistischer Theoretiker des „Spanischen Genius“, behandelte noch 1949 in seinem Buch *Spaniens Beziehungen zur göttlichen Vorsehung* (!). In Berlin pries Außenminister Castiella 1964 Spanien mit einer kühnen Schiffahrtmetapher als „geistigen Bug des Kontinents“. Ähnliche Bilder waren sehr beliebt (z. B. Bruno Geuter, *Spanien, Vorposten des Abendlandes*, 1956).

## Spaniens Mission und Europa

Was hat das „ewige Spanien“ für den Neuaufbau eines unabhängigen Europa beizutragen?, fragten 1954 die Verfasser eines francofreundlichen Spanienhandbuches (Richard Pattee und Anton Maria Rothbauer). Die Antwort darauf war die genaue Übernahme der konservativen spanischen Selbstdeutung.

Eine rege Publizistik bemühte sich in der frühen Adenauerzeit, Spaniens Europäertum in seiner vergangenen und künftigen Bedeutung herauszustellen. Ein Beispiel hierfür ist die 1946 gegründete katholische Zeitschrift *Neues Abendland*, die sich als Sammelpunkt konservativer Erneuerung verstand. Spanien stellt darin seit den fünfziger Jahren eines der Leitthemen dar. Unter der Überschrift „Spanien, echtes Abendland“ präsentierte ein Autor 1950 die Übersetzung der Lobeshymne

von Marcelino Menéndez Pelayo auf die spanische Tradition als „eines der—theuesten Dokumente abendländischer Gesinnung“. Ein Sendbote der Franco-Hierarchie, Mitbegründer der Acción Española und Präsident des Europäischen Dokumentationszentrums in Madrid, dozierte in einer Aufsatzreihe über Spaniens Lehre an Europa und Spaniens Rolle in der europäischen politischen Gemeinschaft; die Aufgabe Spaniens sei es, die Zukunft des Kontinents von einer höheren idealistischen Warte aus zu betrachten und die „ewigen Werte“ zu verteidigen. Dadurch werde es zu einem gewichtigen Faktor der europäischen „Wiedererhebung“. Durch die Brückenfunktion zu Spanisch-Amerika trage es außerdem dazu bei, Europa aus der unwürdigen Lage einseitiger Abhängigkeit von den USA zu befreien. Bei diesen geistigen Überbau-Konstruk-

tionen war ein antiamerikanischer Zungenschlag unüberhörbar. „In kastilischer Sicht wird Europa zuerst eindeutiger und dann auch größer als von der Warte der Pariser Redaktionsbuden, der Straßburger Konventikel, der Washingtoner strategischen Büros und der Bonner Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und seiner Opposition“, schrieb denn auch 1953 ein deutscher Kommentator.

Den Vereinten Nationen und den Vereinigten Staaten von Europa wurde der hispano-amerikanische Völkerbund als Beispiel einer funktionierenden, echten Familiengemeinschaft gegenübergestellt, in der Spanien als Mutterland den Zusammenhalt sichert. Spanien, dem die profanen Vereinten Nationen zunächst die Mitgliedschaft versagten, hatte schon längst zuvor eine Universitas Christiana, „ein Gebilde globaler Katholizität“ (Alexander von Randa) geschaffen, das die Neue Welt dem Reiche Gottes zuführte. Der Marqués de Valdeiglesias sah Spanien, „das arme Land an der Spitze des abendländischen Abwehrwillens“. Ohne das Opfer seines Blutes wäre Europa längst ein sowjetischer Satellit geworden. „Was Spanien dem Ausland geben kann, kann fundamental sein für die Wiedergeburt des Abendlandes. Es ist das durch Humanismus, Rationalismus und Liberalismus unterdrückte Leitbild einer christlich-universalen Staats- und Weltordnung“, kündete der Funktionär in nostalgischer Erinnerung an eine unwiederbringlich entschwundene Vergangenheit.

Als erhabene Symbolgestalt wurde in diesem Zusammenhang Kaiser Karl V. zum Ahnherrn Europas erklärt (im Titel einer Biographie von Gertrude von Schwarzenfeld, 1955), ganz im Gegensatz zur Geschichtsdeutung eines Ganivet oder Unamuno, für die dieser Herrscher aus dem „germanischen Norden“ die Mission Spaniens verfälscht und den Niedergang der Nation herbeigeführt habe. Als letzter „Weltenkaiser“ habe er die Wiederherstellung der Einheit Europas betrieben, um jene Ordnung zu stiften, „die immer vor den destruktiven Kräften des Unglaubens, des Materialismus und der Menschenvergötzung bewahren kann“ (Otto von Habsburg). Karl V. wurde als Schöpfer eines katholischen Commonwealth gepriesen, der Europa und Amerika gegen eine von Osten drohende Gefahr vereinte (Alexander von Randa). Dieser Kaiser habe den europäischen Reichsbegriff mit einem amerikanischen Einheitsstaat (!) vereint und allein aus der politischen Einsicht heraus gehandelt, daß ein Europa ohne Spanien kein Europa sei.

Demgegenüber erschienen dem Universalhistoriker von Randa die Vereinigten Staaten von Europa heute (1962) wie ein Scherbenberg, den

armselige Politiker notdürftig zusammenkleistern wollen. „Unter ihm, mit ihm und durch ihn erschloß Spanien sich den burgundischen wie den kaiserlichen Europabegriff und wuchs zugleich von einem Brückenglied zwischen Europa und Amerika zu einem wahren Weltvolk heran.“ Mit dieser geradezu christologischen Weiheformel wurde Karl, „der einzige echte Europäer eines abendländischen Jahrtausends“ (!), als Gallionsfigur einer neueren, nicht ausdrücklich christlich geprägten Europabewegung entrückt und als Repräsentant eines ewigen Ideals von Europa sozusagen zur Ehre der Altäre erhoben. „Plus ultra“ lautete Karls vielsagende Devise.

Von Randas Darstellung (1962) des Weltreichs als einer Weltenföderation ist zwanzig Jahre nach entsprechenden nazistischen Deutungen des Weltreiches und der Großmacht Spaniens der Höhepunkt und Abschluß der geschichtstheologisch gegründeten Europavision in der Zeit Adenauers, die den hispanischen Weltstaat als eine auf Erden vorweggenommene ‚Civitas Dei‘ dem apokalyptischen Zwangsreich des Widerchrist, dem Götzenreich des atheistischen Kommunismus entgegengesetzt. Das habsburgische Reich, in dem die Sonne nicht untergeht, stellt die ideelle Vorform und das Urbild für globale Staatenbünde dar.

In eben diesen sechziger Jahren sind freilich auch zwei gegenläufige Bewegungen festzustellen: Zum einen tritt die Krise des Europäismus deutlich zutage. Andererseits zeichnet sich im Franco-Spanien eine stärkere Hinwendung zu Europa ab, wie umgekehrt bei den europäischen Nachbarn die Erwartung wächst, daß gerade die Einbindung Spaniens in die europäische Gemeinschaft die Franco-Herrschaft verändern und deren Ablösung ermöglichen könnte. 1962 stellte Spanien den Antrag auf Assoziierung in die EWG. Im Frühjahr 1962 fand ein Kongreß der Europäischen Bewegung in München statt, bei dem eine gemeinsame Deklaration spanischer Exilsozialisten und geduldeter Christdemokraten verabschiedet wurde, die für eine politische Liberalisierung eintraten.

Betrachtet man den Beitritt Spaniens zur EG am 1. Januar 1986, so ist in diesem Zusammenhang auch stets das Spannungsverhältnis zu berücksichtigen, das durch die spezifischen Bindungen Spaniens zur spanisch-amerikanischen Welt gegeben ist. Das spanische Verhältnis zu Europa stand in dauernder Konkurrenz zum „amerikanistischen Programm“. Seit den Unabhängigkeitserklärungen der spanisch-amerikanischen Länder zu Beginn des 19. Jahrhunderts gibt es nicht nur den Wunschgedanken eines amerikanischen Staatenbundes, eines Vereinigten Amerika, son-

dern vor allem auf der spanischen Seite auch den Glauben an eine Gemeinschaft aller spanischsprachigen Völker in einer übergreifenden geisti-

gen Patria, die auf gemeinsamer geschichtlicher Erfahrung, kultureller Überlieferung und der Einheit von Sprache und Glaube gründet.

## Die Idee der Hispanität, eines spanischen Völkerbundes

Dieser Panhispanismus, in dem übrigens ein gerütteltes Maß an eurozentristischem Gedanken gut zusammenfließt und dem politisch-ideologisch ähnliche Verbrüderungs- und Verschmelzungsbewegungen im europäischen 19. Jahrhundert zur Seite stehen (Pangermanismus, Panslawismus, Panhellenismus), ist bis in die Gegenwart eine schillernde ideologische Größe geblieben, deren programmatische Bestimmung je nach den politischen Verhältnissen ausfällt. So wurde der Hispanidad sogar mit kirchlicher Bestätigung schon vor fast hundert Jahren ein eigener Feiertag gewidmet (12. Oktober), die Fiesta de la Raza (Fest der spanischen Rasse).

Der Panhispanismus ist in mehrfacher Hinsicht eine Ersatzgröße. Der Gedanke einer Brüderschaft aller hispanischen Völker mit ihrer gemeinsamen Sendung — so schrieb noch das Franco-Grundgesetz offiziell Spanien als die Mutter einer großen Völkerfamilie fest — wurde schon früh geprägt durch eine Rassentrennung zwischen lateinischen und germanischen Völkern mit ihren jeweiligen Führungsansprüchen und Glaubensunterschieden. Eugenio d'Ors, der als entschiedener Europäer („Mi voto es por Europa“) den Weltkrieg als Bürgerkrieg empfand, rief sogar mit seinem *Manifest der Freunde der moralischen Einheit Europas* (1914) „Lateiner und Germanen gegen die Slawen und ganz allgemein gegen den Osten“ auf. Noch bis in die fünfziger Jahre hielt eine Lateinische Union ihre Kongresse ab, auf denen Portugal wiederholt Mißtrauen angesichts der spanischen Führungsansprüche zum Ausdruck brachte.

Gegenüber dem mit Argwohn und Ablehnung beobachteten angelsächsischen Nordamerika formierte sich als Gegengewicht ein Block, dessen irreführende politische Bezeichnung „Lateinamerika“ erst um die Jahrhundertwende aufkam. Die Hispanidad richtete sich in diesem Umfeld gegen das Yankeeum, als Bund gegen die USA und ihren Einfluß. Zumal unter dem Eindruck der Vierhundertjahrfeier der Entdeckung Amerikas (1892) herrschte allseits unter den Spaniern eine optimistische Einschätzung der (vor allem wirtschaftlichen) Möglichkeiten vor, die die Neue Welt bot, ein Traum, der schon bald verging, da Spanien 1898 den Charakter einer „amerikanischen Nation“ verlor. Als Spanien im Ersten

Weltkrieg, im Gegensatz zu Portugal, die Neutralität erklärte und die meisten spanisch-amerikanischen Staaten diesem Beispiel folgten, erstarkte das Bewußtsein einer weltweiten spanischen Familie des Friedens. Im Blick auf den so gefestigten moralischen Bund der Länder hispanischen Bluts wandte sich Spanien nach 1918 enttäuscht ab vom Genfer Völkerbund; eine ähnliche Reaktion erfolgte gegenüber den Vereinten Nationen, in die Spanien erst 1955 aufgenommen wurde.

Die hispano-amerikanische Ökumene wurde dafür in beiden Momenten demonstrativ herausgestellt. Für ein großes Spanien. Die Einheit der hispanischen Rasse betitelte Máximo Vergara 1925 programmatisch ein Buch. In den vierziger Jahren kam es zu einer publizistisch-propagandistischen Aufwertung der alten spanischen Reichsidee im faschistischen Sinn. Camilo Barcia Trelles konnte es sich in seinem im „Jahr des Sieges“ veröffentlichten Werk über *Die vier Himmelsrichtungen der internationalen spanischen Politik* sogar leisten, Europa auf der Windrose gar nicht anzuzeigen: Die erste Richtungsangabe betrifft Spanien und die arabische Welt, die zweite Spanien und die Philippinen, schließlich wird die „geniale hispanische Deutung Amerikas“ gepriesen.

In der Nachkriegszeit fand die spanische Vision vom Verhältnis zwischen Hispania-Europa-Hispanidad auch in Deutschland Anklang, wobei hochgestellte Vertreter der Franco-Hierarchie eine Vermittlerrolle spielten und in kirchlichen Kreisen Unterstützung fanden. Hispanidad und Universitas Christiana deckten sich gegenseitig. „Wenn sich das katholische Gleichgewicht (!) in der Welt wieder einstellen soll, dann beuge sich Europa dem, der diesem Geist so großartig zu dienen mußte und zu dienen wissen wird, dem Geist Spaniens“, schrieb Giménez Caballero 1932 in seiner frühen faschistischen Fibel vom *Geist Spaniens*.

Otto von Habsburg, der sich 1957 zu Recht gegen das „bequeme Schlagwort vom Nicht-Europäertum Spaniens“ wandte, sah damals das Land an der Spitze eines „unsichtbaren Reiches“. Im Gegensatz zum britischen Empire, das immer mehr in seinem politischen Zusammenhalt an Kraft verloren hatte, gewann Spanien moralisch gestärkt zusehends an Prestige. Otto von Habsburg

wollte sogar das „Wachsen eines neuen Reiches, einer freien Gemeinschaft der Völker der Hispanidad“ beobachten, eine groteske Verkennung der politischen und sozialen Realitäten in Lateinamerika und in Spanien. Die Verbindung Spaniens mit „Lateinamerika“ stellte er als von höchstem europäischen Interesse dar. „Spanien bringt daher mehr nach Europa ein, als wir ihm bieten können“, lautete seine überraschende, paradoxe Umkehrung zum spanischen Weckruf um die Jahrhundertwende. „Man kann mit Recht sagen, daß nicht so sehr Spanien Europa, als Europa Spanien braucht.“ Der Enkel des letzten Habsburgerkaisers verstieg sich zu der in ihrer vereinfachenden Zweideutigkeit ungeheuerlichen Feststellung: „Iberoamerika ist nichts anderes als ein überseeisches Europa.“ Als Klammer der bei-

den Hemisphären der christlich-abendländischen Welt sei Spanien für Europas Sicherheit von lebensnotwendiger Bedeutung. Aus dieser Komunion fließe die Kraft, die „allein den Sieg unserer europäischen Gemeinschaft über den modernen Barbaren aus dem Osten gewährleisten wird“.

Auch im Geschichtsbild spanischer Liberaler spielt die Hispanidadidee eine bedeutende Rolle. „Spanien müßte die Plaza Mayor Hispanoamerikas sein“, schreibt der Philosoph Julian Marias, „der Ort, an dem sich die hispanischen Völker Amerikas neu erkennen und zusammenleben können. Und umgekehrt der Ort, von dem aus Europa dieses Amerika verstehen könnte, das es heute verzeichnet und verkennt.“

### „Wird der problematische Begriff Europa in Portugal völlig zur Utopie?“ (Reinhold Schneider)

Portugal, seit dem 12. Jahrhundert eigenständig und seither auch in seinen nationalen Grenzen unverändert, führte im allgemeinen geschichtlichen, kulturellen und politischen Bewußtsein trotz seiner Bedeutung als Kolonialmacht in der frühen Neuzeit (Portugal war immerhin nicht nur der Schrittmacher der überseeischen Ausdehnung der Europäer, sondern auch die erste und — bis 1975 — letzte europäische Kolonialmacht) ein bescheidenes Dasein im Schatten des größeren Nachbarn, es wird sogar immer wieder kaum ein Unterschied zu ihm gemacht. Spanien und Portugal bilden jedoch weder sprachlich noch kulturell eine Einheit. Das Verständnis der iberischen Nationen ist seit frühen Zeiten nicht frei von Belastungen und Empfindlichkeiten, zumal nach der langen Zeit der Personalunion mit der spanischen Krone (1580—1668). Das kleine Portugal hatte sich einst mit Spanien die Herrschaft über einen großen Teil der im 16. Jahrhundert bekannten Erde geteilt. „Portugiesen kennen Asien und Amerika besser als Europa“, schrieb der ‚lachende Philosoph‘ Karl Julius Weber (1767—1832).

Anders als Spanien litt Portugal weniger unter extremen Pendelausschlägen im Verhältnis zu Europa. Es hatte im Gegenteil alte und enge Bindungen zu England und Frankreich. Aber es litt unter seiner eigenen Geschichte, in der Größe und Niedergang nahe beieinanderlagen. Diese Geschichte wurde als Erinnerung und Verfall erfahren. Der Versuch, eine neue staatliche und ökonomische Ordnung zu schaffen nach der Unabhängigkeitserklärung Brasiliens (1822), das Portugals Reichtum ausmachte, schlug fehl. Die

von den Regeneradores erstrebte Erneuerung ging in ständigen innerpolitischen Wirren, Machtkämpfen, Revolten und Regierungswechseln unter. Almeida Garretts geschichtsphilosophische Betrachtung über *Portugal in der europäischen Waagschale* (London 1830) steht als Versuch einer Bestandsaufnahme des Problems Portugal aus europäischer Perspektive einzig da.

Außenpolitisch blieb Portugal durch die Interessen der großen europäischen Mächte ohnehin nur ein enger Handlungsspielraum. Der Preis für die Modernisierungspolitik der zweiten Jahrhunderthälfte des 19. Jahrhunderts war eine immer größere Abhängigkeit der Wirtschaft vom Ausland und von fremdem Kapital. Vor allem Großbritannien wollte als wichtigster Handelspartner Portugals seinen Markt zu den vorteilhaftesten Bedingungen erhalten. Im kulturellen Leben machte sich der französische Einfluß stark bemerkbar, der zuweilen auch als Belastung empfunden wurde. Frankreich galt als „Herz Europas“.

Die Frage einer politischen Union oder Föderation mit Spanien kam unter dem Eindruck der italienischen Einigung, der Gründung des Zweiten Deutschen Reiches und der Suche nach einem spanischen Thronfolger (1868) erneut auf. Während die einen dabei den Verlust der Selbständigkeit befürchteten, faszinierte die anderen die Morgenröte einer neuen Zeit, in der die „iberische Mission“ voll zur Geltung kommen würde. Junge Intellektuelle, Schriftsteller, Dichter, die 1871 mit den Demokratischen Vorträgen in Lissabon an die Öffentlichkeit drängten, vertraten



ein neues Portugal, europäisch-modern in ihrer geistigen Orientierung, antiklerikal, republikanisch gesinnt mit sozialistischen Neigungen, vom Glauben an die Wissenschaft erfüllt und fest entschlossen, das Land zu verändern. Das schockierend wirkende Programm zielte auf die Schaffung eines europäischen Bewußtseins.

Das demütigende englische Ultimatum von 1890, das Portugal zwang, die Ansprüche auf südafrikanisches Gebiet zwischen Angola und Moçambique aufzugeben, verursachte eine tiefe nationale Erschütterung, machte aber auch deutlich, wie sehr Portugal in einem völlig „unökonomischen Imperialismus“ weniger auf Europa ausgerichtet war denn auf die verbliebenen Reste an Kolonialbesitz in Afrika, die nun die Begehrlichkeit der Großmächte, auch des kaiserlichen Deutschland, erregten (es verhandelte mit England insgeheim über die Aufteilung der portugiesischen Kolonien). Expeditionen sollten der Welt demonstrieren, was die alte Entdeckernation noch zu leisten imstande sei. „O ihr Helden der See, o edles Volk, erneuert Portugals Glanz! / Europa künde aller Welt, daß Portugal besteht!“, hieß es in der Nationalhymne der 1910 ausgerufenen Republik.

Das britische Ultimatum und die Großmachtträume gewisser Kreise im Nachbarland verstärkten patriotisch-nationalistische Tendenzen; sie vermischten sich teilweise auch mit utopisch-messianischen Erwartungen, die in Portugal auf einer alten Tradition beruhen. Die Bewegung des Integralismo Lusitano kultivierte dieses Gedankengut und förderte die Mystik des Nationalcharakters („Portugiesische Seele“). Kosmopolitisch, sozialdemokratisch und reformerisch denkende Literaten und Gelehrte traten in der Gruppe „Neue Saat“ seit 1921 dieser Horizontverengung radikal entgegen, die ideologisch frühfaschistischen Tendenzen Vorschub leistete, nachdem die Republik einen verzweifelten Kampf geführt hatte, um dem Land in der Bewunderung für das Vorbild der englischen Demokratie und den französischen Republikanismus den Anschluß an Europa zu eröffnen. Dieser rückte allerdings unter der fast vierzigjährigen autoritären Staatsform, die die Republik ablöste, in weite Ferne.

Die Marienerscheinungen von Fátima im Jahr der bolschewistischen Oktober-Revolution und im Ersten Weltkrieg, an dem das Land unter großen Opfern auf Seiten der Alliierten teilnahm, wurden wie das Erdbeben von Lissabon 1755 zum großen Menetekel für die Welt aus Portugal. Die Marienverehrung bekam mit der Forderung einer Weihe Rußlands an die Unbefleckte Empfängnis zur Errettung der Welt vor dem Kommunismus eine politisch bis heute sehr brisante

Note. Fátima wurde zum „Altar der Welt“ erhoben, und die Wallfahrt dorthin stellte Weltbezug her, der Portugal in weltlichen Dingen längst verlorengegangen war.

Die angebliche prophetische Botschaft an die Hirtenkinder von Fátima sollte auch innenpolitisch nach der (sogar unter Salazar beibehaltenen) Trennung von Kirche und Staat erhebliche Auswirkung auf die religiöse Situation haben. Unter Salazars Neuem Staat (1933) stellte die Abkapselung ein Mittel zum Zweck der verheißenen Gesundung dar. Salazar verstand sich als Hüter der Tradition und sittlichen Werte. Die Kontaktarmut des Machthabers, seine „fast keusche Abgeschlossenheit, seine gesuchte Isoliertheit“ (Friedrich Sieburg) übertrug sich fatal auf das Gemeinwesen. Der Rückgriff auf die Fiktion einer historischen und zivilisatorischen Sendung Portugals in der Welt wurde bis zum bitteren Ende unbeirrbar aufrechterhalten: Portugals Kolonien hießen daher demonstrativ „überseeische Provinzen“, deren integraler Zusammenhang mit der europäischen Metropole durch die ideologische Vorstellung von der „vielrassigen Gesellschaft“ konstruiert wurde. Portugal gab demnach (wie auch Brasilien) der Welt ein Beispiel für das friedliche Zusammenleben von verschiedenen Rassen und Religionen.

Die parallel zur Hispanidad-Idee oft beschworene luso-brasilianische Kulturgemeinschaft (als Familienfesttag am 22. April gefeiert) wurde 1953 durch einen Freundschafts- und Konsultationsvertrag mit Brasilien besiegelt, der freilich praktisch ebenso bedeutungslos war wie die Akademievereinbarung zur Vereinheitlichung der portugiesischen Rechtschreibung. 1942 hatte man immerhin das Inlandsporto für den Briefverkehr über den Atlantik vereinbart. Mit dem Gespür für die große Geste wurde anlässlich der 150-Jahrfeiern der Unabhängigkeit Brasiliens (1972) nicht nur ein Abkommen mit Brasilien über gegenseitige Gewährung der Bürgerrechte geschlossen, das keine konkrete Auswirkung haben kann, aber einem ähnlichen Vertrag von 1825 entspricht und Ausdruck der „Einheit in der Zweiheit“ sein soll, die schon beschworen wurde, als 1826 der Kaiser von Brasilien auf die Krone Portugals verzichtete. Man überführte sogar die sterblichen Reste Pedros I., dem bei der Krönung 1822 der Titel „konstitutioneller Kaiser und ständiger Verteidiger Brasiliens“ gegeben wurde, im Triumphzug nach São Paulo, obwohl dieser Herrscher, mehr an Portugal interessiert und in manche Affären verwickelt, 1831 abdankte, um in Portugal gegen seinen Bruder Miguel einen Bürgerkrieg zu führen.

Als um 1960 die Unruhen in Portugiesisch-Afrika heftiger wurden, formierte sich, durch eine Reihe von Verträgen gestützt, ein luso-brasilianischer Block, der Portugal helfen sollte, seine politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu bewältigen, zumal nach der Ächtung der portugiesischen Afrikapolitik durch eine UN-Resolution und der weltweiten Kampagne gegen den „lusitanischen Popanz“. Mit Spanien hatte Salazar nach Francos Sieg bereits 1939 den Iberischen Pakt, einen Beistands- und Nichtangriffspakt, der eine Friedenszone auf der Halbinsel schaffen sollte, geschlossen; aber das nicht besonders innige Verhältnis wird allein dadurch deutlich, daß sich ihre Führer während ihrer langen Herrschaft nur einmal offiziell gegenseitig besucht haben. Der Vater des jetzigen spanischen Königs lebte im portugiesischen Exil.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem das Land zwar neutral blieb, aber dennoch Wolfram an beide kriegführenden Parteien verkaufte und die Azoren den Alliierten als Stützpunkt zur Verfügung stellte, wurde Portugal 1949 Gründungsmit-

glied der NATO. Sein antikommunistischer Kurs, seine Loyalität gegenüber dem englisch-portugiesischen Bündnis, sowie strategische Argumente — Portugals „atlantische Bestimmung“ — überwogen die Bedenken gegenüber seiner autoritären Verfassung. Ein Jahr zuvor war Portugal auch schon der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit beigetreten, während Spanien vom Wiederaufbauprogramm des Marshallplans ausgeschlossen blieb.

Das umstrittene Buch des Generals Spínola mit dem Titel *Portugal und die Zukunft* war nicht unwesentlich am Ausbruch der „Nelkenrevolution“ 1974 beteiligt, die in der wohl schwersten Krise der Geschichte Portugals den verschlungenen Weg zur Demokratie eröffnete. Die Revolution stellte nicht nur das Verhältnis Europas zu Portugal auf eine harte Probe, sondern im Verlauf der revolutionären Bewegung selbst war die Frage einige Zeit heftig umstritten, ob überhaupt die Bindungen zu Europa aufrechterhalten werden sollten.

## Resümee

In die spannungsreichen Beziehungen zwischen Spanien, Portugal und Europa mischen sich seit Jahrhunderten politische Ansprüche, wirtschaftliche Notwendigkeiten und ideelle Wertvorstellungen. Die Schwierigkeiten der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Gemeinschaft und des nun in Gang gesetzten Integrationsprozesses, die Widerstände gegen die Mitgliedschaft im atlantischen Verteidigungsbündnis auf seiten Spaniens sind nicht die Folge jüngster Interessenkonflikte, sondern das Ergebnis einer langen historischen

und geistesgeschichtlichen Entwicklung. Zu deren umfassendem Verständnis muß der dialektische Zusammenhang gesehen werden zwischen Mißverständnis und Selbstreflexion, Abkapselung und Aufbruch, Austausch mit der Welt und Rückzug in die Abgründigkeit der eigenen Seele. Der Beitritt zur Gemeinschaft ist nach den Worten von Felipe González die Chance zur Überwindung der Isolierung, der Unterentwicklung und der ständigen Versuchung zur inneren Zwi-tracht und zur Diktatur.

## Auswahlbibliographie

- Allemann, Fritz René, 8mal Portugal, München-Zürich 1983<sup>3</sup>.
- Biskup, Reinhold/Dürr, Ernst/García Echevarría, Santiago, Spanien und die Europäischen Gemeinschaften, Bern 1982.
- Brüggemann, Werner, Die Spanienberichte des 18. und 19. Jahrhunderts und ihre Bedeutung für die Formung und Wandlung des deutschen Spanienbildes, in: Gesammelte Aufsätze zur Kulturgeschichte Spaniens, 12 (1956), S. 1-146.
- Deubner, Christian, Spanien und Portugal. Der unsichere Europäische Konsens. Der Beitritt zur EG als soziales und innenpolitisches Problem, Baden-Baden 1982.
- Dürr, Ernst/Kellenbenz, Hermann/Ritter, Wigand u. a., Spanien auf dem Weg nach Europa?, Bern-Stuttgart 1985.
- Hinterhäuser, Hans (Hrsg.), Spanien und Europa. Stimmen zu ihrem Verhältnis von der Aufklärung bis zur Gegenwart, München 1979.
- Jackson, Gabriel, Annäherung an Spanien 1898-1975, Frankfurt 1980.
- Konetzke, Richard, Die iberischen Staaten, in: Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 5, Stuttgart 1981; Bd. 6, Stuttgart 1968, Bd. 7, Stuttgart 1979.
- Matos, Manuel de, Das Bild Portugals in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland 1961-1975, Diss., Bonn 1977.
- Musto, Stefan A., Spanien und die Europäische Gemeinschaft. Der schwierige Weg zur Mitgliedschaft, Bonn 1977.
- Posth, Michael, Grundprobleme der spanischen Außenpolitik von 1945 bis 1950, Diss., Bonn 1973.
- Schmidt, Bernhard, Spanien im Urteil spanischer Autoren. Kritische Untersuchungen zum sogenannten Spanienproblem 1609-1936, Berlin 1975.
- Straub, Eberhard, Pax et Imperium. Spaniens Kampf um seine Friedensordnung in Europa zwischen 1617 und 1635, Paderborn 1980.
- Vicens Vives, Jaime, Geschichte Spaniens, Stuttgart 1969.

# Italien in den achtziger Jahren

## I. Besser als der politische Ruf? Außenpolitische Initiativen und wirtschaftliche Teilerfolge

### 1. Das politische Image Italiens

Italiens politischer Ruf nach dem Zweiten Weltkrieg blieb ambivalent. Allgemein bewundert werden die kulturelle Vielfalt des Landes, der vitale gesellschaftliche Pluralismus, Kreativität und Kompromißfähigkeit der politischen Elite sowie die erstaunliche Krisenfestigkeit der italienischen Bevölkerung selbst in äußerst schwierigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situationen<sup>1)</sup>. Es gibt aber auch massive Vorbehalte gegen notorische Funktionsschwächen des ökonomischen, sozialen und politischen Systems. Darüber hinaus werden in den Massenmedien zahlreiche Meldungen über Papst-Attentate, die organisierten Verbrechen der Mafia und Camorra, rechts- und linksextremistische Terroraktionen, Korruptionsfälle bis in höchste politische Ämter, Staatsverschwörungen, Bankenskandale und phantastische Formen der Steuerhinterziehung unnötig hochgespielt. Dieses mediale Image trägt im Ausland zu einer publizistisch konstruierten Wirklichkeit bei, die Italiens realer Leistungsbilanz keineswegs entspricht.

Die hohe Bedeutung des Landes für die europäische Kultur ist unbestritten. Auch die Vorrangstellung Roms in der katholischen Welt und die politische Mittlerrolle des Vatikans zwischen Ost und West wird weltweit anerkannt. Im letzten

<sup>1)</sup> D. Albers, Demokratie und Sozialismus in Italien. Der „historische Kompromiß“ und die Strategie der Gewerkschaften, Frankfurt—New York 1978; M. Gerner, Die Krise Italiens ist auch die Krise seines Parteiensystems, in: R.-O. Schultze (Mitv.), Westeuropas Parteiensysteme im Wandel, Stuttgart—Berlin—Köln—Mainz 1983, S. 145—170; M. Kreile, Italien 1979, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/79, S. 14—31; W. Merkel, Das italienische Parteiensystem im Wandel. Erklärungsversuche der Vergangenheit, Entwicklung der Gegenwart, Tendenzen der Zukunft, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZPW), (1983) 3, S. 331—346; D. Murphy, Großbritannien und Italien: eine vergleichende Studie, in: J. Hartmann (Hrsg.), Vergleichende politische Systemforschung: Konzepte und Analysen, Köln—Wien 1980, S. 83—162; Th. Wieser/Fr. Spotts, Der Fall Italien. Dauerkrise einer schwierigen Demokratie, Frankfurt/M. 1983; V. J. Willi, Überleben auf italienisch, Wien 1983.

Jahrzehnt ist Italien außerdem in zahlreichen internationalen Organisationen erfolgreich tätig geworden<sup>2)</sup>. Das EG- und NATO-Land hat sich für den inneren Ausbau der Europäischen Gemeinschaft stark gemacht, eine autonomere Stellung der Westeuropäer im internationalen System gefordert, durch aufsehenerregende Initiativen zur Entspannungspolitik beigetragen und darüber hinaus die Rolle des ehrlichen Maklers im Mittelmeerraum gespielt. In der sozialstaatlichen Krisensituation Westeuropas wird außerdem seit einem Jahrzehnt die außerordentliche Fähigkeit der italienischen Gesellschaft beachtet, durch eine informelle Ökonomie, regionale Politikulturen und kleine Netze subsidiärer Solidarität die strukturelle Wirtschaftskrise sozial und politisch besser aufzufangen als andere EG-Länder<sup>3)</sup>.

Dem ambivalenten politischen Ruf Italiens im Ausland kommt natürlich entgegen, daß auch die Bevölkerung den politischen Institutionen und internationalen Aktivitäten des eigenen Landes äußerst skeptisch gegenübersteht<sup>4)</sup>. So äußerten etwa 80 % der befragten Italiener in den siebziger Jahren konstant ihre Unzufriedenheit mit der etablierten Politik. Das Vertrauen auf Systeme gesellschaftlicher Selbsthilfe war bedeutend größer als in das Parteiensystem und in die staatlichen Institutionen. Nur 43,6 % der Befragten zeigten Vertrauen ins Parlament, noch weniger schätzten die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände (knapp 40 %), und die traditionellen Parteien waren sogar nur für ein Viertel der Bevölkerung (26,6 %) glaubwürdig. Dagegen setzten die Italiener auf ihre Familie (84,9 %) und die Kompetenz der Wissenschaft (83,7 %). Mit dem sozialen und politischen System war nur eine verschwindende Minderheit sehr zufrieden (3,7 %). Die Hälfte

<sup>2)</sup> Istituto Affari Internazionali, L'Italia nella politica internazionale (1982—1983), Edizioni di Comunità 1985.

<sup>3)</sup> M. Salvati, Il sistema economico italiano: Analisi di una crisi, Bologna 1975; U. Ascoli (Ed.), Welfare State all'Italiana, Rom—Bari 1984; Censis Ricerca 10, XVI rapporto/1982 sulla situazione sociale del paese.

<sup>4)</sup> G. Fabris, Il comportamento politico degli italiani, Mailand 1977.

sprach sich für grundlegende Reformen aus (49,8 %) und ein Drittel hielt tiefgreifende Wandlungen in allen Bereichen für erforderlich (28,8 %) <sup>5)</sup>.

Als besonders dringlich werden folgende Reformpunkte eingestuft: ein Personenrevirement in den Staats- und Parteiämtern, die moralische Erneuerung des politischen, gesellschaftlichen und privaten Lebens (moralizzazione), die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, die Sanierung des Gesundheitswesens, die Reform des Schulsystems, die Überwindung der Wirtschaftskrise und eine grundlegende Veränderung des Verteilungssystems.

In der politischen Kultur sind die zentralen politischen Institutionen des Landes (Parteien, Verbände, Parlament) also wenig verankert. Für eine partiell selbstgeregelte Gesellschaft, die den Staat historisch und politisch nie so stark überhöhte wie zahlreiche andere europäische Länder, sind diese demoskopisch feststellbaren Legitimationsverluste aber nicht unbedingt ein Indiz für strukturelle Legitimationskrisen des ökonomischen, sozialen und politischen Systems. In Italien reguliert sich das teilautonome System der Bedürfnisse stärker über gesellschaftliche Organisationen als über den klientelistisch geschwächten Staatsapparat. Insofern ist die ökonomische Rationalitätskrise bisher von der politischen Legitimationskrise weit stärker abgekoppelt geblieben als in den meisten anderen EG-Ländern.

Dennoch wird Italien oft als ein Land permanenter Krisen wahrgenommen, in dem ein europäischer Rekord an Regierungswechseln und Streiks das wirtschaftliche, soziale und politische Institutionensystem weitgehend lähmt. Auch in der Außenpolitik galt Italien eine Zeitlang wegen der großen kommunistischen Massenpartei PCI besonders in den Vereinigten Staaten — weit weniger bei den europäischen Regierungen — als schwieriger NATO-Partner <sup>6)</sup>. Als Mitte der siebziger Jahre kommunistische Regierungsbeteiligungen in Italien, Frankreich, Spanien, Portugal und Griechenland nicht mehr auszuschließen waren, sah sich besonders Italien massiven direkten und indirekten Pressionen der eigenen EG- und NATO-Partner ausgesetzt.

Nicht nur christdemokratische Bruderparteien wie die CDU versuchten mit starkem Druck, eine

rot-schwarze Koalition aus Katholiken und Kommunisten zu verhindern. Italiens NATO-Partner wurden bei aller diplomatischen Zurückhaltung noch deutlicher gegen die erkennbare Absicht des großen christdemokratischen Parteiführers Aldo Moro, Kommunisten an einer Notstandsregierung zu beteiligen, damit die Wirtschafts- und Sozialkrise Italiens durch einen neokorporatistischen Pakt überwunden werden konnte <sup>7)</sup>. Besonders Henry Kissinger äußerte schon 1976 die Befürchtung, beim Eurokommunismus handele es sich nur um ein geschicktes Täuschungsmanöver zur Gewinnung von Wählerstimmen. Eine kommunistische Regierungsbeteiligung habe negative Folgen für den Zusammenhalt des NATO-Bündnisses. Diese Linie, der auch Präsident Gerald Ford folgte, wurde von Jimmy Carter nur vorübergehend modifiziert. Im Wahlkampf regte der Präsidentschaftskandidat an, eurokommunistische Parteien von außen her auf eine Westorientierung ihrer Politik zu drängen. Paul Warnke vertrat die Auffassung, Eurokommunisten könnten in der Regierung durchaus verantwortlich handeln, zumal die Koalitionsbeteiligung noch keine volle Teilhabe an der Staatsgewalt bedeute.

Nach dem Amtsantritt Carters änderten sich aber die Sprache und der politische Tonfall in Fragen einer kommunistischen Regierungsbeteiligung in Südeuropa. Kurz vor den Märzahlen in Frankreich (1978), die einen Sieg der unitarischen Linken erwarten ließen, erklärte das State Department, die italienische Christdemokratie solle die Bevölkerung vor einer kommunistischen Regierungsbeteiligung warnen <sup>8)</sup>. Das NATO-Hauptquartier EUROPA hatte sich zuvor über Kürzungen im italienischen Militärbudget beunruhigt gezeigt. Nach der Verlautbarung des US-State Department erklärten auch militärische NATO-Kreise, Italien werde von allen strategischen und taktisch-nuklearen Planungen ausgeschlossen, falls Kommunisten an der Regierung beteiligt würden.

Da diese Frage von amerikanischer Seite allein unter dem Aspekt der globalen Blocklogik behandelt wurde, befand sich Carter in voller Übereinstimmung mit einer außenpolitischen US-Traditionslinie, die innereuropäische Nuancierungen im globalstrategischen Szenario nicht zuläßt. Die europäischen NATO-Länder, die einer kommunistischen Regierungsbeteiligung in südeuropäischen Ländern ebenfalls skeptisch gegenüberstanden, verhielten sich diplomatisch und politisch weit zurückhaltender, indem sie die natio-

<sup>5)</sup> Ebd., passim.

<sup>6)</sup> A. Pott/M. Strübel, Eurokommunismus aus der Sicht der NATO, in: D. S. Lutz (Hrsg.), Eurokommunismus und NATO. Zukunftsprobleme europäischer Sicherheit, Bonn 1979, S. 129—145; D. S. Lutz, Die Haltung der bundesrepublikanischen Parteien in der Eurokommunismusfrage, ebd., S. 146—168.

<sup>7)</sup> M. Scarano/M. De Luca, Il mandarino è marcio. Terrorismo e cospirazione nel caso Moro, Rom 1985.

<sup>8)</sup> A. Pott/M. Strübel (Anm. 6), S. 130 ff.

nalen Konstellationen in Italien, Frankreich, Spanien, Portugal und Griechendland innen- und außenpolitisch sehr unterschiedlich bewerteten. Als der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt auf der internationalen Konferenz von Puerto Rico (1976) äußerte, die deutsche Kredithilfe könnte in Frage gestellt sein, wenn Kommunisten an die Regierung kämen, reagierte die politische Öffentlichkeit in zahlreichen NATO-Ländern zwar entrüstet auf diese unverholene Andeutung einer wirtschaftlichen Intervention gegen Italien<sup>9)</sup>. Schmidt hatte damit aber nur einen weitgehenden Konsens im Atlantischen Bündnis öffentlich konstatiert.

## 2. Neueste Initiativen in der Außenpolitik

Die außenpolitischen Image-Verluste Italiens bei dem Versuch, während der siebziger Jahre Kommunisten in den Stabilitätspakt zur Sicherung der Wirtschaft und der Demokratie einzubeziehen (1976—1979), sind ein Jahrzehnt später nur noch schwer verständlich. Die kommunistische Partei Italiens (PCI) hat seit Ende der siebziger Jahre durch massive Kritik an der sowjetischen Afghanistan-Intervention und an dem repressiven Militärsystem in Polen die eurokommunistische Westoption auch gegenüber den realsozialistischen Ländern nachdrücklich vertreten<sup>10)</sup>. Außerdem ist der PCI heute von der nationalen Regierungsverantwortung bedeutend weiter entfernt als Mitte der siebziger Jahre. Von einem demokratischen Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition (*alternanza*), das zum Alltagsgeschäft westlicher Demokratien gehört, kann in Italien auch in absehbarer Zeit keine Rede sein.

Abgesehen von der relativen Stabilisierung des Parteiensystems durch die Fünferkoalition aus Christdemokraten (DC), Sozialisten (PSI), Republikanern (PRI), Liberalen (PLI) und Sozialdemokraten (PSDI) hat sich Italiens Rolle auch im internationalen System durch erfolgreiche Initiativen gefestigt. Während die Gesellschaft Italiens aufgrund ihrer relativen Krisenfestigkeit künftig als Paradigma eines selbstregulierten, teilautonomen Systems noch von sich reden machen wird, haben die italienischen Regierungen auch außenpolitisch Profil gewonnen. Die These des italienischen Außenministers Giulio Andreotti auf dem

<sup>9)</sup> Ebd., S. 137 ff.

<sup>10)</sup> B. Schoch, Polen und die Entspannung. Zum Streit der KPI mit der KPdSU, Frankfurt/M. 1982; M. Strübel, Neue Wege der italienischen Kommunisten. Zur Außen- und Sicherheitspolitik der KPI (1973—1981), Baden-Baden 1982; H. Timmermann (Hrsg.), Die kommunistischen Parteien Südeuropas. Länderstudien und Queranalysen, Baden-Baden 1979; H.-J. Veen, Sozialismus, Kommunismus und die Integration Westeuropas, Bonn 1978.

jährlichen Nationalfest des PCI, es gäbe zwei deutsche Staaten, und so solle es auch bleiben, hat nur in der Bundesrepublik starke Irritationen hervorgerufen, zumal der Vorwurf des „Pangermanismus“ hier besonders provozieren mußte. Andreotti hat ansonsten seit 1983 zahlreiche außenpolitische Initiativen entwickelt, bei denen er auf die weitgehende Unterstützung seines Bonner Amtskollegen Hans-Dietrich Genscher rechnen konnte<sup>11)</sup>.

Italien macht sich traditionell für eine Parlamentarisierung und Demokratisierung der EG-Institutionen stark. Emilio Colombo und Hans-Dietrich Genscher unternahmen 1981 einen koordinierten Vorstoß, die „Europäische Union“ politisch und institutionell endlich weiter voranzubringen. Auf dem Mailänder EG-Gipfel (Juni 1985) und beim Luxemburger Treffen der Staats- und Regierungschefs (Dezember 1985) blieb das exportorientierte und modernisierungswillige Italien seiner Rolle als ständigem EG-Inspirator ebenfalls treu. Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten sollte verhindert, die Technologiepolitik auf EG-Ebene vorangetrieben und auch die Westeuropäische Union (WEU) reaktiviert werden. Hinter dieser starken EG-Option, die jenseits des Atlantiks zunehmend Irritationen hervorruft, steht nicht nur die kommunistische Oppositionspartei, sondern auch eine breite Bevölkerungsmehrheit, der das Eurobarometer seit Jahren die größte EG-Euphorie unter allen Mitgliedstaaten attestiert.

Der außenpolitische Experte Cesare Merlini hat die EG- und NATO-Optionen Italiens kürzlich pointiert so formuliert: Europa sei für Italien die einzige Alternative zum Status eines Satelliten Amerikas<sup>12)</sup>. Trotz der nachdrücklichen Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses und seiner loyalen Ausführung sind die EG-Option und die traditionelle USA-Orientierung des Landes erst kürzlich in einen bisher nie dagewesenen außenpolitischen Konflikt geraten<sup>13)</sup>. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten drängte Ministerpräsident Bettino Craxi schon vor Beginn der Genser Verhandlungen auf die Einbeziehung der Reagan'schen SDI-Pläne in das Spitzengespräch der Supermächte. Europäische Gemeinschaft, Westeuropäische Union und EG-Technologiepolitik sollen aus italienischer Sicht den europäischen NATO-Ländern mehr Handlungsspiel-

<sup>11)</sup> G. Vedovato, Italienische Außenpolitik. Grundzüge, Entwicklung, Analysen, Bonn 1984.

<sup>12)</sup> Chr. Bertram, Anstöße für Europa. Ein Gespräch mit Außenminister Giulio Andreotti, in: DIE ZEIT, vom 19. Juli 1985, S. 7.

<sup>13)</sup> Corriere della Sera, La Stampa, la Repubblica, — laufende Berichterstattung zur Außenpolitik im Dezember 1985 und Januar 1986.

räume im Rahmen des Atlantischen Bündnisses schaffen. Ein innerlich gefestigtes Westeuropa könnte auch erfolgreicher auf globale und regionale Entspannungsprozesse einwirken, eigene Regionalinteressen nachdrücklicher wahrnehmen und eine aktivere Nahost- und Dritte-Welt-Politik betreiben.

Als es wegen der Entführung palästinensischer Terroristen zwischen den Bündnispartnern Italien und USA auf dem Sizilianischen Flughafen Sigonella fast zu bewaffneten Auseinandersetzungen kam (Oktober 1985), trat die strukturelle Spannung zwischen regionaler Friedenspolitik und globalen Supermachtinteressen in offenen Rechtsbrüchen der USA zutage. Nicht nur Italien, sondern auch das Europäische Parlament sprach sich in diesem Zusammenhang gegen den „Akt der Piraterie“ bei der Entführung des ägyptischen Flugzeugs durch amerikanische Militärmaschinen aus<sup>14)</sup>.

Die traditionelle atlantische Bindung Italiens ließ diesen strukturellen Konflikt aber schon kurze Zeit später auf diplomatischem Weg zum Betriebsunfall einer substantiell intakten Partnerschaft werden. Die Tatsache freilich, daß sich Italien — wie die übrigen EG-Länder — im neuesten Libyen-Konflikt (Januar 1986) gegen eine Militärintervention der USA ausspricht und einem Wirtschaftsboykott Libyens sehr skeptisch gegenübersteht, macht deutlich, daß regionale Friedensinteressen, atlantische Bündnistreue und globale Supermachtlogik durchaus kollidieren können.

### 3. Wirtschaftliche Teilerfolge

Die politische Stimme Italiens im internationalen System ist während des letzten Jahrzehnts hörbarer geworden. Im Weltwirtschaftssystem nimmt das Land aber unter den führenden westlichen Industrienationen immer noch eine Randstellung ein, obwohl Italien während der letzten Jahre in einigen Branchen beachtliche Modernisierungserfolge vorweisen kann. Dennoch: Zu einem Zeitpunkt, als sich die Lira im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) deutlich stabilisiert hatte, wurde Italien in den Club der Großen Fünf (USA, Japan, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland und Frankreich) zur Beratung der Finanzminister und Notenbankpräsidenten über eine abgestimmte Geld- und Währungspolitik nicht einmal eingeladen (Januar 1986)<sup>15)</sup>.

<sup>14)</sup> Zur Regional- und Europapolitik: Istituto Affari Internazionali, *L'Italia nella politica internazionale* (1982—1983) (Anm. 2), S. 107—156.

<sup>15)</sup> *Corriere della sera* vom 18. Januar 1986, S. 23: Oggi

Dabei hat die italienische Industrie durch Rationalisierungsmaßnahmen und eine innovatorische Produktionspolitik selbst in der deutschen Wirtschaftspresse inzwischen einige Aufmerksamkeit erregt<sup>16)</sup>. Längere Zeit schien sich eine Kooperation zwischen FIAT (34,5 Mrd. DM Konzernumsatz 1984) und Ford anzubahnen. Der italienische Fernsehunternehmer Silvio Berlusconi übertrifft inzwischen mit seinen beiden privaten Fernsehanstalten „Canale 5“ und „Rete 4“ nicht nur die Zuschauerzahlen des staatlichen Fernsehens RAI. Er schloß auch mit der französischen Privatgesellschaft „La Cinque“ / Seydoux einen Vertrag ab, der mit Hilfe neuer Satelliten 250 Millionen mögliche Zuschauer und Ausstrahlungen bis nach Afrika sichern soll.

Die staatseigene Firma Italmobiliare sicherte sich derweilen in der UdSSR einen Milliarden-Dollar-Auftrag zur schlüsselfertigen Errichtung eines Stahlröhrenwerks, um das sich auch deutsche Firmen beworben hatten. Das hohe italienische Defizit im Handel mit der Sowjetunion (2,1 Mrd. Dollar 1984), aus der Italien Rohöl und Erdgas importiert, um dafür hauptsächlich Industriegüter zu liefern, dürfte bei dieser staatlichen Investitionsentscheidung der UdSSR eine wichtige Rolle gespielt haben. Michail Gorbatschow hat dem italienischen Ministerpräsidenten Craxi nämlich zugesagt (Mai 1985), für ein besseres Handelsgleichgewicht zwischen den beiden Ländern zu sorgen. Das italienische Interesse an diesem Gleichgewicht trägt sicherlich auch zu den spannungspolitischen Aktivitäten des italienischen Außenministers Andreotti und zu den italienischen Vorbehalten gegen die SDI-Pläne bei.

Nicht nur diplomatisch und außenpolitisch gelangen Italien in den letzten Jahren einige Durchbrüche. Auch im Bereich der Hochtechnologie sind neue Initiativen und innovatorische Erfolge zu verzeichnen. Der Wirtschaftskorrespondent der Tageszeitung „Die Welt“ in Mailand, Günther Depas, zeichnet jedenfalls in einem jüngst erschienenen Sonderreport über die italienische Technologie ein optimistisch gestimmtes Zukunftsbild<sup>17)</sup>. Staatspräsident Francesco Cossiga hat kürzlich erklärt (November 1985), durch engere wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit könne Europa seine Position in der Welt stärken. Er vertritt die Auffassung, daß Italien mehr Geld für die Forschung ausgeben muß. Außerdem soll die bisher überwiegend auf

a Londra il vertice dei Cinque. L'Italia protesta per l'esclusione.

<sup>16)</sup> *Süddeutsche Zeitung*, Wirtschaft, laufende Berichterstattung 1985, hier Nr. 221, 236, 270.

<sup>17)</sup> *Italienische Technologie*, Welt-Report vom 14. November 1985, Heft 59.

den militärischen Sektor eingeschränkte technologische Zusammenarbeit der EG-Länder stärker auf den zivilen Sektor ausgedehnt werden<sup>18)</sup>. Auch der italienische Forschungsminister Graneli bemängelt, daß sein Land bisher weniger öffentliche Mittel für die wissenschaftliche Technologieforschung zur Verfügung gestellt hat als die übrigen großen Industrienationen. Der Minister fordert wie die meisten seiner Amtskollegen eine phantasievollé Forschung auf dem Gebiet der sogenannten Software und erhofft sich von einem koordinierten Vorgehen der Europäer die Schließung der Technologielücke zu den USA und Japan.

Italien investiert zwar im Vergleich zur Bundesrepublik nur etwa die Hälfte an öffentlichen Mitteln in die Forschung. Für den italienischen Staatspräsidenten Cossiga aber sind gemeinsame Projekte im Rahmen der EG — wie etwa der „Tornado“ — durchaus zukunftsfruchtig. Wenn es gelungen sei, ein gemeinsames Jagdflugzeug zu bauen, dann könnten die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien auch weitere Projekte in Angriff nehmen. Indem Cossiga vorsichtig anklingen ließ, daß eine deutsch-französische Bilateralisierung der EG-Technologiepolitik nicht im Interesse Italiens liegt, begrüßte er das Eureka-Projekt als eine Chance, die EG-Länder auch in diesem Bereich stärker anzunähern.

Die italienische Realität sieht zur Zeit freilich anders aus<sup>19)</sup>. Im Bereich der Hochtechnologie sind nur 4,3 % aller Beschäftigten tätig (Vereinigte Staaten: 5,1 %), und auf dem Gebiet der Elektronik sowie der Nachrichtentechnik stellen sich sehr wenige Unternehmen dem internationalen Wettbewerb.

Dagegen arbeitet heute aber die Textil- und Bekleidungsindustrie Italiens schon mit modernsten Produktionstechniken wie elektronischer Steuerung und Kontrolle. Die italienische Automobilindustrie, besonders FIAT, aber auch andere Branchen sind inzwischen zur Robotisierung und Automatisierung übergegangen. Im Fahrzeug- und Maschinenbau werden ebenfalls Hochtechnologien eingeführt. Italienische Anlagebauunternehmen haben sich in den letzten Jahren gute Marktanteile erobert, und die Werkzeugmaschinenbauer Italiens rangieren der Produktion nach auf dem fünften Platz in der Welt. Mit dem zweitgrößten westeuropäischen Chips-Hersteller (SgsAtes) und der Welt fünftgrößtem Siliziumscheiben-Hersteller (Dynamit Nobel Silicon) kann Italien in der Mikroelektronik immerhin

seine Fähigkeit demonstrieren, Anschluß an die dritte industrielle Revolution zu halten. Die großen italienischen Konzerne haben daher in den vergangenen zwei Jahren ihre Forschungs- und Entwicklungsabteilungen weitgehend reorganisiert; sie arbeiten außerdem enger mit in- und ausländischen Forschungsinstituten zusammen.

Auch der nationale Forschungsrat Italiens (CNR) zeigt sich bemüht, die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft voranzutreiben. Eine staatliche Behörde für nukleare und alternative Energien (ENEA) bietet kleinen und mittleren Unternehmen mittlerweile einen Sonderservice an. Diese öffentliche Förderung wurde 1983 gemeinsam mit dem Spitzenverband der italienischen Industrie beschlossen. Daß Italien unter allen Umständen den Anschluß an die Spitzentechnologie halten will, machte auch eine Expertenkonferenz über „Technologische Innovationen und Produktionsstruktur: Die Position Italiens“ deutlich, die von der Banca Nazionale del Lavoro veranstaltet wurde (Dezember 1983)<sup>20)</sup>. Für die Experten dieser Konferenz stand es außer Frage, daß die italienische Wirtschaft und auch der Staat nur im Rahmen einer EG-konzentrierten Technologiepolitik der wirtschaftlichen und politischen Herausforderung durch die USA und Japan begegnen können.

Es wird sich in den achtziger und neunziger Jahren zeigen, ob die nationale Wirtschaftsstärke Italiens reicht, diese Ziele zu verwirklichen. Zur Zeit sieht sich das Land vor ganz anderen wirtschaftspolitischen Problemen<sup>21)</sup>. Italien konnte erst gegen Ende 1983 Anschluß an den weltwirtschaftlichen Konjunkturaufschwung gewinnen. Die 2,6prozentige Erhöhung des realen Bruttosozialprodukts kam 1984 vor allem durch eine leichte Belebung der Inlandsnachfrage zustande. Die Industrieproduktion aber blieb 1984 mit einer Zuwachsrate von 3,1 % unter den ursprünglichen Erwartungen. Eine Arbeitslosenquote von gut 10 % senkte die Massenkaufkraft und trug zu einer Schwächung der Binnennachfrage bei. Während Italien in den siebziger Jahren steigende Realeinkommen verzeichnen konnte, wurde die hohe Inflationsrate in den folgenden Jahren durch eine restriktive Geldpolitik, besonders aber mit Hilfe des gewerkschaftlichen Kampferzichts auf eine volle Ausschöpfung der automatischen Lohnanpassung (scala mobile) von 14,6 % (1983) auf 10,8 % (1984) gesenkt. Ein

<sup>18)</sup> Gespräch mit Präsident Cossiga, ebd., S. 7.

<sup>19)</sup> Esportazioni — La perdita di competitività. Un flop made in Italy, in: *Il Mondo* vom 1. Juli 1985, S. 42—47; *L'Espresso* vom 19. Januar 1986, S. 107—113.

<sup>20)</sup> G. Antonelli (Ed.), *Innovazioni tecnologiche e struttura produttiva: la posizione dell' Italia*, Bologna 1984; auch *Rapporto Isfol 1985. Formazione. Nuove tecnologie. Professionalità*, Mailand 1985.

<sup>21)</sup> *Enciclopedia del diritto e dell' economia* Garzanti, Milano 1985; laufende Wirtschaftsberichterstattung im *Corriere della sera* sowie *L'Espresso*.



Jahr später machte das Referendum über die scala mobile (Juni 1985) deutlich, daß die Mehrheit der Bevölkerung bis tief in die Arbeiterklasse hinein diesen Anti-Inflationskurs der Regierung durchaus honoriert.

Trotz solcher Maßnahmen blieb die internationale Wettbewerbsfähigkeit Italiens jedoch eingeschränkt und das notorische Handelsdefizit stieg in den Jahren 1983/84 weiter an. Auch 1985 hat sich die wirtschaftliche Situation des Landes nicht wesentlich verbessert<sup>22</sup>). Im Januar 1985 blieb die Zahl der Arbeitslosen mit 2,5 Mio. gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die Inflationsrate konnte im ersten Halbjahr immerhin wesentlich unter 10 % gedrückt werden. Die hohen Schulden der öffentlichen Hand aber blieben. Im September 1985 brachte die wenig später zurückgetretene Regierung Craxi einen Haushaltsvoranschlag für 1986 mit dem Defizit von 110 000 Mrd. Lire (165 Mrd. DM) ein. Das sind 14,6 % des zu erwartenden Bruttosozialprodukts.

## II. Das schwere historische Erbe und die politischen Strukturdefizite der italienischen Demokratie

### 1. Der historische Sonderweg Italiens im Modernisierungsprozeß

Im Vergleich zu anderen führenden westlichen Industrieländern fällt die innenpolitische und außenwirtschaftliche Bilanz Italiens in den achtziger Jahren sicherlich weniger positiv aus. Verändert man aber die komparative Bewertungsskala und stellt historische Belastungsfaktoren stärker in Rechnung, so ist die Erfolgsbilanz der erst 1943/1947 gegründeten Demokratie ohne starke Traditionen erstaunlich gut. Im Unterschied zu den meisten anderen EG-Ländern haben nämlich historische, kulturelle, sozioökonomische und politische Sonderprobleme den italienischen Modernisierungsprozeß im 19. und 20. Jahrhundert weit stärker behindert<sup>23</sup>).

Zu dem schweren historischen Erbe und den politischen Strukturschwächen der italienischen De-

Wahrscheinlich wird dieser Ansatz auch 1986, wie schon in den vorangegangenen Jahren, deutlich nach oben korrigiert werden müssen. Das hängt zum Teil davon ab, ob die Inflation von 8 % (Oktober 1985) tatsächlich auf 6 % heruntergedrückt werden kann und ob die Zinersparnis für Staatsschulden groß genug sein wird. Die italienische Zentralbank hat jüngst mitgeteilt (Februar 1986), daß die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand (ca. 700 000 Milliarden Lire) 1986 voraussichtlich zum ersten Mal den Umfang des Bruttosozialprodukts erreichen wird. Der Internationale Währungsfonds (IWF) vertritt jedenfalls die Auffassung, daß ein dauerhafter Aufschwung der italienischen Wirtschaft nur möglich ist, wenn der Staatshaushalt ausgeglichen, die öffentlichen Schulden reduziert und auch strukturelle Probleme der Industrie — wie die geringe Rentabilität der Staatsbetriebe, eine im Vergleich zu anderen führenden Industrienationen schwache Produktivität und geringere Investitionsneigung — überwunden werden.

mokratie zählen insbesondere folgende Faktoren<sup>24</sup>):

1. Eine späte Nationbildung und das Überleben starker Regionalkulturen, die eine politische, soziale und ökonomische Systemintegration wesentlich erschwerten;
2. das traditionelle ökonomische Entwicklungsgefälle vom industriellen Norden zum agrarischen Süden, das Italien in drei Wirtschaftssysteme spaltete (tre Italie), die bis auf den heutigen Tag nur schwer integrierbar sind;
3. eine entsprechend starke Fragmentierung des sozialen Systems, die sich als
4. Spaltung der politischen Kultur in ein katholisches und ein kommunistisches Lager auswirkt;
5. die historische und politische Verfestigung dieser konträren Subkulturen (Katholizismus/Kommunismus/schwache Mitte) im Parteien- und Verbandssystem, in den staatlichen Institutionen und sogar in zahlreichen Sektoren des Banken- und Industriesystems;
6. dadurch bedingt eine starke gesellschaftliche und politische Blockierung, die Modernisie-

<sup>22</sup>) L'Espresso vom 19. Januar 1986, S. 107—113; J. von Dohnanyi, Trügerische Blüte. Der Wirtschaftsaufschwung in Italien läßt alle Probleme vergessen, in: Die Zeit vom 7. Februar 1986, S. 31.

<sup>23</sup>) G. Bolatti, L'Italiano. Il carattere nazionale come storia e come invenzione, Turin 1983; M. Ferrera, Il Welfare State in Italia Sviluppo e crisi in prospettiva comparata, Bologna 1984; R. Romeo, Breve storia della grande industria in Italia 1861—1961, Bologna 1961; D. Fisichella, Sviluppo democratico e sistemi elettorali, Firenze 1970; G. Galli, I partiti politici in Italia 1861—1973, Turin 1975.

<sup>24</sup>) G. Bibes, Il sistema politico italiano, Rimini 1975; F. Cazzola, Il sistema politico dell'Italia contemporanea, Turin 1978; P. Farneti, Il sistema dei partiti in Italia 1946—1979, Bologna 1983; G. Pasquino (Ed.), Il sistema politico italiano, Rom—Bari 1985.

rungsprozesse im etablierten Institutionensystem erschwert, sowie eine in der Welt fast einmalige politische Sonderstruktur mit dem

7. historisch gesicherten Regierungsmonopol der christdemokratischen Massenpartei (DC) und ihren laizistischen Koalitionspartnern auf der einen Seite sowie

8. dem nach 1947 permanenten Ausschluß der zweitgrößten Partei des Landes (PCI) von der nationalen Regierungsverantwortung auf der anderen Seite.

Der italienische Nationalstaat wurde zwar nicht so ausschließlich von oben her gebildet wie Preußen-Deutschland 1867/71, aber die historischen Parlamentarisierungs- und Demokratisierungsimpulse der Französischen Revolution kamen auch hier über gut anderthalb Jahrhunderte verfassungspolitisch nicht zum Tragen<sup>25</sup>). Wie im deutschen Kleinstaatsystem des 18. und 19. Jahrhunderts zerrieb sich die schwache liberale und demokratische Bewegung auch in Italien an der nationalen Frage. Bis 1861 war das Land politisch und kulturell in vier Regionen zerschnitten, die heute noch in der Alltagskultur, in den politischen Wertorientierungen und sogar in der Wahlgeographie zu erkennen sind: im Süden das Königreich von Neapel und Sizilien (Bourbonen), im Norden — der die territorialen Einigungs- und industriellen Modernisierungsimpulse gab — das Königreich Piemont-Sardinien (Savoyer), schließlich die Toskana, die Lombardei und Venetien (Habsburg-Lothringen) sowie quer durch das mittlere Italien ein Kirchenstaat, der sich mit klerikalen Ansprüchen und mit Hilfe seiner internationalen Beziehungen gegen den werdenden Nationalstaat stellte und auf Jahrzehnte die katholischen Gläubigen von der politischen Welt auszuschließen suchte (non expedit).

Am 17. März 1861 rief das Turiner Parlament den gemäßigt-konstitutionellen Viktor Emanuel II. zum „König von Italien“ aus. Dieses neue Italien konnte sich auf keine kulturelle, territoriale oder politische Identität stützen, noch weniger auf national integrierte Verwaltungsstrukturen<sup>26</sup>). Die Vision eines einheitlichen Italien zwischen den Alpen, dem Ionischen, Tyrrhenischen und Adriatischen Meer läßt sich zwar bis in das antike Rom zurückverfolgen. Im Jahr der italienischen Nationbildung beherrschten aber erst

<sup>25</sup>) H. Ullrich, *La classe politica nella crisi di partecipazione dell' Italia giolittiana. Liberali e Radicali alla camera dei deputati 1909—1913*, Rom 1979; R. Lill, *Italiens „Schwerregierbarkeit“*, in: W. Hennis u. a. (Hrsg.), *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung*, Band 2, Stuttgart 1979, S. 334—374; C. Chiellino, *Italien*, Band 1: *Geschichte, Staat und Verwaltung*, München 1981.

<sup>26</sup>) C. Chiellino (Anm. 25), S. 38 ff.

2% der regional zersplitterten „Italiener“ jene Hochsprache der Gebildeten, die schon Dante (1265—1321) und fünf Jahrhunderte später nach ihm der Lombarde Manzoni (1795—1873) zur kulturellen Grundlage des künftigen Italiens machen wollten.

Nicht nur der kulturelle Regionalismus und die territoriale Zersplitterung des jungen Nationalstaats erschwerten die demokratische Entwicklung Italiens. Auch das zukunftsprägende sozio-ökonomische Strukturgefälle (schematisch: agrarischer Süden mit konservativem Großgrundbesitz und Landproletariat/industrieller Norden mit liberalem Besitzbürgertum, Industriearbeitern, Bauern) sowie die verfassungspolitischen Kompromisse zwischen Agrar- und Industriekapital auf Kosten von Tagelöhnern, Halbpächtern, Kleinbauern, Angestellten und Industriearbeitern verhinderten eine kontinuierliche Demokratisierung und Parlamentarisierung des italienischen Verfassungslebens<sup>27</sup>).

In Deutschland gab es schon vor dem Ersten Weltkrieg ein demokratisches Wahlrecht auf der Reichs- und Länderebene. Im Rahmen des Wilhelminischen Scheinkonstitutionalismus konnten sich sogar Grundzüge eines modernen Parteien- und Verbandssystems entwickeln. Seit 1867/71 kämpften Linksliberale und Sozialdemokraten außerdem um die parlamentarische Ministerverantwortlichkeit, und das englische Regierungsmodell war für die politische Öffentlichkeit Deutschlands schon im 19. Jahrhundert richtungweisend. Die Forderung der (links-) liberalen und sozialistischen Parteien nach einer Demokratisierung des Wahlrechts und einer Parlamentarisierung der Reichsverfassung war damit Bestandteil der politischen Kultur, bevor dieses Verfassungskonzept in der Weimarer Republik realisiert werden konnte.

Solche Komponenten demokratischer Kontinuität sind in der italienischen Geschichte schwächer ausgeprägt<sup>28</sup>). Im Jahr der italienischen Nationalstaatsgründung (1861) wurde nur 1,9% der Bevölkerung das Wahlrecht eingeräumt. Selbst die Historische Linke (*sinistra storica*) erhöhte diesen Anteil im Jahre 1882 nur auf 6,9% (etwa 2 Mio. Wahlbürger). Erst 1910 wurde das allgemeine Wahlrecht eingeführt — aber nur für Männer. Die Parlamentarisierung ließ noch länger auf sich warten. Giolittis (1901—1914) Versuche, durch parlamentarische Kompromißstrategien

<sup>27</sup>) C. Chiellino/F. Marchio/G. Rongoni, *Italien*, Band 2: *Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Kultur*, München 1983.

<sup>28</sup>) L. Graziano/S. Tarrow (Ed.), *Formazione del regime repubblicano e società civile*, Band 1, Turin 1979.

die ökonomischen, sozialen und politischen Gegensätze zu neutralisieren (trasformismo), erschwerten eine Parlamentarisierung eher als sie zu fördern. Die erste italienische Demokratie (1918—1922), die auf fragmentierten Sozialstrukturen und einem hochpolarisierten Parteien- und Verbandssystem gegründet wurde, konnte dem sehr bald aufkommenden Faschismus keinen Widerstand entgegensetzen; sie blieb ein politisches Zwischenspiel, das der Faschismus auf Jahrzehnte (1922—1943/45) zerschlug.

## 2. Soziale Fragmentierung und die Spaltung der politischen Kultur

Als 1943 ein nationales Befreiungskomitee aus Kommunisten, Sozialisten, Liberalen und Christdemokraten entstand, schienen sich zunächst ähnliche politische Kräfteverhältnisse wie 1919/20 zu entwickeln. In der ersten italienischen Republik verfügten die Sozialisten bei den Wahlen von 1919 über 34,3 %, die linkskatholische Volkspartei PPI über 20,5 % und die konstitutionellen Listen über 44,3 % der abgegebenen Stimmen. Nach 1945 gab es im italienischen Parteiensystem aber zwei entscheidende Umschichtungen<sup>29)</sup>: Die laizistische Mitte schrumpfte auf zwei kleine liberale Parteien (PRI, PLI) und die große sozialistische Arbeiterpartei wurde weitgehend vom Kommunismus beerbt (PCI) und mit Ausbruch des Kalten Krieges in zwei Organisationen gespalten (PSI, PSDI).

Bis 1979 konnte sich die christliche Demokratie Italiens (DC) als stärkste Partei auf einem relativ konstanten Niveau von knapp 40 % halten (1953: 40,1 %/1979: 38,1 %). Die Kommunisten steigerten ihren über zwei Jahrzehnte um 25 % oszillierenden Stimmanteil (1953: 22,6 %/1963: 25,3 %/1972: 27,2 %) in dem sensationellen Wahldurchbruch des Jahres 1976 auf 34,4 %, um dann wieder auf 31,8 % (1979) bzw. 31,2 % (1983) bei den nationalen Wahlen auf ein relativ festes Niveau von knapp über 30 % zurückzufallen. Die Sozialisten dagegen pendelten über Jahrzehnte mit ihren Stimmanteilen um etwa 10 %; darüber lag der PSI in den fünfziger Jahren (1953: 12,7 %), darunter in den siebziger Jahren (1976: 9,6 %/1979: 9,9 %).

Wie gesagt, basieren die politischen Machtstrukturen Italiens auf einer historisch ererbten Fragmentierung der Sozialstrukturen und auf einer Spaltung der politischen Kultur. Bis auf den heutigen Tag haben sich zwischen den 20 Regionen Italiens massive soziale Unterschiede erhalten, die in der Wahlgeographie auch politisch sicht-

bar werden<sup>30)</sup>. Das große Einkommensgefälle von Nord nach Süd und die damit stark korrelierenden politischen Einstellungen der Italiener sind in den Grundzügen hinreichend bekannt. Aber erst eine von der Banco di Santo Spirito durchgeführte Untersuchung zu den italienischen Einkommensstrukturen (1982) hat die krassen regionalen Unterschiede im Detail sichtbar werden lassen<sup>31)</sup>. Das disponible Einkommen pro Kopf der Bevölkerung liegt im Süden weit unter dem Durchschnitt der nördlichen Regionen (in Mio. Lire): Kalabrien (4,5), Sizilien (4,9) und Apulien (5,0) erreichen nur gut zur Hälfte die Einkommenshöhe von Ligurien (8,6), der Emilia-Romagna (8,2) oder Piemonts (8,1), wobei das mittlere Italien auch hier eine Zwischenstellung einnimmt. Italiener mit einem Einkommen über 8 Mio. Lire wohnen zu 77 % in Ligurien und nur zu 0,3 % in Kalabrien. Das inneritalienische Entwicklungsgefälle spiegelt sich auch im Sozialsystem, etwa in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung. In der Basilicata kommen 490 Einwohner auf einen Mediziner, in Kalabrien 345, in Sizilien 321, dagegen in Ligurien nur 245 und in der Emilia Romagna 270.

So zeigen die gegenwärtigen Sozial- und Einkommensstrukturen, daß die historische Erblast des politischen Systems bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben ist. Als der italienische Arbeitsminister Giovanni De Michelis in neuester Zeit Pläne zur Neuordnung des Sozialwesens vorlegte, um den Haushalt zu entlasten, teilte er die italienische Gesellschaft unter breitem Protest in drei Klassen ein: Familien, deren Einkommen im Jahr 18 000 DM nicht übersteigt (knapp 20 %), Personen, die in ihrer Steuererklärung ein Jahreseinkommen von 18 000 bis 36 000 DM angeben (fast 60 %), und eine nicht näher spezifizierte Kategorie von Einkommensempfängern, die in die Klasse der Reichen eingestuft wird<sup>32)</sup>.

Die sozialpolitischen Reformvorschläge De Michelis waren diesen Einkommensklassen gemäß gestaffelt. Die erste Klasse sollte kostenlos Leistungen des Gesundheitssystems und andere staatliche Vergünstigungen erhalten; die zweite, mittelständische Gruppe sollte kostenorientierte Beiträge zahlen und bei Selbstbeteiligung die sozialen Dienste in Anspruch nehmen können; die Klasse der Wohlhabenden aber sollte bis zu einer bestimmten Höhe Beiträge zahlen und gleichwohl von sozialen Dienstleistungen des Staates

<sup>29)</sup> B. Bartolini, Insiediamento subculturale e distribuzione dei suffragi, in: A. Parisi/G. Pasquini (Ed.), Anm. 29, S. 103—144.

<sup>31)</sup> M. Salvatorelli, L' Italia divisa dai redditi, in: La Stampa vom 19. September 1985, S. 2.

<sup>32)</sup> F. Gröteke, Italien — Geteilt in drei Klassen?, in: DIE ZEIT vom 20. September 1985, S. 22.

ausgeschlossen werden. Dieser kuriose Reformvorschlag machte zwar die Grundlagen des italienischen Sozialsystems schlagartig deutlich, konnte aber keinen politischen und parlamentarischen Konsens zur Überbrückung der strukturellen Sozialkonflikte schaffen.

Politische Werte, Einstellungen und das Wahlverhalten in Italien sind besonders durch die Spaltung der politischen Kultur in ein katholisches und ein kommunistisches Lager geprägt. Die Wählerbindung an die beiden Zentralkulturen des Landes, die zu Wahlhochburgen politisch verfestigten sozialen Differenzen sowie starke Wählerkonzentrationen auf die Democrazia Cristiana (DC) und den Partito Comunista Italiano (PCI) sind bis in die jüngste Zeit für das politische System Italiens kennzeichnend geblieben.

Nach dem politischen Einfluß der Subkulturen können fünf geographische Einheiten unterschieden werden<sup>33</sup>):

- das industrielle Dreieck (mit elf Provinzen im Norden Italiens),
- die sogenannte weiße Zone mit christdemokratischer Vorherrschaft (Venetien z. B.),
- die rote Zone (Emilia-Romagna, Toskana, Umbrien),

- das Zentrum (Latium u.a.) und
- der Süden (Molise, Kampanien, Apulien, Basilicata, Kalabrien und Sizilien).

Diese regionalen, kulturellen und sozioökonomischen Bedingungskonstellationen haben auch für die jüngsten Wahlentscheidungen wieder eine entscheidende Rolle gespielt. Die Mai-Wahlen 1985 bestätigten eine klar umrissene Wahlgeographie, die seit Jahrzehnten durch sozioökonomische, historische und kulturelle Faktoren geprägt ist. In Venetien (DC: 45,9%/PCI: 20,4%) und in der Lombardei (36,0%/26,7%) behaupteten die Christdemokraten 1985 den historisch sicheren Stimmvorsprung gegenüber dem PCI ebenso wie in den südlichen Regionen Kalabrien (38,5%/23,7%), in der Basilicata (43,9%/23,3%), in Apulien (38,4%/24,4%), in Kampanien (38,6%/23,3%) und in den Abruzzen (44,3%/26,9%). Die christdemokratische Partei erreichte in Molise sogar die absolute Mehrheit (56,5%) und übertraf damit den PCI (16,2%) um mehr als das Dreifache. Die Kommunisten dagegen hielten ohne große Verluste ihre klassischen Wählerhochburgen im sogenannten roten Gürtel der Emilia-Romagna (PCI: 47,5%/DC: 24,6%), Toskana (46,2%/26,6%) und in Umbrien (45,04%/27,0%)<sup>34</sup>.

### III. Sozialer Konsens und politische Stabilität — Die Regionalwahlen und das Lohn-Referendum vom Mai/Juni 1985

Nicht nur die Regional- und Administrativwahlen vom Mai 1985 markieren für die achtziger Jahre eine historische Zäsur. Bedeutsam wurde dieser Urnengang auf subnationaler Ebene (Regionen, Provinzen, Kommunen) erst durch zwei weitere Entscheidungen, nämlich Referendum und Präsidentschaftswahl, die das Wirtschafts-, Sozial- und Verfassungssystem Italiens in den kommenden Jahren strukturell prägen werden.

Die Regionalwahlen bestätigten erneut, daß der PCI im Unterschied zu den Wahlen zum Europäischen Parlament (1984) die Christdemokraten auf absehbarer Zeit nicht überrunden kann (sopasso), so daß ein grundlegender Machtwechsel durch alternative Wählerentscheidungen auch in Zukunft sehr unwahrscheinlich ist. Das Referendum über die automatische Lohnanpassung (scala mobile) schwächte im Juni 1985 die kommunistische Linke außerdem auf dem gewerkschaftlichen Sektor und führte zur weiteren Auflösung der schon zuvor stark in die Krise geratenen Gewerkschaftsföderation CGIL-CISL-UIL.

Bei den Präsidentschaftswahlen, die zwei Wochen nach dem Referendum am 24. Juni 1985 stattfanden, zeigte sich dann, daß die durch Wahlen und Volksbefragung deutlich gestärkte Mitte aus Christdemokraten, Sozialisten, Republikanern, Liberalen und Sozialdemokraten die im Mai/Juni 1985 geschlagene kommunistische Linke (PCI/CGIL) keineswegs marginalisieren, sondern durch einen geeigneten Präsidentschaftskandidaten politisch integrieren wollte. So stabilisierte sich die parteipolitische Mitte zwar deutlich auf Kosten der Linken. Der verfassungspolitische und soziale Konsens des Landes wurde durch die hohe Integrationskunst der Christdemokratie aber nicht ernstlich gefährdet.

#### 3. Die Stabilisierung der Koalitionsregierung und die historische Niederlage der klassischen Linken

Die jüngsten Regional- und Administrativwahlen im Mai 1985 haben nach den vorausgegangenen hohen Verlusten der Democrazia Cristiana und

<sup>33</sup>) B. Bartolini (Anm. 30), S. 104f.

<sup>34</sup>) Corriere della sera vom 14. Mai 1985.

### Die Resultate der Regionalwahlen

Parteien	Regionalwahlen 1985		Europa- Wahlen 1984	Nationale Wahlen 1983	Regionalwahlen 1980	
	Stimmen	%	%	%	Stimmen	%
DC	11 063 230	35,1	33,0	32,6	11 154 642	36,8
PCI	9 497 959	30,2	34,5	31,2	9 564 073	31,5
PSI	4 189 149	13,3	11,3	11,4	3 851 980	12,7
PSDI	1 132 606	3,6	3,4	4,0	1 506 640	5,0
PRI	1 261 788	4,0	6,2	5,0	924 341	3,0
PLI	692 675	2,2	—	3,0	818 220	2,7
PR	—	—	3,2	2,9	—	—
DP	464 200	1,5	1,4	1,5	274 911	0,8
PDUP	con il pci	—	—	—	373 073	1,2
MSI	2 055 726	6,5	6,3	6,6	1 787 386	5,9
Grüne	637 655	2,1	—	—	—	—
Pensionierte	79 351	0,3	—	—	—	—
Andere	429 019	1,3	0,7	1,8	95 526	0,4

Quelle: La Stampa vom 14. Mai 1985

nach den Gewinnen des Partito Comunista Italiano in der ersten Hälfte der achtziger Jahre wieder eine leichte Wende zur historischen ‚Normalität‘ gebracht<sup>35</sup>). Die DC konnte sich 1985 deutlich erholen (35,1%), der PCI wurde leicht geschwächt (30,2%) und die Sozialisten blieben mit nur wenig steigender Tendenz deutlich über zehn Prozent (13,3%). Die kleineren Parteien der Mitte und die neuen sozialen Bewegungen behaupteten sich dagegen zwischen dem katholischen und dem kommunistischen Lager nur schwach. Die linksliberale PRI erreichte 4%, die rechtsliberale PLI 2,2%, die rechte Sozialdemokratie PSDI 3,6% und die Grünen 2,1%.

Trotz einiger Schwankungen und elektoraler Brüche hat der italienische Wähler die Grundstruktur des Parteiensystems damit in einem veränderten politischen Gesamtkontext auf dem historischen Niveau der fünfziger Jahre ‚stabilisiert‘. Die Christdemokraten monopolisieren seither die Regierung, die Kommunisten blieben drei Jahrzehnte lang von der nationalen Regierungsverantwortung ausgeschlossen, die laizistische Mitte kam nie über einen bescheidenen Machtanteil in den christdemokratisch dominierten Koalitionsregierungen hinaus, und durchsetzungsfähige Alternativbewegungen konnten sich bisher nicht formieren.

Vor den Mai-Wahlen 1985 hatten Demoskopien eine geringere Wahlbeteiligung als in den voran-

<sup>35</sup>) Cadono le giunte rosse, in: la Repubblica vom 15. Mai 1985, passim.

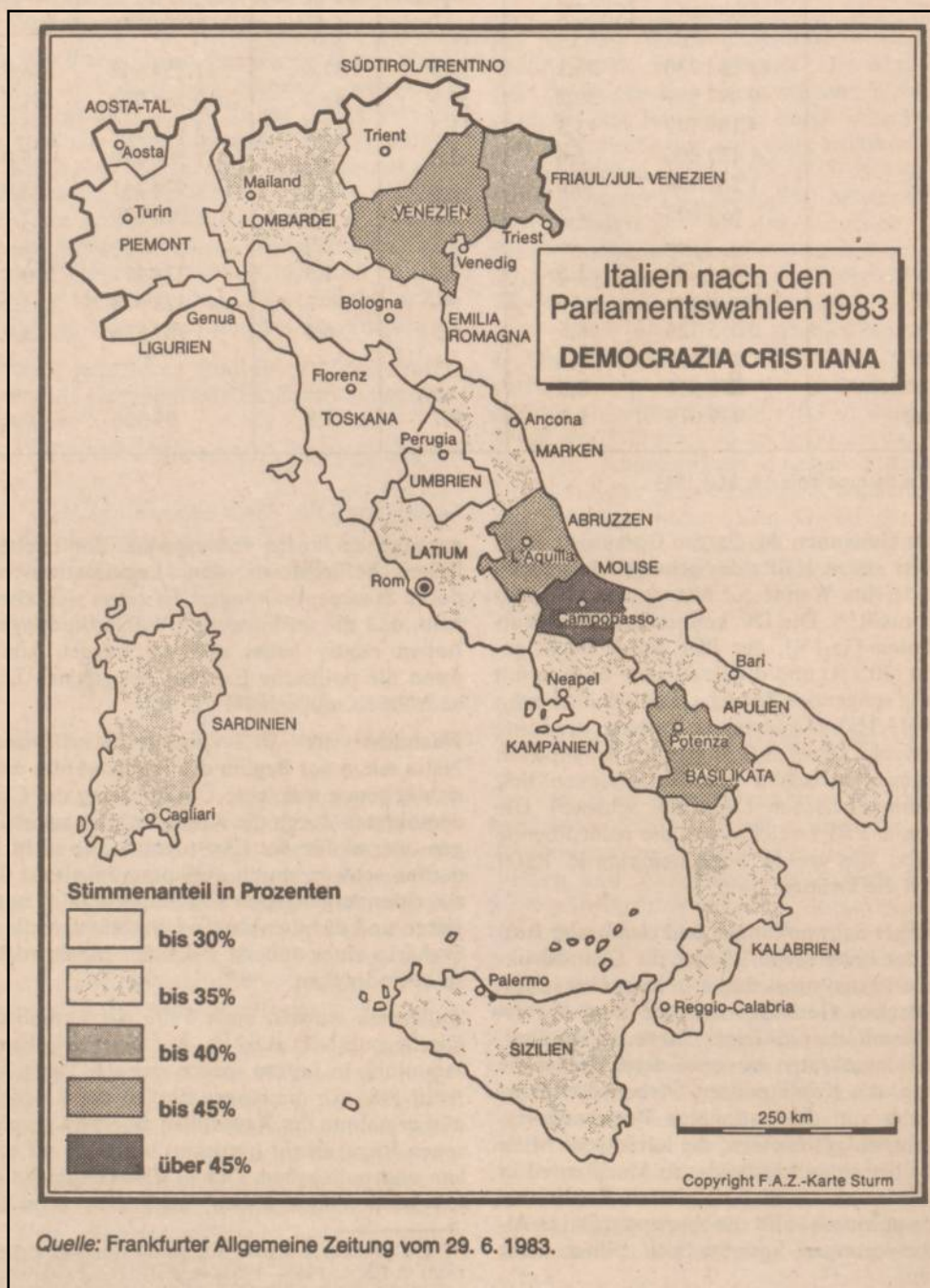
gegangenen Jahren vorausgesagt. Zahlreiche Politiker befürchteten den Legitimationsentzug durch Stimmenthaltungen. Es zeigte sich aber erneut, daß die traditionellen Wählerbindungen in Italien relativ leicht aktiviert werden können, wenn die politische Existenz des eigenen Lagers bedroht zu sein scheint<sup>36</sup>).

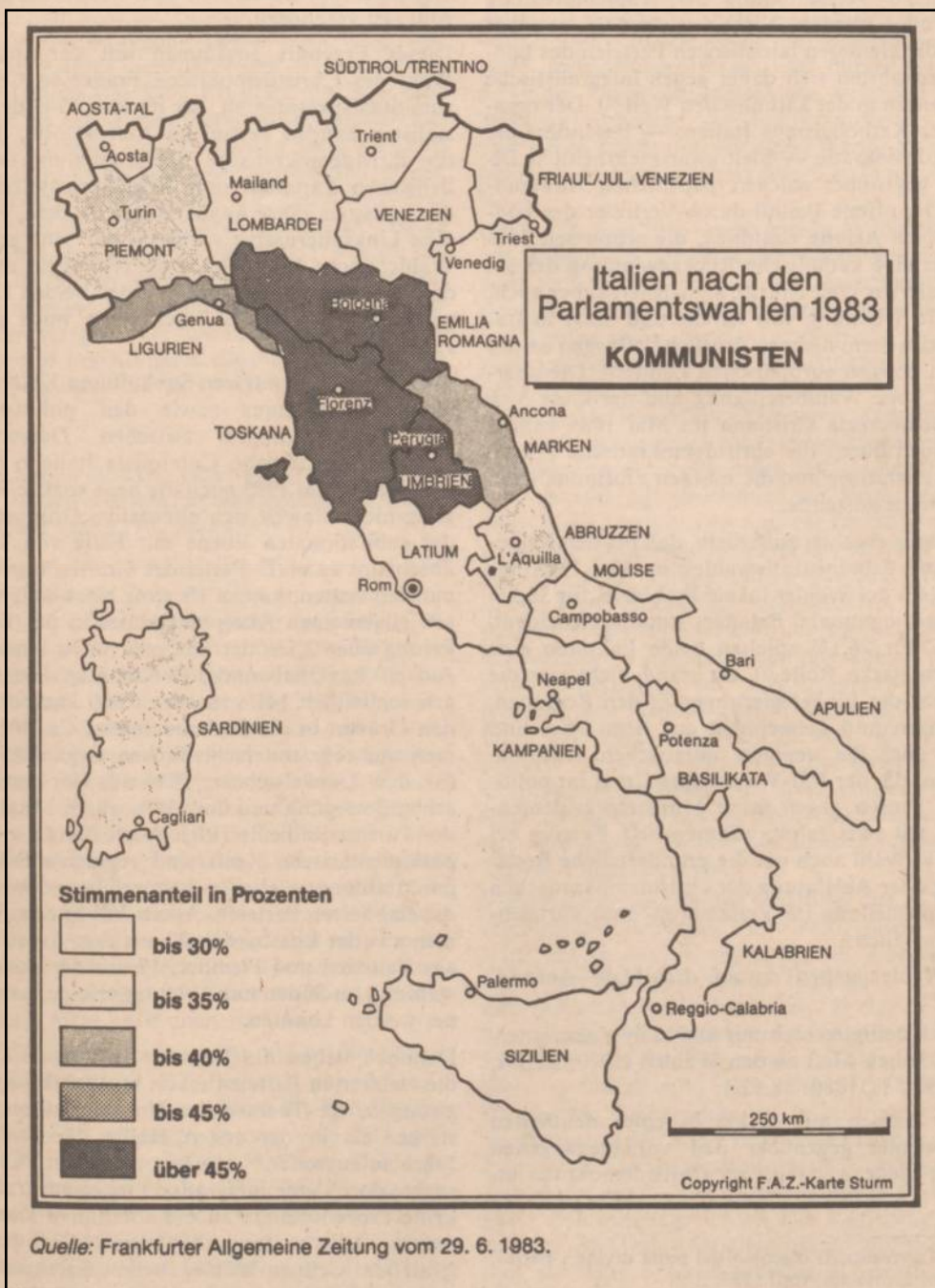
Nachdem der PCI-Vorsitzende Alessandro Natta schon vor Beginn des Wahlkampfes unvorsichtig genug war, eine Übertreibung der Christdemokraten durch die Kommunisten anzukündigen, war es für die Christdemokratie nicht sonderlich schwer, durch antikommunistische Töne aus einer vergangenen Zeit Stammwähler zu aktivieren und darüber hinaus Unschlüssige mit dem Szenario eines äußerst riskanten Machtwechsels zu beeindrucken.

Außerdem wurden auch Teile der katholischen Kirche politisch aktiv<sup>37</sup>). Auf einer Kirchenversammlung in Loreto sprach sich der Papst Mitte April 1985 für die innere Einheit der Kirche aus und ermahnte die Katholiken zu einem geschlossenen Engagement (impegno unitario) auf sozialem und politischem Gebiet. Die Gläubigen sollten keine Angst haben, auch eine öffentliche

<sup>36</sup>) P. Corbetta/A. Parisi, Struttura e tipologia delle elezioni in Italia: 1946—1983; A. Parisi/G. Pasquino, Relazioni partiti elettorati e tipi di voto, beide in: G. Pasquino (Ed.), S. 33—100.

<sup>37</sup>) L. Accatoli, Papa Wojtyla richiama i cattolici italiani a un impegno unitario sociale e politico, in: Corriere della sera vom 12. April 1985, S. 1f.; G. B. Amidei, Quei duemila cittadini riuniti a Loreto, in: Corriere della sera vom 13. April 1985, S. 1.





Rolle zu spielen, zumal der christliche Glaube eine wichtige Rolle für die Zukunft spiele.

Drei Wochen vor den Wahlen mußte eine solche päpstliche Verlautbarung als Wahlempfehlung verstanden werden. Nicht nur der PCI, sondern auch die kleineren laizistischen Parteien des Landes verwarnten sich daher gegen integralistische Tendenzen in der katholischen Welt<sup>38</sup>). Der organisierte Katholizismus Italiens — besonders die Christdemokratie — hielt zwar mehrheitlich Distanz gegenüber solchen päpstlichen Äußerungen. Der offene Beifall durch Vertreter der konservativen *Azione Cattolica*, die schon seit Jahren für eine katholische Rückgewinnung der säkularisierten Welt eintritt, signalisierte aber auch, daß die Trennung von Kirche und Staat in Italien bei weitem nicht so deutlich vollzogen ist wie in den übrigen europäischen Ländern. Die unerwartet hohe Wahlbeteiligung und der klare Sieg der *Democrazia Cristiana* im Mai 1985 kamen also auch durch die christdemokratische Polarisierungsstrategie und die subtilen Einflußnahmen der Kirche zustande.

Umfragen ergaben außerdem, daß bei den Regional- und Administrativwahlen im Mai 1985 nur für 35,4% der Wähler lokale Probleme, für 38,5% dagegen nationale Belange stimmentscheidend waren, für 26,1% spielten beide Faktoren eine ähnlich starke Rolle<sup>39</sup>). So stand nicht nur die Existenz der Linksregierungen in den Regionen, Provinzen und Gemeinden auf dem Spiel und damit auch die wenigen unitarischen Machtbastionen, die der PSI-Vorsitzende Craxi im politischen Tausch gegen seine Ministerpräsidentenschaft seit zwei Jahren räumen ließ. Es ging bei der Mai-Wahl auch um die grundsätzliche Bestätigung oder Ablehnung der christdemokratischen Monopolstellung im Verfassungs- und Parteiensystem Italiens.

Die Wähler gaben darauf drei klare Antworten<sup>40</sup>):

— Sie beteiligten sich mit 88,9% in einem unerwartet hohen Maß an den Wahlen (1970: 92,5%, 1975: 91,5%, 1980: 88,5%);

— sie kamen mit 35,1% in einer deutlichen Trendwende gegenüber den vorangegangenen Jahren wieder verstärkt zur Christdemokratie zurück;

<sup>38</sup>) A. Caprarica, *Il discorso del papa divide i partiti*, in: *l'Unità* vom 13. April 1985, S. 3.

<sup>39</sup>) *Qual è il peso politico delle amministrative*, in: *Corriere della sera* (speciale elezioni) vom 5. Mai 1985, S. 2.

<sup>40</sup>) E. Scalfari, *Riflessioni sul voto del 12 maggio*, in: *la Repubblica* vom 20. Mai 1985, S. 1; A. Ronchey, *Rossi, Bianchi, Verdi*, in: *Corriere della sera* vom 18. Mai 1985, S. 1.

— und sie ließen den *Partito Socialista Italiano* (PSI) Craxis mit 13,3% nicht stark genug werden, um das innere Machtgefüge der Fünferkoalition zugunsten der Sozialisten und einer laizistischen Mitte zu verändern.

Dieses Ergebnis zusammen mit der späteren Wahl des Christdemokraten Francesco Cossiga zum Staatspräsidenten, der im Juni 1985 den Sozialisten Sandro Pertini im Amt ablöste, dürfte die christdemokratische Vorrangstellung im italienischen Parteien- und Regierungssystem für die nächsten Jahre unangreifbar machen, zumal eine Linksalternative vorläufig nur sehr geringe Wahlchancen hat — ganz zu schweigen davon, daß eine unitarische Option in den beiden Linksparteien PCI und PSI auch heute noch große Probleme aufwirft.

Der Logik der konträren Subkulturen Katholizismus/Kommunismus sowie den polarisierten Auseinandersetzungen zwischen *Democrazia Cristiana* und *Partito Comunista Italiano* (PCI) entging im Mai 1985 auch die neue soziale Bewegung nicht. Soweit sich alternative Gruppen auf der subnationalen Ebene mit Hilfe von Listen überhaupt zu einer Partei der Grünen institutionalisiert hatten, kamen sie trotz eines weit höheren allgemeinen Akzeptanzgrades in der Bevölkerung über 2,1% der Stimmen nicht hinaus<sup>41</sup>). Auf elf Regional- und 130 Kommunallisten zogen schließlich 141 von etwa 6 000 kandidierenden Grünen in die Parlamente ein. Ca. 40% kamen aus sehr unterschiedlichen Organisationen für den Umweltschutz, 20% aus der pazifistischen Bewegung und über 10% waren Mitglieder des *Partito Radicale* (PR). Auch für diese neue parlamentarische Kraft sind regionale Schwerpunktbildungen ebenso kennzeichnend wie für die etablierten Parteien. Allein 25 Vertreter kommen aus der Lombardei, 22 aus dem Trentin, 18 aus Venetien und Piemont, 17 aus der Toskana, während im Süden nur Achtungserfolge verzeichnet werden konnten.

Dennoch haben die Vertreter der neuen Listen die etablierten Parteien schon im Wahlkampf gezwungen, die Themen des Umweltschutzes weit stärker als in der ersten Hälfte der achtziger Jahre aufzugreifen<sup>42</sup>). Insbesondere der PCI versuchte durch eine integrative Programmstrategie, keine Prozentpunkte an die alternative Konkurrenz zu verlieren. Immerhin hatten 44,7% der potentiellen Grünen-Wähler beim letztenmal für

<sup>41</sup>) M. de Meo/F. Giovannini, *L'onda verde. I verdi in Italia: la storia, il dibattito, gli indirizzi, i risultati elettorali*, Rom 1985.

<sup>42</sup>) A. Cianciullo, *I partiti cercano di fermare — l'emorragia dei voti „verdi“*, in: *la Repubblica* vom 5./6. Mai 1985, S. 4.



den PCI und zu 24,3% für die links davon stehende Democrazia Proletaria (DP) gestimmt. So rückten grüne Themen während des Wahlkampfes überraschend schnell auf die vorderen Plätze der kommunistischen Parteipresse, Vertreter der ökologischen Bewegung kamen auf PCI-Listen, und die Erfolge der deutschen Grünen sowie Stimmverluste der SPD wurden vom PCI breit erörtert. In zahlreichen Fernsehdiskussionen traten besonders die Repräsentanten des linken Parteienspektrums als bewußte Umweltschützer auf. Christdemokraten dagegen, die durch konservative Strömungen in der ökologischen Bewegung bedeutend weniger herausgefordert werden als die CDU in der Bundesrepublik, konnten auf solche programmatischen und politischen Integrationsstrategien weitgehend verzichten und sich darauf beschränken, die Anwendung bestehender Gesetze zum Schutz der Umwelt zu fordern.

#### 4. Der soziale Konsens gegen die klassische Linke — Das Referendum zur automatischen Lohnanpassung vom 9./10. Juni 1985

Die Regional- und Administrativwahlen im Mai 1985 standen für einige PCI-Optimisten in engem politischen Zusammenhang mit dem folgenden Referendum und den Präsidentschaftswahlen im Juni 1985. Falls die Mai-Wahlen erfolgreich ausgehen sollten und auch das Referendum gewonnen werden konnte, hätte sich das Land damit gegen die regierende Fünferkoalition ausgesprochen und der Christdemokratie das politische Vertrauen entzogen. Selbst die Democrazia Cristiana konnte Neuwahlen auf nationaler Ebene in einer solchen hypothetischen Situation keinen glaubwürdigen Widerstand entgegensetzen. Die anstehenden Präsidentschaftswahlen wären ebenfalls in den Sog dieser dynamisierten parteipolitischen und parlamentarischen Konstellation geraten. Ein Regierungs- und Machtwechsel in Italien war dann nicht mehr auszuschließen.

Falls eine solche strategische Vision die heimliche Hoffnung der PCI-Führung gewesen sein sollte, so wurde sie schon durch die Mai-Wahlen nachdrücklich widerlegt. In dem vom PCI initiierten Referendum, das mit 54,3% zu 45,7% gegen die klassische Linke (PCI/CGIL) entschieden wurde — obwohl das befragte Volk damit gegen seine unmittelbaren Einkommensinteressen und für den Anti-Inflationskurs der Regierung stimmte —, ging es daher nur noch um eine politische Schadensbegrenzung<sup>43)</sup>. Die PCI-Füh-

rung hatte nicht nur den einmaligen Aufwärtstrend der Partei bei den Europawahlen, der durch den überraschenden Tod des populären PCI-Führers Enrico Berlinguer ausgelöst wurde, massiv überbewertet. Sie überschätzte auch die soziale und politische Rolle der Arbeiterklasse in einer Industriegesellschaft, die durch Ausdehnung des Dienstleistungssektors, aufgrund einer relativen Abnahme des Industriearbeiteranteils und wegen postmaterialistischer Wertorientierungen nicht mehr rein lohnpolitisch zu mobilisieren ist.

Am 9./10. Juni 1985 waren knapp 45 Mio. Italiener aufgerufen, im Rahmen einer Volksbefragung (referendum popolare) zu entscheiden, ob ein Gesetzesartikel aus dem Jahre 1984 aufgehoben werden sollte, der die automatische Lohnanpassung von sechs auf zwei Punkte, d. h. um 27 000 Lire, heruntersetzte<sup>44)</sup>. Die Regierung Craxi hatte diese Maßnahme unter starkem Protest der Linksparteien und Gewerkschaften zur Reduzierung expandierender Lohnkosten ergriffen, um die galoppierenden Inflationsraten in den Griff zu bekommen und die Investitionsneigung der Unternehmer anzuregen. Damit griff die Regierung Anfang 1984 ungewöhnlich stark in den Mechanismus der automatischen Lohnanpassung (scala mobile) ein. Die Fünferkoalition strapazierte so die durchaus vorhandene Kompromißbereitschaft der drei größten Gewerkschaften des Landes (1978: CGIL 4,42 Mio., CISL 2,81 Mio. und UIL 1,25 Mio. Mitglieder), die seit Ende der siebziger Jahre unter großen Legitimationsverlusten eine Korrektur der extremen Lohnindizierung bedingt mitgetragen hatten. Der soziale Friede des Landes schien seit 1984 in Frage zu stehen.

Während eine ungewollte Koalition aus PCI, DP (Democrazia Proletaria) und MSI (Neo-Faschisten), die in den vorangegangenen Wahlen nur 38,8% der Stimmen erreicht hatte, sich mit sehr unterschiedlichen Zielsetzungen für eine Wiederherstellung des Lohnmechanismus einsetzte, bekämpften die Regierungsparteien das Referendum, nachdem eine Anregung der Radikalen Partei, das Referendum zu boykottieren, trotz vorübergehender PSI-Sympathien an pragmatischen und verfassungspolitischen Überlegungen gescheitert war<sup>45)</sup>. Die Parteienlandschaft polarisierte sich nunmehr scharf. Die Regierung, weit weniger der Industriellenverband Confindustria und mit sehr unterschiedlicher Kompromißbereitschaft auch die großen Gewerkschaften ver-

<sup>43)</sup> G. C. Fossi, Referendum ormai inevitabile, in: La Stampa vom 28. Mai 1985, S. 1.

<sup>45)</sup> Laufende Berichterstattung in Corriere della sera, La Stampa, la Repubblica vom 1. Mai bis zum 8. Juni 1985.

suchten bis Ende Mai, das anstehende Referendum durch einen neokorporativistischen Konsens in letzter Minute zu vermeiden.

Dem polarisierenden Druck, der die parteinahen Gewerkschaften CGIL (PCI), UIL (PSI) und CISL (DC) vor eine Zerreißprobe stellte, zeigte sich die seit 1972 bestehende Gewerkschaftsföderation nicht gewachsen<sup>46)</sup>. CISL und UIL kritisierten Ende Mai den pragmatischen CGIL-Führer Luciano Lama, der sich nach der Weltwirtschaftskrise 1974/75 für die energische Sparpolitik der Regierung stark gemacht hatte, um damit auch die Einbeziehung des PCI in ein nationales Krisenkabinett zu unterstützen. Lama, so die beiden Gewerkschaften CISL und UIL, habe dem Druck der kommunistischen Partei gegen besseren politischen Willen nicht standgehalten. Die CGIL konnte dieser Kritik entgegenhalten, daß es der Regierung Craxi 1984/85 nicht gelungen war, mit Hilfe der lohnreduzierenden Gesetzesmaßnahmen die Inflation entscheidend zu bekämpfen und die versprochenen Arbeitsplätze zu schaffen. Die politische Polarisierung vor dem Juni-Referendum verschärfte schließlich auch die CGIL-internen Spannungen, nachdem die sozialistischen Mitglieder dieser Gewerkschaft ähnlich der CISL und der UIL gegenüber den staatlichen Vermittlungsversuchen eine viel weitergehende Kompromißbereitschaft gezeigt hatten.

Auf die Stabilisierung der regierenden Mitte hatte die italienische Börse unmittelbar nach den

Mai-Wahlen schon sehr positiv reagiert<sup>47)</sup>. Der Ausgang des Juni-Referendums mußte im In- und Ausland noch beruhigender wirken. Mit 54,3% brachte die Fünferkoalition trotz der deutlich gesunkenen Abstimmungsbeteiligung eine Mehrheit von knapp 10% gegenüber den 45,7% der Opponenten einer gesetzlichen Lohnreduzierung zustande. Nicht einmal die Arbeiterklasse in den klassischen PCI-Zentren des Nordens votierte geschlossen für eine gesetzlich garantierte Anhebung der Löhne<sup>48)</sup>. Selbst das industrielle Mailand, besonders aber die Mittelschichten Roms und etwa die venezianische Provinz bildeten den typischen Nährboden für eine Unterstützung der Regierungsparteien. In den roten Regionen dagegen konnte der PCI wie in den vorangegangenen Wahlen relativ breite Mehrheiten erzielen. In der Toskana sprachen sich 55,2%, in Umbrien 53,4% und in der Emilia-Romagna 52,9% für die Initiative der Referendum-Parteien aus. Mit Ausnahme Sardinien (54,2%) blieben ansonsten alle Regionen unter 50%. In den nördlichen Regionen Lombardei, Venetien, Trento-Adige und Friaul-Julisch-Venetien votierten über 60 Prozent für die Regierung, am nachdrücklichsten der Trentin mit 75%. Selbst linke Stimmen in der italienischen Presselandschaft waren sich einig darüber, daß die PCI-Altorientierung an der Arbeiterklasse (operaiismo) in der sozio-ökonomisch gewandelten Industriegesellschaft des Landes damit eine weitere historische Niederlage erlitten hatte<sup>49)</sup>.

#### IV. Herstellung des nationalen Konsens — Die Präsidentschaftswahlen vom 24. Juni 1985

In der Volksbefragung zur automatischen Lohnanpassung am 9./10. Juni sowie in den vorangegangenen Regional- und Administrativwahlen zeichnete sich eine dreifache politische Tendenz ab: erstens die Stabilisierung der regierenden rechten Mitte (DC, PSI, PRI, PLI, PSDI) unter dem sozialistischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi, zweitens die deutliche Stärkung der dominierenden Koalitionspartei DC nach jahrelangen Machtverlusten und drittens eine ebenso deutliche politische Schwächung des PCI und der CGIL. Diese Machtverlagerungen im italienischen Parteien- und Verbandssystem konnten für die Präsidentschaftswahlen am 24. Juni 1985 nicht ohne politische und personelle Folgen bleiben.

Die Suche nach einem geeigneten Kandidaten erst kurz vor den Wahlen am 24. Juni 1985 war

der politische Ausdruck einer für Italien typischen Macht- und Konsenslogik, die den inner- und intraparteilichen Interessen der Regierungsparteien voll Rechnung trägt, ohne das Parlament oder die öffentliche Meinung angemessen in den politischen Entscheidungsprozeß einzubeziehen<sup>50)</sup>.

<sup>47)</sup> M. Fabbri, E' piaciuto alla Borsa il sì al pentapartito, in: *la Repubblica* vom 15. Mai 1985, S. 37.

<sup>48)</sup> G. Statera, L'Italia si allinea alle democrazie avanzate; R. Mannheimer, Milano è un po' meno 'mobile', in: *Corriere della sera* vom 19. Mai 1985, S. 4.

<sup>49)</sup> E. Scalfari, Un paese che vuole stabilità, in: *la Repubblica* vom 14. Mai 1985, S. 1f.

<sup>50)</sup> K. von Beyme, *Das politische System Italiens*, Stuttgart—Berlin—Köln—Mainz 1970; V. Falzone u. a., *La Costituzione della Repubblica italiana*, Mailand 1979; G. U. Rescigno, *Corso di diritto pubblico*, Bologna 1984; G. Cuomo, *I poteri del presidente della repubblica nella risoluzione delle crisi di governo*, Neapel 1962.

<sup>46)</sup> *La Repubblica* vom 27. Mai 1985, S. 1—2.

Die politische Qualität des künftigen Präsidenten stand schon fest, bevor die Suche der Christdemokraten nach einem geeigneten Präsidentschaftskandidaten überhaupt begonnen hatte. Es war nach dem eindeutigen Wahlsieg der Christdemokraten klar, daß die DC das Amt des Staatspräsidenten beanspruchen würde. Außerdem konnte der DC-Vorsitzende De Mita unter starkem innerparteilichen Druck nicht länger die einmalige verfassungspolitische Situation akzeptieren, in der die sozialistische Partei den Regierungschef (Bettino Craxi) und auch den Staatspräsidenten stellte (Sand Pertini). Ohne größeren Widerstand der Koalitionspartner forderte De Mita daher einen katholischen Präsidentschaftskandidaten, zumal sich ein laizistischer und ein katholischer Präsident seit dem Zweiten Weltkrieg in diesem höchsten Staatsamt in der Regel abwechseln.

Der katholische Präsidentschaftskandidat mußte aber nicht nur eine breite innerparteiliche DC-Zustimmung finden und von den Sozialisten sowie den übrigen Koalitionspartnern PRI, PLI und PSDI akzeptiert werden. Er durfte auch keinen Widerstand im kommunistischen Lager provozieren. Der künftige Präsident — in diesem Punkt waren sich nach schwierigen, aber relativ kurzen Verhandlungen alle Koalitionspartner schließlich einig — sollte die parlamentarische Mehrheit der Regierungsparteien ebenso repräsentieren wie die große Mehrheit des Landes, und darüber hinaus sollte er den historischen Verfassungskonsens verkörpern. Es war damit politisch eindeutig, daß es der Christdemokratie darum ging, den PCI und die CGIL in den Präsidentschaftsberatungen zu konsultieren, um das kommunistische Lager mit einer integrativen Geste in den nationalen Konsens einzubeziehen. Dieses innerparteiliche, koalitionspolitische und parlamentarische Kunststück gelang dem DC-Vorsitzenden De Mita bravourös. Am 24. Juni 1985 konnte der Christdemokrat Francesco Cossiga, einmalig in der italienischen Verfassungsgeschichte seit 1948, schon im ersten Wahlgang mit voller Unterstützung der kommunistischen Partei zum neuen Präsidenten der Republik gewählt werden (752 von 877 Stimmen)<sup>51)</sup>.

Der „Corriere della Sera“ kommentierte, wenn ein politisches Ereignis in Italien so klar und einfach verlaufe, müßte man glauben, zu träumen<sup>52)</sup>. Ganz so einfach war die Herstellung der inner- und intraparteilichen Kompromisse sowie die Organisation des nationalen Konsenses aber

keineswegs<sup>53)</sup>. Der PCI, der ursprünglich eine Verlängerung der Amtszeit Pertinis favorisierte, war zwar politisch entschlossen, nach den vorangegangenen elektoralen und plebiszitären Niederlagen nicht in eine Strategie der Polarisierung auszuweichen, um dadurch verlorenes politisches Terrain zurückzugewinnen. Auf der anderen Seite wollte die Partei aber allein schon aus symbolischen Gründen nicht von vornherein darauf verzichten, im ersten Wahlgang eigene Präsidentschaftskandidaten wie Pietro Ingrao oder Nilde Iotti zu nominieren. Erst als nach den parteiinternen Entscheidungen der Christdemokratie feststand, daß mit Francesco Cossiga ein von der DC breit unterstützter Kandidat gefunden war, dem von kommunistischer Seite zwar keine großen Sympathien, aber doch politische Achtung entgegengebracht wurde, entschloß sich die PCI-Führung zu dem verfassungsgeschichtlich ungewöhnlichen Schritt, schon im ersten Wahlgang für einen Christdemokraten zu stimmen.

Während der PCI alles tat, um auch in der Niederlage den nationalen Konsens zu wahren, sorgte die Christdemokratie für den künftigen sozialen Konsens des Landes, indem sie — entgegen den Stimmen auf ihrem rechten Flügel und bei den kleineren Koalitionspartnern PSDI/PLI — nicht der Versuchung erlag, die Kommunisten über eine Kampfkandidatur zum Präsidentenamt aus dem Konsens des historischen Verfassungsbogens auszugrenzen. Mit Mario Segni wurden im Vorfeld der zahlreichen Parteienkonsultationen solche DC-Stimmen durchaus laut<sup>54)</sup>. Segni forderte, der künftige Präsident müsse nicht in erster Linie — wie es Artikel 87 der Verfassung vorsieht — die Einheit der Nation repräsentieren, sondern die Kandidatur solle vielmehr das Bündnis der regierenden Parteien symbolisch und politisch stärken. Der neu gewählte Staatspräsident Francesco Cossiga trat aber schon in seiner ersten Rede nachdrücklich als Repräsentant der nationalen Einheit auf. Cossiga verzichtete sogar für die Dauer seiner Amtszeit auf eine Mitgliedschaft in der DC, um die parteiübergreifende Stellung des Präsidenten zu betonen. Er versicherte darüber hinaus vor dem Parlament, ein Präsident des ganzen Volkes zu sein (presidente della gente comune).

Sandro Pertini konnte während seiner siebenjährigen Amtszeit bei fast allen italienischen Parteien, besonders aber in der Bevölkerung und auch im Ausland großes Ansehen gewinnen. Pertini

<sup>51)</sup> Laufende Berichterstattung in der führenden Tagespresse, u. a. M. Suriano, *Il PCI e il Quirinale*, in: *Corriere della sera* vom 21. Juni 1985, S. 1.

<sup>52)</sup> A. Ronchey, *Buon Settenato*, in: *Corriere della sera* vom 25. Juni 1985, S. 1.

<sup>54)</sup> No della DC a Pertini, in: *Repubblica* vom 14. Juni 1985, S. 1—3.

hat darüber hinaus deutlich werden lassen, daß ein italienischer Staatspräsident — trotz der relativ geringen Machtfülle und selbst ohne eine plebiszitäre Legitimation durch direkte Wahlen — die Nation real repräsentieren und das Land in Krisen politisch integrieren kann. Cossiga war von vornherein klar, daß es schwer sein würde, das Amt ähnlich überzeugend auszufüllen und ein ebenso großes Vertrauen in der Bevölkerung zu gewinnen<sup>55</sup>).

Da seine Kandidatur das Ergebnis typischer Machtverteilungs- und Konsensstrukturen im italienischen Parteiensystem war, entstand ein großes Meinungsgefälle zwischen dem *paese legale* und dem *paese reale*. So ergaben Umfragen in der Bevölkerung Roms (N = 1 000), daß bei einer direkten Wahl der Altpräsident Pertini mit 41,5 % die weitaus meisten Stimmen erhalten hätte: vor Andreotti (DC/10,4%), Iotti (PCI/10,2%) und Forlani (DC/5,2%), besonders aber vor Cossiga mit nur 2,4 %<sup>56</sup>).

## V. Verfassungspolitische Reformdiskussionen und Perspektiven

Die jüngsten Präsidentschaftswahlen, das Referendum zur automatischen Lohnanpassung sowie die neuesten Administrativwahlen haben notorische verfassungspolitische Strukturdefizite und die komplizierten Mechanismen sozialer und nationaler Konsensbildung in Italien erneut sichtbar werden lassen. Wenn man die äußerst skeptische politische Einstellung der Bürger zu dem etablierten Institutionensystem (Parteien, Verbände, Parlament, Regierung) als Indikator nimmt, so basieren die politischen Institutionen Italiens auf einer sehr schwachen Legitimationsgrundlage. Auch die Präsidentschaftswahlen haben gravierende Defizite realer Repräsentation in der parteienstaatlichen Demokratie Italiens offengelegt. Das höchste Staatsamt wurde ausschließlich nach den Regeln des inner- und intraparteilichen Machtausgleichs sowie der nationalen Konsensbildung in einem hoch polarisierten Parteiensystem besetzt, ohne daß die Popularität des künftigen Präsidenten und seine plebiszitäre Akzeptanz eine Rolle spielten.

Auf diese Legitimationslücke zwischen der politischen Klasse und der Bevölkerung haben Partei-

Dieser Kontrast zwischen den Präferenzen der Bevölkerung und den Prioritäten des politischen Establishment tat sich auch in der veröffentlichten Meinung auf. Eine Befragung führender Journalisten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ergab, daß auch sie im Unterschied zur demoskopisch erfaßbaren öffentlichen Meinung Cossiga wegen seiner Unparteilichkeit, der korrekten Amtsführung und politischen Vertrauenswürdigkeit sehr schätzten<sup>57</sup>). Bei einem so großen Konsens im Parteiensystem und in der Presse ist es auch nicht weiter erstaunlich, daß in den neuesten verfassungspolitischen Reformdiskussionen Italiens keine Partei des Verfassungsbogens die rechtliche Stellung, die Struktur und die Funktion des Präsidentenamtes in Frage stellt, das sich unter Sandro Pertini bestens bewährt hat. Der MSI (Neo-Faschisten), der über direkte Wahlen ein präsidentielles System und eine starke Staatsautorität anstrebt, steht daher mit solchen verfassungspolitischen Vorstellungen allein.

mitglieder und Wähler entgegen zahlreichen pessimistischen Erwartungen auch in den achtziger Jahren aber keineswegs mit einem starken Legitimationsentzug reagiert<sup>58</sup>). Der seit Jahren befürchtete Stimmprotest blieb auch 1986 aus. Es zeigte sich statt dessen, daß die katholische Welt immer noch genügend elektorale Reserven mobilisieren kann, wenn das etablierte Hegemonialgefüge mit dem christdemokratischen Machtmonopol in Gefahr gerät.

Gegenüber dieser christdemokratischen Vormachtstellung im politischen System Italiens waren bisher die drei wesentlichen Versuche zur Herbeiführung grundlegender Koalitions-, Macht- und Reformalternativen zum Scheitern verurteilt:

1. Der kommunistischen Partei gelang es auch 1985 nicht, zur stärksten Partei des Landes zu werden, die gesellschaftlichen Machtpositionen auszubauen und ein politisches Bündnissystem ins Leben zu rufen, das den demokratischen Regierungswechsel (*alternanza*) und grundlegende Reformen der Wirtschaft, der Gesellschaft und der politischen Institutionen ermöglicht. Es dürfte Jahre dauern, bevor sich der PCI von die-

<sup>55</sup>) A. Pieroni, *Il Frutto della concordia; Un presidente senza tessera*, in: *Corriere della sera* vom 26. Juni 1985, S. 1—3.

<sup>56</sup>) M. Pandolfo, *Al Quirinale i romani vorrebbero ancora Pertini*, in: *Corriere della sera* vom 19. Juni 1985, S. 27.

<sup>57</sup>) S. Bonsanti, *Questa la classifica degli „opinioni maker“*, in: *la Repubblica* vom 15. Juni 1985.

<sup>58</sup>) P. Corbetta/A. Parisi, *Struttura e tipologia delle elezioni in Italia: 1946—1983*, in: G. Pasquino (Ed.), *Il sistema politico italiano*, Rom—Bari 1985, S. 33—73.

ser historischen Doppelniederlage des Jahres 1985 (Wahlen/Referendum) erholen wird, zumal auch keine realisierbare Linksunion wie in Frankreich während der siebziger Jahre in Sicht ist.

2. Auch der laizistischen Mitte (PSI, PRI, PLI, PSDI) ist es keineswegs gelungen, zwischen der katholischen Welt und dem kommunistischen Lager eine (Regierungs-) Position aufzubauen, von der eine autonomere Politik der Mitte betrieben werden kann. Insbesondere der reformistischen PSI des amtierenden Ministerpräsidenten B. Craxi gelang es trotz großer Hoffnungen nicht, sich auf Kosten des PCI und der DC zu jener modernen Volkspartei zu entwickeln, die — wie in Frankreich — eine neue parteipolitische Kraft darstellt und zum dynamischen Reformfaktor werden kann.

3. An der historischen Stabilität und der politischen Regenerationsfähigkeit der beiden Zentralkulturen (Katholizismus/Kommunismus) scheiterten bisher auch die neuen sozialen Bewegungen, die — ohnehin weitaus schwächer als in der Bundesrepublik — von den etablierten Parteien weitgehend absorbiert oder integriert werden konnten.

Wenn Legitimation auf der bloß faktischen Anerkennung bestehender Machtverhältnisse beruht, so hat der italienische Wähler trotz konstanter Skepsis dem etablierten Institutionensystem die Legitimität keineswegs entzogen<sup>59</sup>). Statt dessen haben die Wähler entlang stabiler Parteiidentifikationen entschieden, die durch historische, familiäre, kulturelle und soziale Sozialisationsprozesse weit stärker geprägt sind als in den meisten anderen EG-Ländern (voto di appartenanza). In der Minderheit blieb wieder einmal jener kalkulierende Wähler, der durch rationale Entscheidungen auf Koalitionsverhältnisse Einfluß nehmen will, um die Regierungs- und Machtverhältnisse demokratisch zu verändern (voto di opinione)<sup>60</sup>). So zeigt sich auch auf der Wählerebene, daß die normalen Funktionsmechanismen der westlichen Demokratie — insbesondere das Wechselspiel von Regierung und Opposition — in Italien schwer zu etablieren sind. Da die laizistische Mitte bei weitem nicht stark genug ist und eine Linksalternative vor zu großen Problemen steht, dürfte sich auch auf längere Sicht eine Systemalternative zum christdemokratischen Machtmonopol nur über eine Neuauflage des so-

genannten historischen Kompromisses (Katholiken/Kommunisten) im Rahmen einer nationalen Notstandsregierung anbahnen. Von dieser politischen Zwangssituation ist Italien aber zur Zeit weit entfernt.

Insbesondere aufgrund der kulturellen, sozialen sowie politischen Kohärenz und gleichzeitigen Kompromißfähigkeit der beiden großen Lager Katholizismus und Kommunismus ist das politische System Italiens seit 1945 relativ stabil geblieben. Das Land ist trotz einer Überlastung durch ökonomische Schwierigkeiten, soziale Konflikte und internationale Auseinandersetzungen keineswegs in eine grundlegende Legitimationskrise geraten, die von Politikern und politikwissenschaftlichen Experten häufig prognostiziert wurde.

Die relative Stabilität und die nur schwachen Legitimationsverluste sind um so erstaunlicher, als die notorischen Strukturschwächen der italienischen Parteiendemokratie bisher nicht einmal ansatzweise überwunden werden konnten. In der jüngsten verfassungspolitischen Reformdiskussion, die bisher in guten Vorsätzen ohne Politikrelevanz steckenblieb, werden die Strukturdefizite der italienischen Demokratie prägnant thematisiert<sup>61</sup>): die äußerst scharfen Richtungskämpfe in den Parteien (correntocrazia), Dauerspannungen zwischen den Regierungsparteien, ständige Regierungskrisen und Kabinettswechsel, häufige Ämterrotationen auf der Ministerebene, die schwache Stellung des Ministerpräsidenten im Kabinett, strukturelle Entscheidungsschwächen der Exekutive, die Aushöhlung der parlamentarischen Legislativ-, Kontroll- und Repräsentationsfunktionen, die partielle Verselbständigung der Verwaltung sowie eine fehlende politische Besetzung staatlicher Stellen, mangelnde Verwaltungseffizienz von der nationalen bis zur kommunalen Ebene, langwierige Entscheidungsverfahren auf allen politischen und administrativen Ebenen, vor allem aber die Unfähigkeit des politischen Systems, die Wirtschafts- und Sozialkrise des Landes zu steuern und darüber hinaus die gesellschaftlichen Interessen und Konflikte in bindende politische Entscheidungen zu transformieren.

All diese politischen und institutionellen Strukturschwächen Italiens sind seit Jahrzehnten bekannt. Das italienische Paradox bleibt aber auch noch in den achtziger Jahren bestehen: Trotz der

<sup>59</sup> G. Pasquino, *Crisi dei partiti e governabilità*, Bologna 1980; ders., *Degenerazioni dei partiti e riforme istituzionali*, Rom—Bari 1982; XIX rapporto/1985 sulla situazione sociale del paese, Rom 1985.

<sup>60</sup> A. Parisi/G. Pasquino, *Relazioni partiti-elettori e tipi di voto*, in: G. Pasquino (Ed.) (Anm. 58), S. 74—100.

<sup>61</sup> L. Berlinguer, *Riforme istituzionali*. Come ha lavorato la Commissione Bozzi, Rom 1985; P. Barcellona u. a., *Riforme istituzionali e riforme della politica*, Rom 1984; L. Graziano/S. Tarrow, *Sistema politico e istituzioni*, Turin 1979; A. Lombardo, *La Grande Riforma*. Governo, istituzioni, partiti, Mailand 1984.

generellen Problemüberlastung des politischen Systems sowie einer geringen parteipolitischen, parlamentarischen und administrativen Problemverarbeitungskapazität ist die historische Legitimität und politische Stabilität Italiens nicht ernstlich in Frage gestellt. Die gleichzeitig Stabilität verbürgende und Reformen blockierende Existenz der beiden politischen Zentralkulturen Ka-

tholizismus und Kommunismus sowie die krisenentschärfende Abkoppelung der partiell selbstregulierten Gesellschaft vom politisch-administrativen System werden Italien auch in Zukunft stärker als andere EG-Länder vor einem Umschlagen der wirtschaftlichen und administrativen Rationalitätskrise in eine politische Legitimationskrise bewahren.

**Anton P. Müller: Portugal und Spanien in der Europäischen Gemeinschaft. Politische Lage, ökonomisches Potential und wirtschaftspolitische Problembereiche der neuen Mitgliedsländer**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/86, S. 3—12

Die Motive für die Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal sind in erster Linie politischer Natur. Dabei decken sich Zielsetzungen einer Absicherung der demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen in den Beitrittsländern mit den Interessen der Gemeinschaft.

In wirtschaftlicher Hinsicht stellt die Vollmitgliedschaft lediglich einen Schritt auf dem Weg in die Gemeinschaft dar, der bereits zu Beginn der siebziger Jahre mit Präferenzabkommen eingeleitet wurde und wegen einer vereinbarten Übergangsfrist bis in die neunziger Jahre reichen wird.

Die beiden iberischen Länder sind unzureichend auf den Beitritt vorbereitet. So wird die neue Konkurrenzsituation zwar dazu beitragen, daß innergesellschaftliche und wirtschaftliche Anpassungsprozesse beschleunigt vollzogen werden, doch treten angesichts der wirtschaftspolitischen Probleme — insbesondere bei der Arbeitslosigkeit — Hindernisse auf, die die vom Beitritt ausgehenden positiven Impulse konterkarieren können.

Für die Gemeinschaft bringt die Erweiterung neue Aufgabenstellungen in der Agrar- und vor allem in der Regionalpolitik. Langfristig leitet die Erweiterung einen Prozeß ein, der das Gewicht der Gemeinschaft in die südeuropäischen Länder verlagert.

**Dietrich Briesemeister: Die Iberische Halbinsel und Europa. Ein kulturhistorischer Rückblick**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/86, S. 13—27

Die Schwierigkeiten gegenseitiger Verständigung und Anpassung beim Eintritt Spaniens und Portugals in die Europäische Gemeinschaft sind ebenso wie die Widerstände gegen die Mitgliedschaft im atlantischen Verteidigungsbündnis auf seiten Spaniens nicht die Folge jüngster Interessenkonflikte, sondern das Ergebnis einer langen historischen und geistesgeschichtlichen Entwicklung.

Spanien und Portugal sind zwei der ältesten Nationalstaaten Europas, die sich zu Beginn der Neuzeit die Herrschaft über weite Gebiete der damals bekannten Welt teilten und die moderne außereuropäische Expansion einleiteten. Die Größe Spaniens und ihr Verfall im 17. Jahrhundert bestimmten für die Folgezeit die wechselseitigen Beziehungen zwischen Spanien und Europa: Anspruch und Sendungsbewußtsein auf der einen, Abneigungen, Ängste, Rivalitäten auf der anderen Seite. Im 19. Jahrhundert brach Spaniens konfliktgeladenes Verhältnis zu Europa in unversöhnlicher Schärfe durch die innere Verfassung des Landes auf, das in Bürgerkriegen, Militärputschen, Anarchie und regionalistischen Bestrebungen mit sich selbst beschäftigt war und den Anschluß an das Industriezeitalter verpaßte. Auf den Schlachtruf der Europäisierung im Sinne von Modernisierung, den einige Politiker und Intellektuelle erhoben, reagierten konservative Kräfte mit dem Programm einer Erneuerung, die aus der Rückbesinnung auf ewige Werte des Volkscharakters kommen sollte. Bis in die Franco-Zeit deutete man Spaniens Isolierung trotzig als Sonderstellung, die aus dem bewußten Bruch mit Europa folge.

Portugal wurde aufgrund der geographischen Randlage in seiner Geschichte stärker vom „atlantischen Schicksal“ als von kontinentaleuropäischen Einbindungen geprägt. Daher litt es, anders als Spanien, weniger unter extremen Pendelausschlägen im Verhältnis zu Europa; es hat im Gegenteil alte und enge Bindungen an England und Frankreich.

Aus der Geschichte heraus wird verständlich, welche Bindekraft und ideologische Faszination die Idee der Gemeinschaft der hispanischen bzw. luso-afro-brasilianischen Völker bis ins 20. Jahrhundert hinein in Spanien und Portugal noch ausgeübt hat. ‚Hispanität‘ oder ‚Lusitanität‘ sind zwar keine ausgesprochenen Anti-Europa-Ideen, machen aber deutlich, wie stark politisches Denken dort auch von anderen als speziell europäischen Gesichtspunkten abhängt. Dasselbe gilt auch von der oft beschworenen Vermittlerrolle Spaniens zur arabischen Welt. Für die Entwicklung des Verhältnisses der iberischen Halbinsel zu Europa aber sind in der Gegenwart die portugiesische „Nelkenrevolution“ (1974) und Francos Tod (1975) die tiefsten Einschnitte. Damit sind Verkrustungen aufgebrochen worden, die den Austausch mit dem übrigen Europa lange genug belasteten oder sogar erstickten.

## **Günter Trautmann: Italién in den achtziger Jahren**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/86, S. 28—46

Die jüngsten Präsidentschaftswahlen, das Referendum zur automatischen Lohnanpassung sowie die neuesten Administrativ-Wahlen haben erneut die notorischen verfassungspolitischen Strukturdefizite und die komplizierten Mechanismen sozialer und nationaler Konsensbildung in Italien sichtbar werden lassen. Nimmt man die äußerst skeptische politische Einstellung der Bürger zu dem etablierten Institutionensystem als Indikator hinzu, so basieren die politischen Institutionen Italiens auf einer sehr schwachen Legitimationsgrundlage. Auf diese Legitimationslücke zwischen der politischen Klasse und der Bevölkerung haben Parteimitglieder und Wähler entgegen zahlreichen pessimistischen Erwartungen auch in den achtziger Jahren aber keineswegs mit einem starken Legitimationsentzug reagiert. Statt dessen haben die Wähler entlang stabiler Parteiidentifikationen entschieden, die durch historische, soziale, familiäre und kulturelle Sozialisationsprozesse weit stärker geprägt sind als in den meisten anderen EG-Ländern.

Insbesondere aufgrund der kulturellen, sozialen sowie politischen Kohärenz und der gleichzeitigen Kompromißfähigkeit der beiden großen Lager Katholizismus und Kommunismus ist das politische System Italiens relativ stabil geblieben. Das Land ist trotz einer Überlastung durch ökonomische Schwierigkeiten, soziale Konflikte und internationale Auseinandersetzungen keineswegs in eine grundlegende Legitimationskrise geraten, die von Politikern und politikwissenschaftlichen Experten häufig prognostiziert wurde. Die gleichzeitig Stabilität verbürgende und Reformen blockierende Existenz der beiden politischen Zentralkulturen Katholizismus und Kommunismus sowie die krisenentschärfende Abkoppelung der partiell selbstregulierten Gesellschaft vom politisch-administrativen System werden Italien auch in Zukunft stärker als andere EG-Länder vor einem Umschlagen der wirtschaftlichen und administrativen Rationalitätskrise in eine politische Legitimationskrise bewahren.